Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 203 12. NOVEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

**frankfurter informationsdienst
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52**

postadresse:
**postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90**

KONTAKTZENTRE

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zulpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte stichwörter angeben: „neuabo", „verlangerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer

BANANENREPUBLIK ?



RICHTIGSTELLUNG

WESTBERLIN 7. November *Zum Bericht "Es reicht nicht, keine Angst vor der Vierteilung zu haben..." (ID Nr. 201) haben Berliner Genossen vom Prozeßbüro eine Stellungnahme geschickt:*

"Dieses Papier wurde als Diskussionsgrundlage vor einigen Monaten in mehrere Gruppen eingebracht, u.a. auch ins Prozeßbüro Berlin.

Es ist k e i n Papier des Prozeßbüros!
Wir haben nicht feststellen könne, wer das Papier - und das auch noch als angebliches Papier des Prozeßbüros - an den ID geschickt hat."

VERHINDERTE SOLIDARITÄT

NEAPEL 4. Oktober *Folgendes Solidaritäts-Telegramm hat die Rote Hilfe Neapel bereits am 4.Oktober an die beiden verhafteten Rechtsanwälte Arndt Müller und Gabriele Heim, beide in Freiburg inhaftiert, geschickt. Bis heute haben es die Gefangenen nicht erhalten:*

"Wir protestieren schärfstens gegen den Staatsterrorismus der BRD, mit dem jene Kräfte verfolgt werden, die für die demokratischen Freiheiten und das unantastbare Recht auf Verteidigung kämpfen.

Kommunistische Grüße
Via S. Biagio dei Librai 139 "

NEUE AUSGABE DER LATEINAMERIKA - NACHRICHTEN

BERLIN 1. November Anfang November ist eine neue Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten (Nr. 53), frühere Chile-Nachrichten, herausgekommen. Sie enthält Beiträge über die wirtschaftliche Situation in Argentinien, über Veränderungen im argentinischen Heer, einen Situationsbericht über Kolumbien nach dem nationalen Streik, einen Artikel über Widerstandsaktionen in Chile, gewerkschaftliche Initiativen und Hintergründe über die Auflösung/Umbenennung der DINA (chil.Geheimdienst). Außerdem enthält die Nummer aktuelle Nachrichten aus Uruguay, Bolivien, Ecuador und Brasilien. Das Westberliner Chile-Komitee weist darauf hin, daß es für 1978 einen vierfarbigen Kalender mit Stoffbildern aus Chile herausbringt.

ZEITUNGSPROJEKT SUCHT MITARBEITER

BONN 7. November Eine Gruppe von etwa 10 Leuten in Bonn beschäftigen sich schon seit einiger Zeit (4 Monate) mit der Erstellung/Herausgabe einer Alternativzeitung für Bonn. Wir wollen eine Gegenöffentlichkeit zu den beiden Bonner Tageszeitungen schaffen, indem wir ein Forum für Initiativen wie Bürgerinitiativen, Sanierungsfragen, Umweltschutz usw. sein wollen.
Für diese Arbeit suchen wir engagierte Leute, die kontinuierlich mitarbeiten wollen. Besonders dringend brauchen wir einen Juristen (Presserecht), der auch unentgeldlich bei uns mitmacht.

Kontakt: Rolf Wermund, Waldstr. 23, 53 Bonn-Bad Godesb[...]
Tel. 36 46 51, 64 46 22

"ES BESTEHT EINMÜTIGKEIT..."

LÜNEBURG 9. November *Da schreibt uns doch einer folgendes:*

Daß Hausbesitzer in ihrer vielen freien Zeit auf allerlei dumme Ideen kommen, das weiß man ja. Der Mensch der unser Haus besitzt, der hat sich da aber immer schon ganz besonders hervorgetan, wenn dann auch im Endeffekt mehr in humoristischer Hinsicht. Und zwar unfreiwillig. Vor ein paar Tagen hat er, als ein neuer Mitbewohner einzog, sich einen Mietvertragszusatzvertrag ausgedacht, aus dem der untenstehende Text stammt:
Also: *Ungelogener Mietvertragszusatzvertragsauszug, niederg[...]legt am 1.11.77 in Lüneburg:*
"Ziffer d)
... Es besteht Einmütigkeit darüber, daß auch weiterhin Anarchisten, Mörder, Gewalttäter, Räuber usw. in o.g. Miethaus Unterschlupf n i c h t finden sollen. ..."

PORTUGIESICH - ITALIENISCHE BÜCHERAUSSTELLUNG

FRANKFURT 10. November Am 25.- 27. November 1977 findet in Frankfurt im CASA di CULTURA (Adalbertstr. 36 H im Hinterhof) eine portugiesisch-italienische Bücherausstellung statt, die auch für deutsche Genossen von Interesse sein kann.

STROMPREISBOYKOTT - ERSTE REAKTION EINER ELEKTRIZITÄTSGESELLSCHAFT

HAMBURG 9.November *In Hamburg lief am 1. Oktober in 300 Haushalten - inzwischen 380 - der Strompreisboykott an, d.h. die Betreffenden behalten 10 % ihrer Stromrechnung zurück, um damit gegen AKW's zu protestieren. Folgender Brief ist eine erste Reaktion der HEW auf den Beginn der Aktion.*

Hamburgische Elektricitäts-Werke
Überseering 12
2000 Hamburg 60

17.10.77

Sehr geehrte Frau,

am 10.10.77 war unsere Forderung über DM 54,-- fällig. Sie haben jedoch nicht den vollen Betrag bezahlt, sondern DM 5,40 abgezogen.

Ihre Erklärung, daß Sie den Bau von Kernkraftwerken ablehnen und die Zahlungsminderung Ausdruck Ihres Protestes sei, können wir nicht ekzeptieren.

Der Bau von Kernkraftwerken beruht auf dem Energieprogramm der Bundesregierung. Auch der Deutsche Bundestag kam nach einer Debatte zur friedlichen Kernenergienutzung und zur rationellen Energieverwendung am 13. Mai 1976 zu einem nahezu einstimmigen (2 Enthaltungen) Beschluß, in dem es heißt:

"Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die grundlegenden Probleme der Sicherheit und Zuverlässigkeit, der Umweltreinerhaltung und Wirtschaftlichkeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie so weit erkannt sind und auch als lösbar angesehen werden können, daß einem Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei Anwendung und Fortentwicklung der gesetzlichen Vorschriften prinzipiell nichts mehr im Wege steht."

Damit kann sich die deutsche Elektrizitätswirtschaft bei ihrer sachgerechten Investitionspolitik auf die denkbar breiteste demokratische Basis stützen. Sie werden verstehen, daß wir unter diesen Umständen Ihre Argumentation nicht akzeptieren können, zumal gerade durch den Bau von Kernkraftwerken eine umweltfreundliche, rohstoffschonende und auch besonders wirtschaftliche Energiequelle nutzbar gemacht werden kann. Wir wissen uns in dieser Auffassung auch einig mit den auf diesem Sektor tätigen, anerkannten Fachleuten.

Im übrigen müssen wir nachdrücklich darauf hinweisen, daß Teilbeträge aus Stromrechnungen zu den jeweiligen Zahlungsterminen in voller Höhe zu zahlen sind. Wie in allen anderen Fällen von Zahlungsverzug können Zahlungsrückstände entsprechend dem bei uns üblichen Mahnverfahren zur fristlosen Einstellung der Stromversorgung führen und werden gerichtlich geltend gemacht. Dadurch entsteht bei uns ein unnötiger Verwaltungsaufwand, die Gerichte und ggf. die Vollstreckungsorgane werden unnötig in Anspruch genommen.

Für Sie sind die Einstellung bzw. Wiederbeginn der Stromversorgung und die gerichtliche Geltendmachung unserer Forderung mit nicht unerheblichen Mehrkosten verbunden.

Wir fordern Sie daher auf, Ihre Vertragsverpflichtungen uns gegenüber auch weiterhin zu erfüllen.

Vielleicht regt Sie die Lektüre der beigefügten Schriften an, Ihre Meinung nocheinmal zu überprüfen.

Mit freundlichem Gruß

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE
Verkaufsabrechnung

Anlagen
Bundesdrucksache
66 Fragen

Wie in anderen Städten hat sich auch in Frankfurt eine Gruppe gebildet, welche die Aktion "Stromzahlungsboykott 10 %" vorbereitet und Teilnahmeerklärungen sammelt. Bis jetzt haben sich 65 Haushalte zur Teilnahme bereit erklärt.
Eine nächste öffentliche Versammlung zum Stromzahlungsboykott findet am 22. November 77 um 20 Uhr in der Beethovenstraße 28 (Alfred-Delp-Haus) statt.
Kontakt: Klaus Haas, Tel 493054



ERKLÄRUNG DER ANWÄLTE VON AGIT–DRUCK

WESTBERLIN 7. November *Gemeinsame Presseerklärung der Anwälte Elisabeth Reese, Gerhard Widmar, Michael Tscherch und Lutz Seybold vom 4. November 1977:*

Im Zuge der Ermittlungen gegen das "Info Bug", einem wöchentlich erscheinenden Informationsblatt der "Berliner Undogmatischen Gruppen", wurden am Montag, dem 17.10.77 in Westberlin die Firma AGIT–DRUCK, in der das Info-BUG gedruckt wird, durchsucht, Druckmaschinen beschlagnahmt und nur auf jederzeit möglichen Widerruf wieder freigegeben (siehe ID 201, 202).

Zwei Mitglieder der Druckerei wurden noch am selben Tage festgenommen. Ein seit Mitte dieses Jahres ausgeschiedenes Mitglied wurde am darauffolgenden Tage am Arbeitsplatz, ein viertes ehemaliges Mitglied am 26.20.1977 verhaftet. Gegen alle vier Beschuldigten erging Haftbefehl, sämtliche Wohnungen der Betroffenen wurden durchsucht.

Bei allen vier Betroffenen besteht Haftbefehl fort, einem der Betroffenen wurde gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von 10.000,– DM Haftverschonung gewährt.

Den jetzigen bzw. ehemaligen Mitgliedern des AGIT–DRUCK–Kollektivs wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, in der Zeit von April bis Oktober 1977 terroristische Vereinigun-

gen dadurch unterstützt zu haben, daß sie als jeweils verantwortliche Gewerbeträger der Firma AGIT–DRUCK das Info-BUG hergestellt haben. So sei die erwähnte Zeitschrift laut Haftbefehl seit April 1977 zum "Sprachrohr der terroristischen Vereinigung der RAF (Rote Armee Fraktion), "Bewegung 2. Juni" und der "Revolutionären Zellen" geworden. Dies u.a. dadurch, daß Hungerstreikerklärungen der "RAF" sowie der "Bewegung 2. Juni" sowie Bekennerbriefe der "Revolutionären Zellen" abgedruckt wurden.

In der Zeitschrift Info-BUG sind in dem Zeitraum Februar bis Oktober ca. 400 Artikel erschienen. Davon enthalten ca. 12 Artikel Erklärungen oder Stellungnahmen der oben genannten Gruppen. Darüber hinaus dürfte allgemein bekannt sein, daß in der Zeitschrift Info-BUG Stellungnahmen abgedruckt sind, die prinzipiell Aktionen, wie die der "RAF" und ähnlicher Gruppen ablehnen.

Das AGIT–DRUCK–Kollektiv hat seit seinem 6-jährigen Bestehen neben der Zeitschrift Info-BUG für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin, Postgewerkschaft, Humanistische Union, Mieter-, Stadtteil-, Bürgerinitiativen, Rote Hilfe, Kneipen, Hochschul- und Frauengruppen, sowie auch verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche Druckerzeugnisse aller Art hergestellt.

Daß Gewerbeträger einer Druckerei wegen des Inhalts einer Publikation nach § 129a StGB haftbar gemacht werden, ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher ohne Beispiel. Die neuen Vorschriften der §§ 88a und 130a StGB, deren uferlose Tatbestände die Meinungs-, Informations- und Kunstfreiheit in erheblichem Maße beeinträchtigen, reichen offenbar zur Kriminalisierung einer bestimmten Diskussion nicht mehr aus.

Durch den Versuch, die Vorschrift des § 129a StGB auf Drucker anzuwenden, wird nicht nur der Strafrahmen von 3 auf 5 Jahre erweitert, sondern zugleich die technische Herstellung einer Zeitschrift, die Äußerungen beispielsweise der "RAF" dokumentiert, zum bewußten Unterstützen dieser Gruppen gemacht.

Dabei soll es im Fall AGIT–DRUCK keine Rolle spielen,
- ob unsere Mandanten überhaupt Einfluß auf den Inhalt des Info-BUG nehmen konnten
- ob sie Kenntnis des Inhalts hatten
- ob andere Anhaltspunkte für eine "Identifikation" mit dem Inhalt als die bloße Erwerbsträgereigenschaft bestehen.

Aus der bloßen Nichtzensur einer Druckvolage wird von der Staatsanwaltschaft ohne weitere Anhaltspunkte nicht nur eine Identifikation gefolgert, sondern darüber hinaus ein Vorsatz der Beschuldigten, den Fortbestand terroristischer Vereinigungen zu unterstützen oder sogar laut Haftbefehl "für sie geworben zu haben."

Das hat zur praktischen Konsequenz,
- dem Drucker wird eine Pflicht zur Zensur der Druckvorlage auferlegt, will er nicht Gefahr laufen strafrechtlich verfolgt zu werden. Dies steht im übrigen in bemerkenswerten Gegensatz dazu, daß gegen Drucker, die während des Druckerstreiks 1976 in Frankfurt das Erscheinen eines gegen den Streik gerichteten Artikels verhinderten, wegen Nötigung ermittelt wurde: auf der einen Seite nun wohl Pflicht zur Zensur, auf der anderen Nötigungsvorwurf,
- das Presserecht wird auf den Kopf gestellt, indem nicht nur der verantwortliche Redakteur einer Zeitschrift, sondern auch der Drucker haftet – das Presserecht, das eine Verantwortlichkeit der Drucker für den Inhalt des Druckerzeugnisses nicht kennt, wird um eine strafrechtliche Verantwortung des Druckers nach § 129a StGB erweitert,
- jede Publikation wird unter mehrfachen Zensur- und Strafvorbehalt gestellt; wen die Strafverfolgung trifft, steht zur politischen Disposition der Strafverfolgungsbehörden,
- es wird zweierlei Presserecht geschaffen. Während Presseorgane wie FAZ, SPIEGEL oder DIE WELT Aufrufe der "RAF" und ihrer Kommandos nachdrucken, soll der Abdruck eben derselben Aufrufe in Zeitschriften einer bestimmten politischen Richtung für den Drucker mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden.

Angesichts einer derartigen strafrechtlichen Verantwortung für Drucker besteht in Zukunft die Gefahr, daß linksorientierte Publikationen nicht mehr gedruckt werden können, da keine Druckerei ohne entsprechende Prüfung des Inhalts sich einer strafrechtlichen Haftung aussetzen will, andererseits keine Druckerei die Möglichkeit hat, sämtliche Druckerzeugnisse vor dem Andruck zu lesen.

Genau in diesem Punkt wird das Freiheitsrecht des Art. 5 GG in seinem Kern getroffen. Die Strafverfolgungsbehörden nehmen sich das Recht, zu entscheiden, wer in welcher Weise durch den Druck einer Zeitung Voraussetzungen für die politische Auseinandersetzung schaffen darf. Werden Maßnahmen wie die gegen unsere Mandanten zur Regel, so behalten sich die Staatsschutzorgane die politische Entscheidung, wer in den Bereich strafrechtlicher Maßnahmen gerät, vor.

Gegenwärtig sind es die Drucker des AGIT–DRUCK–Kollektivs. Nach der Logik der Strafverfolgungsorgane kann aber jeder – und stehe er den Zielen jener Gruppen wie "RAF" noch so fern – betroffen werden. Der Prozeß der politischen Auseinandersetzung wird damit unter ein unwägbares Risiko gestellt. Ihre Verunsicherung führt letzlich zu ihrer Verhinderung.

gez. Widmar, gez. Reese, gez. Seybold, gez. Tscherch

STAMMHEIM: NOCH IMMER KEINE TODESZEIT

STUTTGART/FRANKFURT 10.November Vor dem Untersuchungsausschuß des baden-würtembergischen Landtages sagte der 2. Anstaltsarzt Dr. Majerowizc aus, er würde die Todeszeit für Gudrun Ensslin und Andreas Baader zwischen 6 und 7 Uhr angeben. Majerowizc war bei der morgendlichen Zellenöffnung anwesend.

Staatsanwalt Rolf Herrmann nimmt diese Aussage sofort wieder zurück. Herr Majerowizc sei nur 2. Anstaltsarzt, er habe keine rechtsmedizinischen Kenntnisse. Medizinische Kenntnisse reichen offenbar nicht aus. Im Rechtsstaat müssen es schon "rechtsmedizinische" sein. Majerowizc sei überdies nur ein bis zwei Minuten in den Zellen gewesen, um den Tod festzustellen. Herr Herrmann vermutet, daß DIE TODESZEIT VIELLEICHT GAR NICHT MEHR FESTZUSTELLEN IST! Diese Unmöglichkeit begründete Prof. Mallach vor dem Untersuchungsausschuß damit, daß die Sachverständigen erst gegen Abend zu den Leichen gelassen wurden (was natürlich Schuld der Rechtsanwälte ist). Durch die inzwischen verstrichene Zeit sei eine Feststellung der Todeszeit nicht mehr möglich.

Andere Mediziner meinen allerdings, daß innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden sehr wohl noch relativ präzise Angaben gemacht werden können. Und auch Prof. Mallach muß auf Nachfrage zugeben, daß es ihm möglich sei, die Todeszeit auf 1-2 Stunden genau festzulegen, aber er hat ja keinen Auftrag dazu (s. ID 202). Wenn also Staatsanwalt Herrmann schon im Voraus vermutet, eine Todeszeit sei vielleicht nicht feststellbar, so hat das vielleicht rechtsmedizinische, aber keine medizinischen Gründe.

Aus dem Kreis derer, die bei der Obduktion dabei waren, gibt es Hinweise, die eher einen unterschiedlichen Todeszeitpunkt von Andreas Baader und Gudrun Ensslin vermuten lassen. Rechtsanwalt Heldmann meint, Gudrun Ensslin sei viel später

gestorben als Andreas Baader. Um 16 Uhr bei Zellenöffnung sei die Leiche von Andreas Baader bereits steif gewesen, was für Gudrun Ensslin um 18 Uhr nicht zutraf. Ein anderer Teilnehmer an der Obduktion weist auf den intensiven Leichengeruch in der Zelle von Andreas Baader hin - und in keiner anderen Zelle. Staatsanwalt Herrmann bestätigt, daß es bisher noch keinen Obduktionsbericht gibt - er erwartet ihn in dieser Woche auch nicht mehr.

Blut auf den Waffen?

In den bisherigen Meldungen hieß es, Fingerabdrücke auf den Waffen von J.C. Raspe und A. Baader seien nicht feststellbar, weil beide Waffen mit Blut verschmiert seien. Vor dem Untersuchungsausschuß sagte ein Vollzugsbeamter aus, er habe die Waffe in J.C. Raspes Zelle mit dem Taschentuch am Lauf gefaßt und aus der Zelle getragen.
AN SEINEM TASCHENTUCH SEI KEIN BLUT GEWESEN.
Die Frage, ob das heiße, die Waffe sei doch nicht über und über mit Blut verschmiert gewesen, wurde vor dem Ausschuß erst gar nicht gestellt, also auch nicht beantwortet. Immerhin hält die Staatsanwaltschaft ihre erste Aussage, mit dem vielen Blut nicht aufrecht. Aber auch sie teilt nicht mit, ob also Fingerabdrücke zu ermitteln sein müßten. Die Waffe liegt b[illegible] Wiesbadener BKA, und das zeigt Koffer aus Mogadischu, ab[illegible] keine Waffen aus Stammheim.

Von den Aussagen des Ex-Justizministers Bender bleibt immer weniger. Danach soll Gudrun Ensslin ab 8 Uhr nicht mehr gesehen worden sein. Allerdings dauerte ihr Gespräch mit dem Gefängispfarrern bis 17 Uhr 45.

Keine Kontaktsperre für Irmgard Möller

Rechtsanwalt Frommann, Berlin, war am 1. und 2.11. bei Irmgard Möller. Frau Bahr-Jendges ist in der Zwischenzeit dort gewesen. Die Meldung über fortgesetzte Kontaktsperre für Irmgard Möller ist also nicht aufrechtzuerhalten. Allerdings bleibt Rechtsanwalt Heldmann weiterhin abgelehnt (er verteidigte Croissant). Auch unterliegt Irmgard Möller weiterhin einer Radio- und Zeitungssperre. Sie konnte jedoch einen Anwalt ihrer Wahl hinzuziehen. Ihr Gesundheitszustand ist relativ gut. Unvorstellbar ist nach wie vor, daß sie sich mit dem von der Staatsanwaltschaft beschriebenen Messer viermal durch den Brustkorb hat stechen können. Vielleicht findet sich noch ein anderes Messer in einem Versteck.

Letzter Besuch bei Andreas Baader

A[illegible]eas Baader hat in einem Gespräch mit Rechtsanwalt Funke gesagt, er, Baader, habe am 5.9., dem Tage der Entführung bis abends Radio hören können. Dann sei das Radio eingezogen worden. Er sei in eine leere Zelle verlegt worden. Später sei ihm eine Matraze nachgereicht worden. Am nächsten Tag sei er in seine alte Zelle zurückverlegt worden, die jetzt allerdings leer war. Dann seien ihm seine Sachen Stück für Stück zurückgegeben worden. In der Presse ist weiterhin die Rede von den Zellen als großem, unübersichtlichem Dreckhaufen, in dem nichts gefunden werden konnte. Für ihn, Andreas Baader, sei es unklar gewesen, ob die Entführung eine RAF-Aktion war. Für den Fall allerdings, daß seine Freilassung gefordert werde, äußerte er Befürchtungen für seine Person.

VERSCHÄRFTE HAFTBEDINGUNGEN FÜR POLITISCHE GEFANGENE

Hamburg/ Karlsruhe/ Bochum
8.November

Aus Hamburg und Frankfurt bekamen wir folgende Informationen:

" Nach Aufhebung der Kontaktsperre praktiziert die Justiz eine verschärfte Isolationshaft gegen politische Gefangene. In Hamburg sind die Gefangenen folgenden Haftbedingungen unterworfen:

— Die vor Anordnung der Kontaktsperre eingeräumte Möglichkeit des gemeinsamen Hofganges und Umschlusses wird den Gefangenen versagt. Zur Zeit besteht absolute Trennung der politischen Gefangenen untereinander.
— Die Gefangenen sind einer ununterbrochenen 24—stündigen Kontrolle durch vor den Zellen patroullierenden Beamten ausgesetzt, die die Gefangenen in den Sonderzellen ca. alle 10 Sec. durch Sichtfenster beobachten. Das Zellenlicht brennt Tag und Nacht.
— Die Rückgabe der schon während der Kontaktsperre den Gefangenen abgenommenen persönlichen Unterlagen sowie Verteidigerpapiere wird bis heute ohne Begründung verweigert.
— Vor und nach Verteidigerbesuchen müssen die Gefangenen sich zur Durchsuchung völlig entkleiden."

Die Hamburger Anwältin Gisela Gebauer schreibt:

" Als Verteidigerin der Untersuchungsgefangenen Rosemarie Prieß teile ich mit, daß Rosemarie Prieß am 3.10.1977 gemeinsam mit Volker Speitel festgenommen wurde. Zunächst wurde sie in die JVA Bühl, drei Tage später in die JVA Aichach — fast 800 km vom Ort der Festnamhe und ihrem Wohnsitz in Hamburg entfernt — verbracht. Dort ist sie trotz Aufhebung der Kontaktsperre, die auch für Rosemarie Prieß galt, verschärften Isolationsbedingungen, die mit Selbstmordgefahr begründet werden, unterworfen:

— Die Nachbarzellen sind nicht belegt.
— Ein doppeltes Fliegengitter vor den Zellen versperren den Blick nach draußen. Die Zelle ist dadurch auch tagsüber in Halbdunkel gehalten.
— Angeordnet und durchgeführt wird Einzelhofgang, Einzelbad, Ausschluß von jeglichen Gmeinschadtsveranstaltungen wie Fernsehen, Kirchgang, Einkauf.
— Bei Besuchen, auch Anwaltsbesuchen, ist es ihr verboten, eigene Kleidung zu tragen. Sie muß ein sog. Anstaltskleid anziehen.
— Nachts alle zwei Stunden wecken durch das Einschalten einer grellen Neonleuchte.
— Bei der Festnahme wurde Rosemarie Prieß ihre Uhr abgenommen. Sie hat seit dem keine zeitlichen Orientierungsmöglichkeiten mehr.

Die Haftbedingungen sollen der Öffentlichkeit suggerieren, daß für die politischen Gefangenen, zu denen Rosemarie Pr ieß zu rechnen ist, Selbstmordgefahr besteht. Damit sollen die noch nicht geklärten Umstände zu den Todesfällen von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe eine endgültige Klärung vorwegnehmen und die Selbstmordthese unterstützen. Als Verteidigerin von Rosemarie Prieß muß ich befürchten, daß die Selbstmordthese als Vorwand dafür dient, die Haftbedingungen der politischen Gefangenen — trotz Aufhebung der Kontaktsperre — auch für die Zukunft zu verschärfen. Ich protestiere gegen die bereits von Gutachtern nachgwiesenen zerstörerischen Isolationshaftbedingungen."

Gegen Uwe Folkerts, der in Untersuchungshaft in Karlsruhe sitzt, sind folgende Maßnahmen gemäß §§ 119, 33 Abs. 4 StPO angeordnet worden:

"1. Die von der Leitung der Vollzugsanstalt Karlsruhe mit Verfügung vom 18.10.77 angeordneten Sicherheitsmaßnahmen, nämlich:

a) unverzügliche gründliche Leibesvisitation unter Entkleidung des Beschuldigten sowie gründliche Haftraumkontrolle,
b) sofortige Wegnahme von Rasierklingen und Rasierbändern und Rasieren unter Aufsicht,
c) Wegnahme des Eßbesteckes jeweils um 18 Uhr bis zum Aufschluß am nächsten Morgen,
d) Sichtkontrolle durch das Türeinsichtsloch (sog. "Spion") in Abständen von 5 Minuten,

e) Sichtkontrolle durch die zuvor geöffnete Durchreicheklappe jeweils in Abständen von einer Stunde,
f) Öffnung der Durchreicheklappe, sofern der Beschuldigte durch den "Spion" nicht ausreichend erkennbar ist,
g) Vornahme der Sichtkontrollen durch den "Spion" oder durch die Durchreicheklappe auch während der Nachtzeit,
werden genehmigt.

2. Die Fortdauer dieser Maßnahmen — mit Ausnahme von Nr. 1a, die sich durch ihre Durchführung erledigt hat — wird angeordnet.

3. Die nachfolgenden ergänzenden Maßnahmen werden angeordnet:
a) Der Beschuldigte ist vor jedem Besuch umzukleiden, nach jedem Besuch zu entkleiden, zu überprüfen und alsdann wieder einzukleiden. Die gewechselte Kleidung ist zu kontrollieren. Desgleichen ist nach jedem Hofgang unter Beteiligung anderer Gefangener zu verfahren.
b) Das anstaltsübliche Eßbesteck ist durch ein Besteck aus Plastikmaterial zu ersetzen. Auch dieses ist — wie von der Anstaltsleitung rechtens angeordnet — um 18 Uhr aus dem Haftraum zu entfernen und erst beim Aufschluß wieder auszuhändigen.
c) Die Innenseite des Fensters ist, soweit es nicht schlagsicher ist (etwa Drahtglas), mit einer Sicherheitsvorrichtung zu versehen, die es dem Beschuldigten erschwert, sich mit Schnittmaterial zu einem Selbstmord zu versehen.
d) Die Leuchten im Haftraum des Beschuldigten sind so zu sichern, daß das Zerschlagen der Leuchtkörper und die Wegnahme von Glasscherben u.ä. möglichst unmöglich gemacht, zumindest erschwert werden. Zur Erhaltung der angemessenen Beleuchtung des Haftraums sind erforderlichenfalls die Helligkeit der Beleuchtungskörper zu verstärken.
e) Sämtliche Geräte aus Glas, Keramik, Hartkunststoff u.ä. sind aus dem Haftraum zu entfernen. Sie sind — so weit möglich — durch Material aus "Weichplastik" zu ersetzen, notfalls ersatzlos wegzunehmen. In Zweifelsfällen wird darüber gesondert entschieden werden.
f) Sämtliche Kabel, die eine Strangulation ermöglichen könnten, sind aus dem Haftraum zu entfernen. Sofern die technischen Möglichkeiten dazu bestehen, sind sie so zu verkürzen, daß eine Strangulation nicht möglich ist.
g) Handtücher, Bettücher, Bettüberzüge u.ä. sind schnellstens durch entsprechende Gegenstände aus Papiermaterial zu ersetzen.
h) Die Sichtkontrolle ist auch während der Nacht durchzuführen. Die Einschaltung der Beleuchtung des Haftraums ist stets dann zulässig, wenn der Zustand des Beschuldigten nicht klar erkennbar ist. Die Nachtruhe des Beschuldigten ist — soweit möglich — bei Einschaltung der Bleuchtung und bei Öffnung der Durchreichsklappe möglichst zu schonen.
i) Gegenstände, die den Blick auf den Beschuldigten durch die Durchreicheklappe oder den "Spion" erschweren, sind zu entfernen oder sind umzustellen.
j) Die Übersichtlichekit des Haftraumes muß gewährleistet sein. Mehr als vier Bücher dürfen in dem Haftraum nicht aufbewahrt werden. Tageszeitungen dürfen bis zu drei Tagen, Wochenzeitungen bis zu vier Tagen, Monatszeitungen bis zu sieben Tagen im Haftraum aufbewahrt werden. Vor Aushändigung neure Druckschriften sind die älteren Druckschriften zu entfernen.
k) Der Haftraum und die Sachen der Beschuldigten sind täglich zu überprüfen. Zur Erleichterung der Überprüfung darf der Beschuldigte vorübergehend in einem anderen Haftraum untergebracht werden.

GRÜNDE

Nach den Selbstmorden bzw. versuchtem Selbstmord von Angehörigen der als "Baader–Meinhof–Bande" oder "RAF" bezeichneten Vereinigung in der Vollzugsanstalt Stuttgart–Stammheim muß damit gerechnet werdern, daß Personen, die zu diesem Kreis, ihnen nahestehenden Kreisen oder ihren Nachfolgeorganisationen gerechnet werden müssen, Selbstmorde angesichts der Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens, diesen demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erschüttern, begehen werden. Es ist aber auch die Aufgabe des Rechtsstaates, das Leben der Personen zu schützen, die zumindest in dringendem Verdacht stehen, gegen ihn wenigstens in der Form der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung anzukämpfen. Deshalb sind die aus der Beschlußformel ersichtlichen Sicherungsmaßnahmen anzuordnen.

Diese Sicherungsmaßnahmen belasten jedenfalls zu einem gewissen Teil — zu einem anderen Teil auch die jeweilige Vollzugsanstalt — den Beschuldigten. Dies muß aber im Interesse des Beschuldigten und seiner Sicherheit hingenommen werden.

Kuhn
Richter im Bundesgerichtshof

WERNER SCHLEGEL WEITER TEILISOLIERT

Bereits in letzten ID (202) haben wir über die Haftsituation von Werner Schlegel berichtet. Von der Gruppe "Gegenknast" aus Bielefeld bekamen wir u.a. ein kurzes Protokoll von einem Besuch bei Werner Schlegel:

"Bericht zu dem Besuch selbst, der am 4.11. stattfand: Nach dem üblichen "Abtasten" mit einem Metallsuchgerät an der Pforte wurden wir einer intensiven zusätzlichen Leibesvisitation unterzogen. Im Warteraum für Besucher machte uns ein Beamter darauf aufmerksam, daß sämtlicher Körperkontakt, wie beim Begrüssen in den Arm nehmen, die Hand geben, zum sofortigen Abbruch des Besuchs führen würde. In dem Besucherraum selbst - ein zwei Meter breiter Tisch — der Sicherheitsabstand über den hinweg wir mit Werner reden durften, links zwei Typen vom LKA, die ständig mitschreiben, links ein Aufsichtbeamter der Anstalt — ständige Überwachung der kleinsten Bewgungen. Keiner von uns"draussen" kann sich vorstellen, was bei nur einer Stunde Besuch im Monat, nach zwei Jahren Isolationshaft, mit kurzen Unterbrechungen, keiner Möglichkeit zu Emotionalität und Körperkontakt eine solch perverse Besuchsituation bedeutet. Dieser psychische Stress ist auf die Dauer nicht auszuhalten.— Ständige Kopfschmerzen, nervöse Zuckungen sind nur die ersten Anzeichen einer totalen langsamen psychischen und physischen Verstümmelung.

In anderen Knästen der BRD werden neuerdings Angehörige und Gefangene durch Glastrennscheiben voneinander getrennt. So müßen wir mitansehen, wie unsere Angehörigen und Freunde letzendlich psychisch vollkommen zerstört werden.

Es ist nochmals festzustellen, daß diese Haftsituation nicht einzig und allein die politischen Gefangenen trifft, sondern daß diese Form der Isolationsfolter bei jedem Gefangenen praktiziert wird, der sich gegen seine langsame Entmenschlichung zur Wehr setzt.
Schreibt an den Justizminister Posser!
Reicht Beschwerden ein!"

AKTIONSTAG FÜR DIE FREILASSUNG VON IRMGARD MÖLLER GEPLANT

FRANKFURT 11. November *Am 5. und 6. November fand in Frankfurt eine Russell-Notkonferenz statt, zu der „Spartacus" und verschiedene „Russell-Initiativen" aufgerufen hatten. Dazu stellte das Sekretariat des Dritten Internationalen Russell-Tribunals klar:*

„Mit Erstaunen nimmt das Sekretariat der Russell-Peace-Foundation zur Kenntnis, daß Gruppen wie „Spartacus" und verschiedene „Russell-Initiativen" zu einer Russell-Notkonferenz aufgerufen haben. Mit Erstaunen deshalb, weil diese Gruppen das Tribunal vor wenigen Wochen als „sozialdemokratisches Verschleierungsmanöver" und Teil der internationalen „counter insurgency" hingestellt haben. Diese Gruppen sind weder von der Russell-Stiftung noch vom Tribunal-Sekretariat ermächtigt, geschweige denn beauftragt, deratige Veranstaltungen einzuberufen. Das Sekretariat verwahrt sich gegen den Versuch dieser Gruppen, das Tribunal für sich zu vereinnahmen. Eine Zusammenarbeit mit diesen Gruppen gibt es nicht.

Ein Teil der Unterzeichner der Resolution haben nach der zweiten Arbeitskonferenz in Göttingen ihre Unterstützung für das Tribunal aufgekündigt und dies in einer Presseerklärung begründet (siehe ID 185). Auf der Konferenz in Frankfurt wurde folgende Resolution verabschiedet:

„FREILASSUNG FÜR IRMGARD MÖLLER

ZUSAMMENLEGUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN ZU INTERAKTIONSFÄHIGEN GRUPPEN

Wir sind davon überzeugt, daß Gudrun, Andreas und Jan ermordet worden sind. An Irmgard Möller wurde ein Mordversuch unternommen.

Als einzige Überlebende des Massakers im 7. Stock der Justizvollzugsanstalt Stammheim ist sie in unmittelbarer Lebensgefahr. In der Presseerklärung ihrer Rechtsanwältin Jutta Bahr-Jendges vom 25. Oktober 1977 heißt es:

„Irmgard Möller erklärt: es hat zwischen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und ihr zu keiner Zeit eine Abrede gemeinsamen Suizids gegeben. Sie hat keinen Suizid unternommen. Sie hat sich die vier Stichwunden in ihrer linken Brustseite nicht selbst beigebracht. Ihre letzte Wahrnehmung vor Eintritt von Bewußtlosigkeit waren zwei Knallgeräusche und ein quietschendes Geräusch. Das war Dienstag, 18. Oktober 1977, um ungefähr 4.30 Uhr. Irmgard Möller ist bis heute ohne Außenweltkontakte, außer zwei Anwaltsgesprächen am 22. Oktober 1977 von 21.00 bis 21.30 Uhr und am 24. Oktober 1977 von 15.00 bis 16.00 Uhr. Sie ist weiterhin ohne Zeitung und Radio. Von Raspes Tod, von den Todesumständen Baaders und Ensslins und von den Vorgängen auf dem Flughafen von Mogadischu hat sie erst in diesen Gesprächen erfahren."

Die Version der westdeutschen Staatsschutzorgane, drei Morde und einen Mordversuch in der psychologischen Kriegsführung als Selbstmorde zu tarnen, um so 'Symphatisantenpositionen abzudrängen' (Herold) wurde schon nach der Ermordung von Ulrike Meinhof versucht. Dazu hat die internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof nach den Morden in Stammheim öffentlich erklärt, daß sich Ulrike Meinhof nicht selbst getötet haben kann.

Gerade an Irmgard Möller wird jetzt kar, daß das Projekt der physischen Vernichtung der Gefangenen aus der RAF forciert durchgeführt wird. Obwohl ihre 4 1/2jährige Haftstrafe seit einem halben Jahr abgelaufen ist, befindet sie sich weiterhin ausschließlich aufgrund der Aussagen des Staatsschutzzeugen Müller, dessen Unglaubwürdigkeit durch das Staatsschutzgericht in Kaiserslautern bestätigt wurde, in Internierungshaft (Sicherungsverwahrung). Der einzige Grund für diese Maßnahme ist ihre geplante Ermordung, weshalb die Totalisolation trotz gegenteiliger Behauptung der Sicherheitsorgane weiter praktiziert wird.

Am 20. Oktober wurde von Justizminister Vogel die Kontaktsperre formal aufgehoben. Tatsache ist jedoch, daß sich außer Anwalts- und Angehörigenbesuchen, die jetzt möglich sind, nichts geändert hat, d. h. kein Umschluß, keine Zeitungen oder nur zensierte, kein Radio usw.

Wir fordern die antifaschistischen, sozialistischen, kommunistischen und demokratischen Kräfte im In- und Ausland, insbesondere die Russell-Initiativgruppen, die die Menschenrechtsverletzungen in der BRD angreifen, auf, die sofortige Freilassung von Irmgard Möller durchzusetzen, indem über die Tatsache der Ermordnung von politischen Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen Öffentlichkeit hergestellt wird.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Irmgard Möller!

Wir fordern die Zusammenlegung von politischen Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen zu mindestens 15 Gefangenen!

Wir fordern die Einberufung einer internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der Morde bzw. des Mordversuches in Stammheim!

Internationaler Aktionstag für die Freilassung Irmgard Möllers und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen am Samstag, dem 10. Dezember 1977.

Koordinations- und Informationsstelle:
Verlag Ergebnisse und Perspektiven, Hamburger Allee 59, 6000 Frankfurt 90

Russell-Notkonferenz am 5./6. November in Frankfurt:

Russell-Initiativ-Gruppen zu Haftbedingungen an politischen Gefangenen aus Berlin, Stuttgart, Wiesbaden, Düsseldorf, Salzgitter, Münster, Antifaschistische Gruppen Kaiserslautern, Braunschweig. Russell-Initiativen, Dernbach, Karlsruhe, Österreichische Russell-Initiative Wien, Russell-Initiative Aarhus, Zürich, Lotta Continua, Anti-Repressionsgruppe Heilbronn, Gruppe Haftbedingungen Bochum, Gruppe Schutz für Leben, Gesundheit und Idendität der politischen Gefangenen, Mulitnationales Zentrum Neu-Isenburg, Spartacus Bund KG Frankfurt, Initiativen Tübingen, Westdeutsches Irland Solidaritätskommitee, RMF Wien, RMF Frankfurt, Frauen aus der Frauen-AG zum Russell-Tribunal.

KRIMINALPOLIZEI INFORMIERT SICH BEI MAKLERN

DUISBURG 11.November *In einem Brief aus Duisburg heißt es: " Ich will euch von einer neuen Art von Bespitzelung berichten. Ich schreibe diesen Brief an euch, weil ich mir vorstellen kann, daß diese Sache nicht nur in Duisburg abläuft. Aus diesem Grund muß diese Information auch massig bekannt gemacht werden. Und wir, die wir die Schnauze voll haben vereinzelt in einer kleinen Bude zu wohnen, müssen uns überlegen, wie wir uns dagegen wehren können ..."*

Einige Leute aus Duisburg sind dabei eine Wohngemeinschaft zu gründen. Wir suchen aus diesem Grunde ein Haus bzw. eine Wohnung. Ich meldete mich auf eine Annonce vom Im-

mobilien Makler Orts in Mülheim hin - Haus zu vermieten ..... auch an Wohngemeinschaft. Ich mußte eine endlose Fragerei des Immobilien-Maklers über mich ergehen lassen. Nach angemeldetem Wohnort, Arbeitsplatz, vorhandenem Geld etc. aller Beteiligten. Nachträglich kann ich nur froh sein, nicht alles aus dem Kopf gewußt zu haben. Es stellte sich heraus, daß die Kripo in regelmäßigen Abständen, seit einigen Wochen, genauer nach der Schleyer-Entführung bei Immobilien-Maklern vorbeikommt und die Unterlagen durchsieht bzw. durchstöbert. Sie sind besonders interessiert an Projekten mit Wohngemeinschaften. Denn da, wie kann es auch anders sein, werden die " Terroristen " vermutet, sie könnten ja dort untertauchen. Bei der ersten Durchstöberung der Bullen nahmen sie sich gleich die Akten von vor einem Jahr unter die Lupe.

Ich machte mit dem Makler einen späteren Termin aus, um ihm die verlangten Auskünfte zu geben. In der Zwischenzeit rief ich einen Anwalt an. Er sagte, daß es dafür keinerlei rechtliche Grundlage gäbe.

Zur versprochenen Zeit meldete ich mich wieder beim Makler. Ich versuchte an sein Gewissen zu appellieren, daß es schon schon ähnliche Zeiten gegeben hat, wo man nur mit Genehmigung das Haus verlassen durfte, wo jeder jeden bespitzelt hat, und wo es gefährlich war, seine eigene Meinung zu äußern.

Er sagte, daß er meine Meinung nicht verstehen könnte, ich wüßte doch ganz genau aus welcher Ecke diese Terroristen kämen, nämlich aus den höheren Kreisen, bei den Studenten .... Er gibt außerdem gerne seine Unterlagen her, denn es sei seine Bürgerpflicht und schließlich würde es der Verband verlangen. Ich sagte ihm, daß es keinerlei rechtliche Grundlagen dafür gäbe. Ich wäre zwar bereit ihm alle gewünschten Auskünfte zu geben, aber nur, wenn er mir schriftlich bescheinigen würde, daß er diese Informationen nicht an die Polizei weitergibt. Er reagierte sauer und meinte, ich könnte es ja bei anderen Maklern versuchen, aber die hätten alle ihre Order vom Verband gekriegt; und wenn ich mich so anstellen würde, hätte ich ganz bestimmt was zu verbergen. Das Gespräch ging noch ein bißchen hin und her, wo ich dann dankend auf die Wohnung und er auf die Vermittlung verzichtete.

ZWISCHENFALL AN DER GRENZE

FRANKFURT
10.November

Von einem Zwischenfall an der italienischen Grenze ein Bericht der Betroffenen:

Wir - drei Frauen und zwei Männer - wollten, zum Kongreß nach Bologna. An der deutschen Grenze (Bayern) werden wir sehr lang und gründlich gefilzt. Das Auto wird durchsucht, Papiere überprüft (auch die Führerscheine). Während wir warten, fällt uns auf, daß nur Leute, die so aussehen wie wir, sorgfältig kontrolliert werden, Leute eben, die dem landläufigen Klischee vom Linken entsprechen. Wir sind sauer, aber auch etwas besorgt: Warum zieht sich die Kontrolle bei uns so besonders lange hin? Ist es möglich, daß an Grenzübergängen Listen von oder Hinweise auf Leute liegen, die bei entsprechenden Anlässen regelmäßig von Bullen heimgesucht werden? (Trifft auf einen von uns zu).

Die Österreicher machen keine Schwierigkeiten; dann die italienische Grenze, der Brenner. Auch hier treffen uns die üblichen mißtrauischen Blicke. Wir geben auf die Frage "wohin" freundlich Auskunft (zum Gardasee). Trotzdem die schon bekannte Handbewegung: "Zur Seite fahren!" Der Grenzbulle verschwindet mit unseren Pässen; zwei andere fordern uns auf, auszusteigen und das Gepäck herauszunehmen. Wir müssen ins Zollhaus, zur genauen Gepäckuntersuchung. Das Auto wird lange durchsucht, gründlicher fast als von den Deutschen. Die Bullen sind ziemlich schweigsam, werfen uns ab und zu distanziert abschätzige Blicke zu. Die Gepäckkontrolle beginnt mit aufreizender Langsamkeit und Gründlichkeit. Wir können uns provokative Bemerkungen und Witze nicht verkneifen. Der Bulle reagiert kaum, meint nur kühl: "Sie sind ja sehr ironisch. Zu ironisch." Die Gepäckkontrolle wird nachlässiger, der Charakter einer Schikane deutlicher. Bei uns stellt sich eine gewisse Verunsicherung ein. Was wollen die nur? Um uns herum schleicht ein dicklicher, älterer, grauer Mann, einen Filzhut auf dem Kopf. Einer, der uns Frauen anmachen will?

Wir können endlich zum Auto zurück, fehlen nur noch die Pässe. Ja, und die liegen bei einem Bullen der "Guardia di Finanza" (? ? ? Spezialeinheit der Bullen, kenne die genaue Funktion nicht) auf dem Schreibtisch. Wir müssen in sein Büro, sind ziemlich ungehalten, doch sicher, endlich weiterfahren zu können. Stattdessen beginnt eine Art Verhör, ein sehr abtastendes und wenig zielgerichtetes Verhör, wie mir scheint. Noch einmal die Frage, wohin wir wollen. Zwei von uns erklären, daß sie nur auf der Durchreise nach Griechenland sind. Nächste Frage "Wieviel Geld haben sie? " Genügend, allerdings haben die, die nach Griechenland wollen, hauptsächlich Drachmen . Wollen die kontrollieren, ob wir mehr Lire einführen, als erlaubt ist? Es scheint, als zögere der Bulle das Gespräch hinaus, er scheint irgendwie unentschlossen. Von meinem Stuhl aus kann ich den kleinen dicken Mann mit dem Filzhut wieder sehen; er betrachtet uns jetzt durch eine Scheibe in der Wand vom Flur her, sehr intensiv, als wolle er sich unsere Gesichter einprägen. Also ein Ziviler. Die Diskussion über das Geld bricht ab; der Finanzbulle sagt plötzlich: "an die zwei gewandt, die nach Griechenland wollen: "Sie reisen nicht nach Italien ein. Sie haben zu wenig Geld". Große Aufregung, Schecks werden rausgezogen. "Sie reisen nicht ein, sie können auch über Jugoslawien nach Griechenland kommen". Auch der Hinweis auf die bereits gebuchten Plätze auf dem Schiff nützt nichts. Eine von uns ist Italienerin. Die darf "selbstverständlich" einreisen. "Bitte nehmen sie ihre Interessen wahr". Mir dagegen wird ebenfalls eröffnet, daß ich zurück muß: auf dem Paßfoto habe ich glatte Haare, jetzt dagegen gelockte (oh Wunder). Für den letzten von uns wird keine Erklärung mehr bemüht. Erneut beginnt eine aufgeregte Diskussion. Wir verweisen auf unsere Rechte als Bürger der EWG(!!!) und auf die Fadenscheinigkeit der Begründungen.
Der Finanzbulle wird unsicher, er schickt einen anderen hinaus, der soll nach irgendwas sehen.Namen, Adresse, Autonummer werden notiert. Der Zivile draußen glotzt uns weiterhin durchdringend an. Die Finanzer spielt mit unseren Pässen und meint beiläufig: "Natürlich sind die Studenten"? "Nein, sind wir nicht". Der andere Bulle kommt zurück, gefolgt von Carabinieri. Die Pässe haben wir immer noch nicht. Wir sollen in unser Auto einsteigen. Der Zivile kommt uns nach und greift zum ersten Mal ein : "Schluß jetzt! Sie reisen nicht ein". Er packt mich am Arm "Einsteigen"! Die anderen Bullen lungern ums Auto herum, grinsen. Wir steigen ein, wütend, hilflos. Ein Bulle grinst: "Versuchts doch noch mal in drei Tagen"' Wir wenden, erhalten endlich die Pässe, die Bullen treten zurück: ab nach Österreich. (Über einen anderen Grenzübergang sind wir dann doch noch nach Italien gekommen).

Wir haben keine schlüssige Erklärung für die Sache. War es Zufall, eine reine Schikane der Bullen? Oder eine generelle Anweisung, "verdächtige Leute" nicht einreisen zu lassen? Bleibt die Frage, was "verdächtig ist": Macht uns das bloße Aussehen verdächtig, oder hat es Hinweise der Deutschen gegeben?

ES WIRD EINGEKREIST ...

BERLIN
7. November

Es wird eingekreist, mobilisiert, hineingenommen, strukturiert; die Macht versucht alle seine gesellschaftlichen Strukturen (bis hin zum Telefon), Institutionen, Körperschaften zu stimulieren; es geht um Beobachtung, Kontrolle, gewalttätige Kommunikation der Herrschaft über all das ... Herausfallende. Selbst wenn es hier (ein Begleitschreiben des Bundeskriminalamtes zum Fahndungsplakat an einen Zahnarzt) so einmalig eingegrenzt auf "Terror" gepolt scheint:

Bundeskriminalamt Im Oktober 1977

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ihre Anschrift erhielten wir von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln bzw. vom Freien Verband Deutscher Zahnärzte in Bonn.

Sie erhalten hiermit ein Fahndungsplakat, dessen Aushang an gut sichtbarer Stelle in Ihren Praxisräumen die Fahndungsaktivitäten der Polizei nach den abgebildeten Terrorristen wesentlich unterstützen könnte.

Wir bitten Sie daher, im Einvernehmen mit Ihren Dachverbänden, dieses Plakat im Interesse der Aufklärung terroristischer Gewalttaten aufzuhängen.

Eventuelle Hinweise nimmt Ihre zuständige Polizeidienststelle entgegen.

Für Ihre Mitarbeit

Herzlichen Dank!

Bundeskriminalamt Wiesbaden

EINSTWEILIGE VERFÜGUNG GEGEN SCHLEYER - DOKUMENTATION DER BUNDESREGIERUNG BEANTRAGT

BERLIN
8. Novemer

Bereits am 1.November haben die Anwälte Goy und Heinisch gegen die Dokumentation der Bundesregierung Rechtsmittel eingelegt. Folgende Pressemitteilung ging uns zu:

"Als Prozeßbevollmächtigte der Gefangenen Monika Berberich und Ilse Jandt haben wir heute beim Landgericht Bonn im Wege der einstweiligen Verfügung beantragt, der Bundesregierung zu verbieten, die Passagen in der Dokumentation zum Entführungsfall Schleyer zu veröffentlichen, die sich auf ein angebliches Gespräch dieser beiden Gefangenen über bevorstehende Aktionen in Holland beziehen.

Wir sind zu diesem Schritt gezwungen worden, nachdem "DER SPIEGEL" vom 31.10.77 Teile dieser Dokumentation zitiert hat. Der SPIEGEL berichet auf S. 28:

> darüberhinaus hatten Vollzugsbeamte in Berlin Moabit die dort einsitzenden Anarchistinnen Monika Berberich und Ilse Jandt beim Freigang belauscht, als die Damen über ihre baldige Freilassung nach einem neuen Anschlag in Holland spekulierten. Wenig später wurde in Utrecht Knut Folkerts gefaßt, als er - wie BKA Leute glauben - eine zweite Entführung vorbereitete.

An diesem Sachverhalt ist lediglich richtig, daß Knut Folkerts gefaßt worden ist. Ansonsten ist die Darstellung f a l s c h und frei erfunden.

1. Auf Grund der angeordneten Einzelisolation hatten die Gefangenen keinen Hofgang zusammen. (Seit dem 6.9.77, Anordnung des Gerichts).
2. Die Gefangenen haben einen Tag nach Folkerts Verhaftung davon erfahren. Sie wurden von einem Gefangenen informiert, der ihnen diese Information vom Freistundenhof in die Zellen rief. Anschließend sprachen unsere Mandantinnen mit lauter Stimme von Fenster zu Fenster und redeten darüber, ob die holländischen Behörden Folkerts ausliefern oder abschieben würden und wie überhaupt die politische Situation in Holland sei.
3. Zu keinem Zeitpunkt haben unsere Mandantinnen über geplante oder bevorstehende Aktionen draußen gesrochen, da sie keinerlei diesbezügliche Informationen hatten.

Die falschen Behauptungen nahm der Staatsschutz zum Vorwand, eine mehrstündige Zellenuntersuchung vorzunehmen und dann auch noch ein Verfahren wegen versuchter Gefangenenbefreiung einzuleiten.

Wenn die Bundesregierung bei ihren Versuchen, das Kontaktsprerregesetz zu legitimieren, sich auf erfundene Aussagen stützen muß, dann steht dieses Gesetz tatsächlich auf schwachen Beinen. Das Vorgehen der Bundesregierung und die politische Zustimmung aller Abgeordneten, abgesehen von den sog. "Abweichlern", beweisen, daß der Sinn und Zweck des Gesetzes einzig darin lag, Haftverhältnisse zu legalisieren, in denen Inhaftierte ohne jeglichen Anwaltsschutz dem Staat ausgeliefert sind."

Rechtsanwältin
Alexandra Goy, Hasenheide 12, 1 Berlin 61

Rechtsanwalt
Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1 Berlin 30, Tel. 262 2023/24

DAS DROGENPROBLEM IM KNAST SOLL DURCH GESCHLOSSENE ABTEILUNGEN GELÖST WERDEN

WESTBERLIN
7. November

Im Rahmen einer "Drogensäuberungsaktion" in Westberlin ist der Senat auch auf eine besondere "Therapie" im Knast verfallen: um eine bessere Kontrolle und weitere Isolation von der Öffentlichkeit zu kriegen, soll eine geschlossene Station für Fixerinnen gemacht werden, mit verschärften Knastbedingungen. Am Beispiel Lehrter Straße soll erst mal ein Exempel statuiert werden. Dazu schreibt eine betroffene Frau aus dem Knast:

Im Frauenvollzug Lehrter Straße sollen die Drogenabhängigen von den Nicht-Drogenabhängigen getrennt werden; d.h. , es sollen zwei Abteilungen entstehen für drogenfreie Frauen und zwei Abteilungen für drogenabhängige Frauen. Weiterhin soll eine Drogentherapie stattfinden, die aber unter total falschen Bedingungen laufen wird. Bis jetzt ist die Trennung auf der Jugendabteilung abgeschlossen. 9 drogenfreie Jugendliche wurden in den halboffenen Vollzug Söhtstraße verlegt, etwa 20 drogenabhängige Jugendliche sind in der Lehrter Straße verblieben. Man kann nicht von einer freiwilligen Verlegung sprechen, denn wenn diese Frauen nicht gegangen wären, so wäre das unter Anwendung von Gewalt gelaufen, was ja im Strafvollzug nicht unüblich ist. Dazu kommt, daß diese Frauen erst ein bis zwei Tage vorher Bescheid bekamen und somit nicht die Möglichkeit hatten, sich auf rechtlichem Wege dagegen zu wehren.

Die Senatsverwaltung macht sich das sehr einfach, indem sie die Lehrter Straße in zwei Gruppen aufteilt. Räumlich ist das erst einmal fast nicht möglich, denn die Lehrter Straße ermöglicht keine absolute Trennung auf räumlicher Basis. Allein darin ist schon der ganze Widersinn zu erkennen. Weiterhin

haben wir hier in der Lehrter Straße weitaus nicht genügend Arbeitsplätze (um genau zu sein: es sind 5 Arbeitsbereiche), um außerhalb der Zelle zu arbeiten, dazu kommt noch seit März '77 die Schule. Alle diese Betriebe werden von Drogenabhängigen und Drogenfreien besucht. Auch darf man nicht vergessen, daß wir hier eine große Anzahl von Gruppen haben, die aus freiwilligen Mitarbeitern bestehen, die von draußen regelmäßig in die Anstalt kommen und die eine gute Kommunikationsbasis nach draußen bieten, die der Wiedereingliederung nach der Haft dienen soll. Auch diese Gruppen werden von beiden Parteien besucht. Es gibt noch mehrere Freizeitveranstaltungen, die dann auch getrennt werden müßten.

Soll es etwa so kommen, daß die drogenbetroffenen Frauen sich dann auf stumpfsinnige Zellenarbeit beschränken sollen und als Ausgleich therapiert werden? Diese Fragen beantworten alle betroffenen Frauen mit Nein, denn keine der z.Zt. hier inhaftierten Frauen hält eine Trennung für die passende Lösung. Der Senat sollte sich doch darüber im klaren sein, daß eine solche Zwangslösung kein Erfolg haben kann und wird. Wie schon einmal erwähnt, sind auch die räumlichen Vorrichtungen nicht dafür vorhanden. Es geht doch wahrscheinlich darum, in der Öffentlichkeit ein Resultat zu liefern aus den vielen Debatten, die geführt wurden und wo bis jetzt nichts dabei herausgekommen ist. Das eigentliche Problem liegt jedoch darin, daß aufgebaute, zum Teil sehr gute Kommunikationsbeziehungen unter den Frauen auseinandergerissen werden, da viele Frauen, die drogenfrei sind, mit Drogenabhängigen zusammen auf einer Gemeinschaftszelle liegen oder aber auch so sehr viel Kontakt haben. Daß Drogen in Berliner Haftanstalten gelangen und das in jede, nicht nur in den Frauenvollzug, ist eine Tatsache und niemand will das auch bestreiten. Aber das Problem ist damit nicht gelöst, daß man eine Trennung herbeiführt.

Im Frauenvollzug befinden sich gegenwärtig 70 Frauen, die als drogenabhängig registriert sind. Sollten diese Frauen alle zusammengelegt werden, so ist doch sehr wahrscheinlich, daß keine andere Kommunikationsbasis mehr besteht als das Drogenproblem. Soll es etwa gefördert werden, diese Leute noch mehr mit dem eigentlichen Problem zu konfrontieren? Es ist bekannt, daß mehrere neue Sozialarbeiter eingestellt werden sollen und auch Geld zur Verfügung gestellt werden soll, um eine Therapie zu ermöglichen. Aber es ist eine Erpressung, daß diese Mittel erst dann bewilligt werden sollen, wenn die Trennung vollzogen ist. Dieses ist nicht nur ein Gerücht, sondern das sind die Aussagen von Herrn Krebs, Herrn Lepih und Herrn Köhne. Sie alle haben das bei einem Gespräch hier in der Anstalt klar geäußert.

Das neue Personal und die geldlichen Mittel sollen dafür dienen, eine Therapie zu ermöglichen. Dabei ist aber ein wichtiger Punkt vergessen worden, denn eine solche Therapie ist nur auf freiwilliger Basis erfolgversprechend. Durch den Kontakt zu den drogenfreien Frauen entsteht erst einmal ein Abstand zur Droge selbst, da diese Frauen ja ganz andere Interessen haben, die sie auf die anderen mehr oder weniger übertragen. Weiter entstehen Gespräche auch über das Drogenproblem. Man muß das Gegenargument gelten lassen, daß dafür das neue therapeutische Personal da sein wird. Aber eine Tatsache ist, daß da noch nicht annähernd das Vertrauen herzustellen sein wird, wie unter den Frauen, die ja alle in der gleichen Situation hier sind. Es ist zu befürchten, daß sich kontaktschwierige Frauen nach einer solchen Trennung noch mehr in sich zurückziehen mit der einzigen Hoffnung auf eine baldige Entlassung. Wir alle wissen, daß Drogenabhängige schwer Kontakt finden zu Leuten, die mit der Droge noch nicht in Berührung gekommen sind - diese Kontakte sind aber hier in der Anstalt zustandegekommen und sollen nun wieder getrennt werden. Gemeinsame Interessen, die aufgebaut wurden und die die Droge nicht betreffen, werden dadurch auch wieder zerstört und werden auch schwer wieder aufzubauen sein,. Es ist ja auch keine der betroffenen drogenabhängigen Frauen bereit, nur mit den Mitbetroffenen zusammen zu sein - ohne die Möglichkeit, auch die anderen zu treffen.

Sie haben ja auch alle Erfahrungen mit Therapiestätten draussen, die ihnen außer neue Enttäuschungen nichts gebracht haben - und dort haben sie unter ähnlichen Bedingungen gelebt wie es hier der Fall sein wird. Der Senat sollte sich langfristig eine bessere Lösung einfallen lassen. Er sollte die Entstehung kleinerer Gruppen fördern, die eine bessere Vertrauenbasis ermöglichen, eine bessere Entlassungsvorbereitung vor allem bei Drogenabhängigen und die Geldmittel sollten dazu verwendet werden, eine freiwillige Therapie hier in der Haftanstalt zu ermöglichen.

Das ganze Ding soll Mitte 1978 starten.

Kontakt:

Frauenknastgruppe
c/o Helga Kernke
Buhrowstr. 1
1 Berlin 41

Broschüre "Frauen im Knast", DM 2,-

VORBEUGENDE KONTAKTSPERRE

WESTBERLIN
7. November

Bericht einer Berliner Genossin:

"Nach der Ablehnung eines Besuchsantrages für einen Gefangenen (den ich bereits zweimal besucht hatte), und einer von mir daraufhin eingelegten Beschwerde habe ich einen Beschluß des Kammergerichts Berlin erhalten, dessen zeitgenössischen Inhalt ich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten will.

Nach den Ausführungen des Kammergerichts ist jegliche Solidarität mit Gefangenen mittlerweile "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Der Beschluß bezieht sich zwar auf meine Person, richtet sich jedoch in Wirklichkeit gegen alle Gruppen und Personen, die versuchen, Solidarität mit den Gefangenen zu organisieren, die versuchen, ein Minimum an praktischer Hilfe zu leisten, sei es durch materielle Unterstützung Briefkontakte, Besuche usw.

Vor allem Öffentlichkeitsarbeit zum Komplex Justiz und politische Gefangene soll dadurch verhindert werden, indem diejenigen, die durch diese Öffentlichkeitsarbeit einen notwendigen Schutz für die Gefangenen herzustellen versuchen, kriminalisiert, diffamiert und zu "Unterstützern terroristischer Vereinigungen" gemacht werden und damit "haftreif" sind. Exempel sollen geschaffen werden, um andere dazu zu bewegen, ihre Solidarität mit Verfolgten zu versagen.

In dem ersten Schreiben des Kammergerichts auf meine Beschwerde hin zitiert das Gericht die Ablehnungsbegründung der Staatsanwaltschaft, darin wird angeführt:
Ich hätte für 13 in Berlin einsitzenden Gefangenen, "die alle der Begehung anarchistischer bzw. terroristischer Straftaten beschuldigt werden", 4.000 DM auf die Gefangenenkonten überwiesen, ich hätte einen Gefangenen besucht, der zum Kreis anarchistischer Gewalttäter gehöre (Anm.v.mir: dieser Genosse ist nun schon gut ein halbes Jahr draußen), ich hätte Verbindung zum Prozeßbüro Berlin, und man gehe aufgrund von Ermittlungen davon aus, daß ich dort als Verantwortliche zu gelten habe.

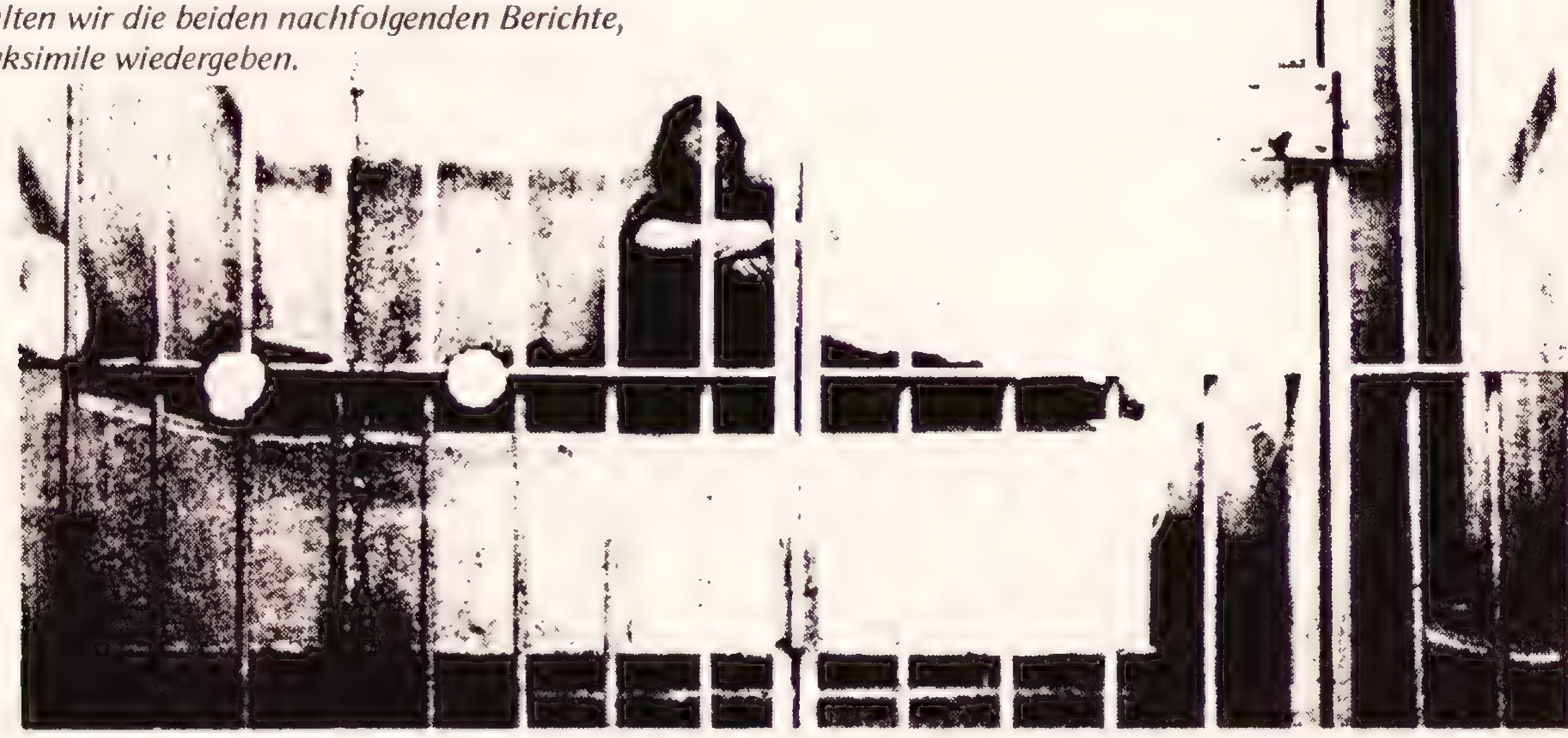
Das Gericht gab mir Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

forts. → S.11

TEGELER WOHN – UND ESSKULTUR

BERLIN, 10.November

Von einem Gefangenen aus dem Berliner Knast in der Seidelstraße erhielten wir die beiden nachfolgenden Berichte, die wir hier als Faksimile wiedergeben.



Tegeler Wohnkultur

»Stube und Küche«

Der Zoo-Charakter ist nicht zu verleugnen, betrachtet man sich obenstehendes Bild. Dieses ist nun, weiß Gott nicht, etwa eine Fotomontage oder ein Mensch, der sich eben mal spaßeshalber durch die Gitterstäbe eines Affenkäfigs hat fotografieren lassen, sondern vielmehr beschämende Vollzugswahrheit bundesdeutscher Strafjustiz im Jahre 1977.

Es ist nicht bekannt, in welchen anderen deutschen Vollzugsanstalten solche Käfige noch existieren. Tatsache ist, daß in der JVA Tegel 3 (drei!!) dieser "Tigerkäfige" fast ständig belegt sind. Im anstaltsoffiziellen Sprachgebrauch werden sie als "Absonderungszellen" bezeichnet, die Insassen nennen sie "Stube und Küche".

Belegt werden diese Doppelzellen, die in der Mitte durch ein Gitter geteilt sind, mit sogenannten "angriffsgefährlichen Gefangenen". Sicherlich kommt es gelegentlich vor, daß Insassen prügeln oder "Terror machen" und daß dabei auch schon mal ein Bediensteter etwas abbekommt. Aber wenn dann "aufgeräumt" wird, werden die betreffenden Insassen erst einmal in den Arrest-Bunker gebracht, bis sie sich beruhigt haben. Später aber, wenn sie wieder zu sich gekommen sind, wandern sie auf Anordnung des Anstaltsleiters in die Absonderung, d.h. "Stube und Küche". Dort müssen sie manchmal bis zu mehreren Wochen hausen. Den Zeitpunkt der "Entlassung" bestimmt der Anstaltsleiter.

Die "Tigerkäfige" sind ein krasses Beispiel dafür, wie trotz allen Geredes von Vollzugsreform und Behandlungsvollzug in der Öffentlichkeit die Vollzugspraxis in der JVA Tegel aussieht.

"Die Absonderung kann in der Unterbringung in einem besonders gesicherten, normalen Haftraum bestehen. Die vorübergehende Isolierung von anderen Gefangenen sollte nicht länger als 24 Stunden dauern", kommentieren Calliess und Müller-Dietz den § 88 des Strafvollzugsgesetzes. Anderes ist mit dem Ziel des Behandlungsvollzuges nicht vereinbar.

Wie lange noch soll dieser "Anstalts-Zoo" existieren? Will Justizsenator Baumann nicht endlich diesem menschenunwürdigen Treiben Einhalt gebieten? "Wir wollen anknüpfen an die Persönlichkeitswerte des Einzelmenschen.... Wir wollen Vollzugsbedingungen schaffen, in denen diese soziale Natur des Menschen aktualisiert werden kann", schreibt Senator Baumann in seinem neuesten Buch "Strafrecht im Umbruch".

"Fangen Sie damit an, Herr Baumann, reißen Sie die Käfige nieder!"

„Macht nichts, wir haben's ja!“

Eine Pressemeldung der letzten Tage (BZ vom 29.10.77) besagt:

"Vom kommenden Dienstag an werden auch die Preise für Nescafè je nach Sorte um 50 Pfennig bis eine Mark gesenkt. Die letzte Preissenkung dieses Unternehmens liegt erst einen Monat zurück."

Bei uns in der Strafanstalt will sich die Firma Neckermann/Karstadt wohl als unverschämter Ausbeuter von Abhängigen betätigen. Oder wie soll man sonst die uns für den Einkauf von Nescafè abverlangten Preise verstehen?

Weder sind die Preise für Nescafè beim Gefangeneneinkauf in der JVA Tegel vor einem Monat gesenkt worden, noch konnte sich der "Tagelöhner von Insasse" beim Einkauf Ende Oktober d.J. eines geringeren oder wenigstens des gleichen Preises wie im Vormonat erfreuen. Im Gegenteil. Der ohnehin überhöhte Kaffeepreis wurde trotz der letzten Preissenkung "draußen" im vergangenen Monat und der neuerlichen Senkung in diesen Tagen durch Karstadt für die Strafgefangenen um ca. 2,50 DM pro 200 g Nescafè-Standard erhöht. So dürfen wir bei einem Tageslohn von durchschnittlich 4,-- DM und weniger (das ist der Arbeitslohn der meisten Insassen) für 200 g Kaffee den stolzen Preis von nunmehr ca. 17,-- DM zahlen. Das ist der Gegenwert von vier Tagen Arbeit!

Die Justizbehörden, in deren Gewalt und Abhängigkeit wir stehen, schütteln darüber nicht die Köpfe, nur die Schultern. Das hilft uns wenig, der Firma Neckermann/Karstadt aber um so mehr!

Es ist zwar sowohl dem armen Habenichts als auch dem Millionär verboten, aus dem Bäckerladen ein Brötchen zu stehlen. Neckermann/Karstadt aber darf uns ungestraft unter den Augen der Justiz (welch ein Paradoxon!) überhöhte Preise abverlangen und uns um unseren kargen Verdienst betrügen. Die Beziehungen nach "oben" müssen doch ausgezeichnet sein, zumal in Berlin! Ob sich wohl noch einmal eines Tages ein Mensch mit Amtsbefugnis findet, der diesen Dschungel mutig durchforsten kann und wird, ohne seinen Posten (oder seinen Charakter) zu verlieren?

Übrigens: Bei Karstadt am Hermannplatz kostete am 29.10.77 das große Glas Nescafè (200 g) nur 13,25 DM

»Lassen Sie gefälligst Ihren Mann seinen Nicht-Sympathisantenschein selbst abholen, Frau Böll!«

Leser Dr. Klinge, Lübeck

↓ von S.9

Ich äußere mich sinngemäß: "Unterstellt, die Ermittlungen entsprächen der Wahrheit, so könnte ich keinen Zusammenhang zwischen diesen Ermittlungen und der Ablehnung des Besuchsantrages herstellen."
Diesem Schreiben folgt postwendend der Beschluß des Kammergerichts: meine Beschwerde wird kostenpflichtig u. a. mit der folgenden Begründung abgewiesen:

"...läßt erkennen, daß die Beschwerdeführerin für den Zusammenhalt der terroristischen Bewegung aktiv tätig und bereit ist, diese auch zu unterstützen. Ihr können daher Besuchsmöglichkeiten in der Untersuchungshaftanstalt nicht eingeräumt werden, da die Möglichkeit, daß sie den mündlichen Kontakt zum unkontrollierten Austausch von Mitteilungen über Fluchtvorhaben oder andere, den Zweck der Untersuchungshaft gefährdende Maßnahmen benutzen könnte, nicht ausgeschlossen und dieser auch nicht durch weniger einschneidende Maßnahmen begegnet werden kann. Daß sie bereits den Beschuldigten besucht hat, steht dem nicht entgegen."

Solidarität überhaupt, hier: die Solidarität mit den Gefangenen durch Briefkontakte, Besuche, Geld- und Sachspenden und vor allem eine Öffentlichkeitsarbeit über die politischen Prozesse, die menschenvernichtenden Haftbedingungen, die Wiedereinführung der Folter, kann nur dann kriminalisiert werden, wenn wenige sie praktizieren. Diejenigen, die heute noch glauben, der Knast sei nicht ihr Problem, werden vielleicht schon morgen froh darüber sein, dieses Minimum an Solidarität von draußen selbst zu erfahren!"

ERKLÄRUNG DES RUSSELL–SEKRETARIATS

WESTBERLIN
3. November

Das in seiner Funktion jetzt bestätigte Sekretariat des Russell Tribunals (vorher: vorläufiges Sekretariat) hat einen neuen Rundbrief, den 7. herausgegeben. Wir veröfffentlichen die Punkte, die noch nicht im ID erwähnt wurden.

"1. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß die Jungsozialisten zu ihrer Zustimmung zum Russell Tribunal stehen. Alle gegenteiligen Behauptungen sind Falschmeldungen.

2. Unter Hinweis auf die Erklärung des SPD-Parteivorstandes hat noch niemand seine Unterschrift unter den Aufruf vom 1.2.77 zurückgezogen. Es gehen vielmehr täglich neue Unterschriften ein. Es sollte möglichst weitergesammelt werden, denn mit den Unterschriftenläßt sich gut dokumentieren, daß das Tribunal eine breite Unterstützung findet.

3. Nach dem ersten Treffen des Tribunals in Darmstadt sind die Kassen etwas geleert. Es ist unbedingt notwendig, daß jetzt verstärkt Spenden gesammelt werden, denn bis zur öffentlichen Tribunalssitzung nach Ostern sind es nur noch wenige Monate. In dieser verhältnismäßig kurzen Zeit muß die Finanzierung des Tribunals gesichert werden. Verbinden Sie daher Ihre Unterstützungsaktion für das Tribunal immer mit Spendensammlungen.

4. Trotz massiver Angriffe wächst die Unterstützung des Tribunals weiter: Am 23.10. wurde auf der Landesvorstandssitzung der Deutschen Friedensgesellschaft Landesverband Baden Würtemberg die Unterstützung des Tribunals beschlossen. Eine Entscheidung zur Unterstützung des Tribunals fällte auch der Landesverband der DFG/VK Berlin, sowie die Gruppen in Kiel und Hannover.

5. Film zum Russell Tribunal (16 mm schwarz/weiß 6 min). In einem Interview gibt Chris Farley, einer der Direktoren der Russell Peace Foundation, Informationen: Über die Russell Stiftung, ihre bisherige Arbeit für die Menschenrechte, über die beiden ersten Tribunale und über die Notwendigkeit, das Dritte Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik abzuhalten. Dieses Interview wurde im Februar 1976 gemacht. Der Film erhebt nicht den Anspruch, den jetzigen Stand der Vorbereitungen zu dokumentieren. Er ist aber geeignet, einer Versammlung, die bisher relativ wenig über die Russell Peace Foundation gehört hat, die Arbeit der Stiftung sinnlich erfahrbar zu machen. Durch die Kürze (sechs Minuten) ist er sehr gut in eine Veranstaltung einzubauen. Falls Interesse an dem Film besteht, sollte man sich an folgende Adresse wenden:

Filmgruppe Kinodienst, Grunewaldstr. 76, 1 Berlin 62, Tel.: 030/782 38 09

6. Der in diesem Rundbrief abgedruckte Spendenaufruf liegt in großen Mengen in unserem Büro und kann bei uns bestellt werden.

7. Das Sekretariat des Russell Tribunals nimmt mit Verwunderung zur Kenntnis, daß zwei Gruppen, die sich "Spartacus" und "Russell Initiative" nennen, zu einer "Russell Notveranstaltung" aufrufen. Das Sekretariat verurteilt das Vorgehen dieser Gruppen aufs Schärfste. Sie sind weder von der Russell Stiftung, noch vom Tribunal oder dessen Sekretariat ermächtigt, derartige Veranstaltungen einzuberufen. Insbesondere ist das Sekretariat darüber empört, daß diese Gruppen politische Meinungen, die nicht von der Stiftung und dem Tribunal geteilt werden, als die des Russell Tribunals darzustellen versuchen."

Kontaktadresse: Russell Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, Sekretariat: Ahornstr. 5, 1 Berlin 30, Tel. 030/211 91 38

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES DRITTEN INTERNATIONALEN RUSSELL TRIBUNALS

Am 16. Oktober 1977 hat sich das Dritte Internationale Russell Tribunal konstituiert. Nach dem Vietnam- und dem Lateinamerika-Tribunal wird sich ein Russell Tribunal erstmals den Problemen einer Demokratie zuwenden und mögliche Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin-West untersuchen. In der Thematik unterscheidet sich dieses Tribunal erheblich von den vorangegangenen; es behandelt nicht Kriegsverbrechen oder Folter, sondern fragt insbesondere nach der Einschränkung der Berufsfreiheit, nach Zensur und nach der Aushöhlung von Grundrechten im Zusammenhang von Strafprozessen. Es entspricht den beiden ersten Tribunalen jedoch in seiner Arbeitsweise und seinen Absichten:

– Das Tribunal wurde ins Leben gerufen, um für den Fortbestand der Menschenrechte einzutreten.

– Das Tribunal wird unabhängig sein. Weder Parteien noch Regierungen werden es kontrollieren oder in seinen Entscheidungen beeinflussen.

– Das Tribunal wird öffentlich tagen. Seine Ergebnisse werden publiziert. Jeder soll nachvollziehen können, wie es zu seinem Urteil gelangt ist.

– Das Tribunal wird jede Einseitigkeit vermeiden. Alles wichtige Material wird sorgfältig geprüft werden. Alle Seiten sollen zu Wort kommen und gehört werden.

Bevor Ostern 1978 die Verhandlungen aufgenommen werden, sind umfangreiche und erschöpfende Untersuchungen anzustellen: Fünf Monate intensiver Arbeit, in deren Verlauf wissenschaftliche Untersuchungen sowie detaillierte Forschungen erforderlich sein werden, verursachen erhebliche Kosten. Die Tage öffentlicher Verhandlungen werden noch größere Mittel verschlingen.

Das Dritte Internationale Russell Tribunal ist entschlossen, finanziell gänzlich unabhängig zu bleiben. Dies ist nur möglich, wenn jeder, der die Arbeit des Tribunals unterstützt und die Bedeutung einer vollständigen Erfüllung seiner Aufgaben einsieht, seinen eigenen Beitrag leistet.

Wir, die Mitglieder des Tribunals, verfügen über keinerlei staatliche Macht, wir repräsentieren nicht diejenigen, die stark sind. Wir kontrollieren kein Kapital, und keine Schätze stehen uns zur Verfügung. Wir handeln aus tiefer moralischer Besorgnis und sind völlig auf Unterstützungen angewiesen, die vom Gewissen der Menschen in aller Welt abhängen – von all denen, die ein Interesse an der Verteidigung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Westeuropa haben.

Wir rufen zu Spenden an die unten angegebenen Konten auf.

Für das Tribunal
Prof. Dr. Johan Galtung

Bankkonto: Nr. 0254585300, Thomas Dieckmann
- Sonderkonto Russell Tribunal, bei der Berliner Bank

Postscheckkonto: Nr. 415909-100, Thomas Dieckmann
beim Postscheckamt Berlin-W.

GESUCHT: OPFER DER CHEMISCHEN KEULE

WESTBERLIN
7. November

In der Anlage übersenden wir Euch einen Aufruf einer Berliner Gruppe von Ärzten und Chemikern, der bereits in mehreren Zeitschriften (u.a. Informationsdienst) erschienen ist. Leider haben wir bis heute nicht allzu viel verwertbares Material er-

halten. Ich wäre Euch deshalb dankbar, wenn Ihr den Aufruf weiterhin verbreiten könntet ...

Betr.: Chemische Keule

Wir sind eine Gruppe von Ärzten und Chemikern, die über die Chemische Keule und andere chemische Kampfstoffe arbeiten. Da die Möglichkeit von Verletzungen und bleibenden Schäden durch den darin verwandten Stoff Chloracetophenon immer wieder bestritten wird, benötigen wir dringend Berichte und Befunde von Verletzten, um die öffentliche Auseinandersetzung gegen die Keule führen zu können. Es muß insbesondere in Brokdorf und Grohnde eine ganze Reihe von Verletzten durch die Chemische Keule gegeben haben.

Wir bitten diejenigen, die sich mit derartigen Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben mußten dringend, uns
1. einen ganz kurzen Bericht über den Hergang und
2. einen ärztlichen Befund- und Verlaufsbericht über Augen- bzw. Hautverletzungen o.a. zu schicken.

Um die Vertraulichkeit der Berichte zu gewährleisten, schickt diese bitte an:
Rechtanwälte Jens A. Brückner und Hans Theo Schmitt, Lietzenburger Str. 91, 1 Berlin 15

Bitte auch weitersagen !!!

GEDÄCHTNISPROTOKOLL DER 16–JÄHRIGEN SCHÜLERIN ANETTE M. ÜBER EINE POLIZEI–KONTROLLE

KÖLN
3. November

"Uwe F. und ich kamen um etwa 15 Uhr in Köln an. Gegen 15 Uhr kamen wir über eine Brücke, die über den Rhein führt. (Zoobrücke). Ein Polizist winkte uns mit einer Kelle an den Seitenstreifen. Ein weiterer Polizist verlangte von uns die Personalausweise. Wenige Minuten später kam ein Ziviler und durchsuchte unser Auto. Dabei fand er bei mir Plaketten von "AKW nein danke". Er fragte mich sofort, was meine Meinung zu AKW ist. Ich sagte ihm, daß ich die Sicherheitsvorkehrungen der AKW's zu unsicher fände und falls ein Flugzeug auf ein AKW abstürzen würde, wäre die ganze umliegende Gegend verseucht. Er gab keine weitere Antwort und fing dann an, mit einem weiteren Polizisten den Kofferraum zu untersuchen. Dabei fanden sie mehrere Bücher, die wir für eine Studentin nach Köln bringen wollten. Ein Buch von Ulrike Meinhof (Bambule) und ein anderes Buch (dessen Titel ich nicht kenne) nahmen sie mit. Von mir fanden sie eine kleine grüne Mappe, wo ich meine Bilder, Ausweise und andere Sachen aufbewahre. Der Zivile sah sich zuerst die Bilder an. Ich sagte zu ihm leise, daß dies doch Privatsache wäre. Er erwiderte in einem freundlichen Ton: "Ach lassen sie mich doch mal sehen." Er griff ein Bild von Michael R. und dessen Bruder C. heraus. Ihm fielen sie wegen ihrer langen Haare wahrscheinlich auf. Er fragte, wer das sei. Ich sagte, daß er mit mir in dieselbe Schule geht. Dann holte er auf der anderen Seite des Mäppchens die Texte von Biermann heraus: "Drei Schüsse auf Rudi Dutschke" und "Ermutigung".Er fragte: "Was ist denn das? " Ich erwiderte, daß dies Texte von Wolf Biermann seien. Er brachte irgendein Schimpfwort auf Biermann und fragte, ob das etwa meine Meinung sei. Nein, sagte ich, ich schrieb die Texte nur aus Spaß an der Freud mit. Dann forderte er mich auf, doch aus dem Auto zu kommen, aber ich erwiderte, daß ich lieber im Auto sitzen bleiben würde. Der Zivile, mit fast dreckig aussehenden Jeans, ging nun zu einem VW-Bus und gab anscheinend unsere Personalien durch. Ich stieg aus dem Auto und setzte mich zu Uwe. Der Zivile kam zurück und sagte, wir müßten mit auf die Wache.
Während wir dorthingingen versuchte er Uwe auszufragen. Uwe sagte, daß er sich auf so eine linke Tour nicht ausfragen lassen würde. Der Zivile sagte: "Ich möchte mich doch nur mit ihm unterhalten." Doch Uwe ging auf das Gespräch nicht ein.

Auf der Wache: Wir wurden auf eine Bank hingewiesen und der Zivile fragte uns, wohin wir wollten. Wir: Zu einem Freund von uns und bei einer Studentin die Bücher und den Fernseher abgeben. Der Name und die Adresse des Freundes wurden notiert. Was macht er, fragte der Zivile. Er arbeitet als R. bei B. Zi; Wer ist das auf dem Bild? Ich: M.R. Zi: Wer ist das daneben? Ich: M's Bruder C. Zi: Woher kennen sie ihn? Ich: Er ist auf unserer Schule. Danach wurde ich von Uwe weggesetzt. Mir ging es sehr schlecht und ich war nervös. Zwei Polizisten standen um mich herum und unterhielten sich mit mir. Pol: Auf welche Schule gehen sie? Ich: Auf eine Berufsfachschule. Pol: Sie sind aber sehr nervös. Ich: Ja, von ihnen werde ich nervös gemacht. – Warum wurde ich von Uwe weggesetzt? Ich wäre froh, mal was begründet zu bekommen. Pol: Sie fühlen sich wohl allein?
Nun wurde ich in ein anderes Zimmer begleitet. Pol: Irgendetwas bedrückt sie doch, warum schauen sie so traurig aus. Ich gebe keine Antwort. Pol: Sind sie verliebt? Ich: Also, das geht ja wohl zu weit. Pol: Wollen sie eine Zigarette? Ich: Ja. Der Polizist fragt mich, ob ich wohl Ärger zuhause bekomme und fragt mich nach der Telefonnummer meines Vaters. Er versucht, eine Vertrauensebene herzustellen. Ich erzähle, daß ich zuhause gesagt habe, daß ich zu einem Seminar fahre und bitte den Polizisten, nicht zuhause anzurufen. Währenddessen telefoniert der Zivile fortwährend. Er gibt die Namen von Uwe und den Namen von meinem Schulkameraden auf dem Bild durch. Dann werde ich aufgefordert, meine Arme zu zeigen. Als ich die Innenseite zeige, bemerkt der Polizist, daß ich ja gut Bescheid wüßte. Ich werde gefragt, was Uwe für ein Mensch ist und woher ich ihn kenne. Ich bin so in die Verhörsituation hineingeraten, daß ich mir schon ernsthaft überlege, was Uwe für ein Mensch ist. Als ich aber nicht antworte, mischt sich der Zivile wieder in das Verhör ein. Er regt sich darüber auf, daß Uwe gesagt hat, daß er sich nicht auf so eine linke Tour ausfragen lassen würde. Er würde sich fragen, wer hier links ist. Und ob ich es nicht auch albern finden würde, wie Uwe sich benommen hat. Er fragte: Wissen sie, warum hier gesucht wird? Ich meine, daß wohl irgendwelche Leute gesucht werden und betone, daß ich verstehen kann, daß solche Leute gesucht werden. Er regt sich auf, ob wir denn nie was draus lernen könnten.
Nachdem der Zivile durch's Telefon mitgeteilt bekommen hatte, daß das Ergebnis negativ sei, durfte ich mich zurück zu Uwe setzen. Nach einiger Zeit wurde ich abermals in das Zimmer gerufen. Der Zivile hatte meinen Vater angerufen und berichtete ihm gerade, daß bei mir Atomkraftplaketten und Texte von Biermann gefunden worden waren. Ich bekam Schreikrämpfe und Brechanfälle. Ich hörte nur noch wie ein Polizist bemerkte: Wir sind doch hier nicht im Kindergarten.
Dann brachte Uwe mich hinaus."

Kontaktadresse: über den ID

DEMONSTRATION GEGEN AUSLÄNDERGESETZ

OFFENBACH,10. November

Am 5. November fand in Offenbach ein Tribunal gegen die Ausländergesetze statt. Für Samstag, den 19. Nov. wurde eine Demonstration beschlossen. Im Vordergrund stehen die Abschiebung und die Androhung der Abschiebung zweier türkischer Arbeiter. Hierzu hieß es in einem Aufruf:

"In der Nacht vom 5.10. auf den 6.10. hat die Polizei in Obertshausen fünf junge türkische Arbeiter überfallen. Beschuldigt wurden sie, Plakate für eine Kundgebung am 8.10. in Bonn "Weg mit den Verbotsanträgen gegen KBW,KPD

und KPD/ML "geklebt zu haben. Die Polizei hat sie 12 Stunden in Einzelhaft gehalten und alle erkennungsdienstlich behandelt. Einen jungen Arbeiter hat sie sofort abschieben lassen. Die Abschiebung einer jungen türkischen Arbeiterin bereitet sie vor. Die Abschiebung von Nejdet Kahveci hat sie begründet mit illegalem Aufenthalt in der BRD und damit, daß er für die Kundgebung in Bonn eingetreten sei. Sie macht geltend, eine Beeinträchtigung der Belange der BRD, die Abschiebung wird im "öffentlichen Interesse angeordnet."
Die Demonstration am **19.11. beginnt um 11.00 Uhr am Offenbacher Makrtplatz**
Kontaktadressen:
B.Jung, 6055 Obertshausen/Hausen, Ludwig–Jahn Str. 1
B. Lewicki, 605 Offenbach, Gebelsbergerstr. 13,
Tel: 83 27 40

ÄRZTLICHE VERSORGUNG AUF DEM LAND

Fröndenberg/Nordrhein-Westfalen
November 1977

[illegible] Vater aus Nordrhein-Westfalen schrieb uns folgenden Brief:
"Der ärztliche Notdienst ist an Wochenenden und Mittwochnachmittagen in Nordrhein-Westfalen-Lippe gesichert. Rund umdie Uhr stehen Ärzte dem besorgten und kranken Steuerzahler zur Verfügung."
Man sollte meinen, wenn man so etwas hört und liest, daß alles erbracht wird, um den Bürgern ihr Wohl zu erhalten, damit sie auch noch möglichst lange ihre Krankenbeiträge entrichten können.

Ich habe erst kürzlich wieder einen nicht erfreulichen Vorfall erlebt:
Mein jüngster Sohn von 3 Jahren bekam Fieber. Wir warteten ab, ob es steigt oder nach unseren Wadenwickeln sich wieder senkt.

Es stieg weiter an. Als das Fieberthermometer 39 Grad anzeigte bekamen meine Frau und ich schon Angst. Wenig später versuchte ich einen Arzt zu erreichen, vergeblich. Ich beruhigte mich ein wenig, Aber als das Thermometer 40 Grad anzeigte, [illegible] mein Sohn am ganzen Leibe zitterte, was nach meiner Meinung nach einem Fieberkrampf aussah, zumal er so merkwürdig zuckte und sich auch krümmte, konnte mich nichts mehr zurückhalten. Ichlief wieder zum Telefonhäuschen. Glücklicherweise funktionierte es noch, denn oft ist es defekt und die anderen liegen ziemlich weit auseinander. Im übrigen wäre auch in solch einer abgelegenen Gegend, ich wohne in Fröndenberg auf dem Mühlenberg, ein Polizeimelder amgebracht, was aber leider nicht der Fall ist. Ich werfe 20 Pfenning in den Automat und wähle die Nummer unseres Hausarztes. Es meldet sich niemand. Nach merhmaligem Versuch gab ich es auf und wählte die Nummer der Krankenwagenbesatzung. Es lief ein Tonband ab, aus dem hervorging, daß die Besatzung zur Zeit unterwegs sei. In dringenden Fällen ist die Hauptzentrale unter einer 8-stelligen Telefonnummer anzurufen. Ich hatte aber keinen Kugelschreiber dabei um mir diese lange Nummer aufzuschreiben.

Mittlerweile war etliche Zeit vergangen. Ich hatte 40 Pfennig geopfert und immer noch keinen Arzt erreicht. Meine Frau machte sich zu große Sorgen und beängstigte mich noch mehr. Nachdem ich mit dem Kugelschreiber wieder zum Telefon kam, warf ich 50 Pfennig hinein und wählte die Einsatzleitung der Krankentransporte. Es war ein Ferngespräch. Ich teilte dem dem Einsatzleiter den Vorfall mit, daß der Notarzt nichtzu erreichen sei. Dieser sagte mir dann, daß er unterwegs sei zu einem Kranken, der einen Herzinfarkt erlitt. Er gab mir zwei Telefonnummern von hiesigen Ärzten an. Als ich die erste wählte und sich keiner meldete, fiel mir ein, daß sich dieser Arzt ja im Urlaub befindet und gar nicht zu erreichen ist.

Jetzt hatte ich gar kein Kleingeld mehr. Bis ich einen 10-DM-Schein gewechselt bekam, verging wieder eine Weile. Ich wollte nichts mehr riskieren und rief den Sohn des notdiensthabenden Arztes an, der auch Arzt ist. Seine Frau meldete sich. Nach meiner Erklärung sagte sie mir, daß ihr Mann jetzt Feierabend hat und nichts damit zu tun habe. Ich legte auf.

Mein Blutdruck war schon ziemlich hoch, da ich ohnehin an Kreislaufstörung leide. Jetzt wählte ich die zweite Nummer, die mir die Einsatzzentrale genannt hatte. Es klappte.Ein junges Fräulein meldete sich und sagte mir nach meiner Erklärung, daß sie für unser Gebiet heute Abend nicht zuständig seien. Nun wurde es mir zu dumm und ich schimpfte.Sie gab mir ihre Kollegin. Dieser erzählte ich alles noch einmal von vorne, daß mein Sohn höchstwahrscheinlich einen Fieberkrampf habe usw. Auch sie gab mir ähnliche Antworten. Da drohte ich ihnen mit unterlassener Hilfeleistung, daß ich sie verklagen würde, wenn dieser Arzt nicht nach meinem Kind schauen würde, zumal ich eine DAS-Rechtsschutzversicherung habe und es mich keinen Pfennig kosten würde. Nach diesen, von mir ernsthaft gemachten Drohungen bekam ich den Arzt an die Strippe.

Wieder mußte ich alles von vorne erzählen. Er sagte mir anfangs das gleiche wie alle anderen. Dann sollte ich ein Rezept bei ihm abholen, was für mich 5 km Fußmarsch bedeutet hätte, zumal ich kein Fahrzeug besitze und abends kein Bus fährt. Dies sagte ich ihm und auch, daß ich nicht nur ein Rezept möchte, sondern darauf bestehe, daß mein Kind ärztlich untersucht wird, da ich sehr besorgt um das Wohl meiner Kinder bin. Ich wiederholte meine Drohung, ihn zu verklagen. wenn er sich nicht entschließen würde, uns aufzusuchen.
Er teilte mir mit, daß er selbst nochmals versucht, den Notarzt zu erreichen, wenn es nicht glückt, käme er sofort zu uns nach Hause. Ich bedankte mich. Seine Stimme klang auf jeden Fall freundlicher als anfangs.

Mittlerweile war über 1 Stunde vergangen, traurig aber wahr. Ich wunderte mich, als schon nach einer Viertelstunde ein Arzt eintraf und zwar der Sohn des Notarztes, der angeblich Feierabend hatte. Er ließ sich nichts anmerken, begrüßte uns freundlich und entschuldigte sich für seinen Vater, der zu einem Herzinfarkt-Patienten unterwegs sei.

Die Untersuchung ergab, daß mein Sohn Penicillin benötigte, da er obendrein etwas mit dem Hals hatte und schlecht Luft bekam.

Ich bedankte mich für alles und lief zur Apotheke, um das Rezept einzulösen. Wir wachten fast die ganze Nacht.

Um ca. halb 8 morgens schellte es bei mir Sturm. Wer konnte das sein zu solch früher Stunde? Es war unser Hausarzt, der Notdienst hatte. Wir hatten ihn nicht gerufen sondern tags zuvor.

Er platzte herein mit den Worten? Was ist denn los, Kinder, macht doch nicht die halbe Welt verrückt. Er untersuchte meinen Sohn und fing auf einmal heftig an zu schimpfen. Wegen solcher Lapalien alles verrückt zu machen und daß er uns zum nächsten Quartal rausschmeißen würde, was er im Übrigen nicht gatan hat. Wir waren müde und ließen ihn reden. Er beteuerte immer wieder, daß er den ganzen Abend zu Hause gewesen sei und nicht vom Telefon weg war. Eine Lüge ersten Ranges, zumal Krankenwageneinsatzleitung, der gestrige Arzt

und ich es mehrmals versucht hatten, ihn zu erreichen und sein Sohn selbst bestätigt hatte, daß sein Vater unterwegs sei. Ich wollte mich nicht mehr herumstreiten und sagte gar nichts dachte mir nur meinen Teil.

Er muß wohl ordentlich etwas zu hören bekommen haben, da ich einmal von jemandem gehört habe, daß der Arzt, den ich angerufen hatte, nicht gerade gut auf unseren Hausarzt zu sprechen sei, das sagte mir natürlich alles.

Bis jetzt sind wir immer noch bei ihm in Behandlung, der Kinderarzt ist zu weit weg und unser Arzt hat mit seinem Sohn ohnehin des öfteren Notdienst, da wollten wir es uns nicht ganz mit ihm verscherzen. Aus diesem Grund sind wir in seiner Behandlung geblieben.

Wir ziehen auf jeden Fall, sofern wir eine neue Wohnung gefunden haben, wieder in eine Großstadt, aus der wir vor einem halben Jahr hier runter gezogen sind, denn da ist die Versorgung bedeutend besser.

"Notärztliche Versorgung sichergestellt" trifft meiner Meinung nach nur in einer Großstadt zu. Aber was wollen wir denn? Hauptsache, die Krankenbeiträge stimmen, oder wir müßten reich geboren sein, dann hätten ich einen Arzt immer um mich herum.

Nachtrag: Als meine Frau einige Wochen später eine Überweisung für den Kinderarzt haben wollte, damit die Kinder wieder einmal richtig untersucht werden und auch die Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt werden, die unser Arzt ablehnte, sagte unser Hausarzt, wenn wir jetzt zum Kinderarzt gehen, müssen wir auch bei ihm in Behandlung bleiben. Auch wenn sie einmal krank sind, hat er damit nichts mehr zu tun. Wenn er aber Notdienst hat, ist er verpflichtet zu kommen, aber ich streite micht nicht mehr herum. Wenn es nochmals zu einem Zwischenfall kommt, werde ich gerichtliche Schritte einleiten.

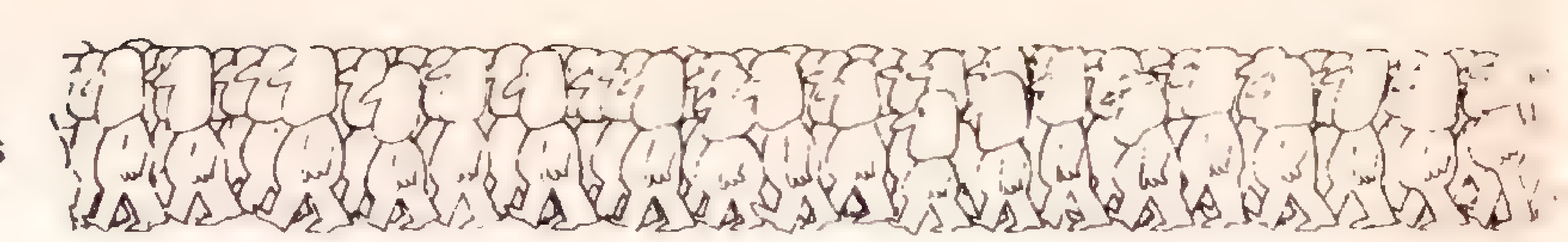
Kontaktadresse:
Hans-Jürgen Schulz, Paul-Löbe-Str. 6, 5758 Fröndenberg

ESG-GRUPPEN DIE RÄUME GEKÜNDIGT

MARBURG 7. November — *Bericht des ESG-Teams Marburg:*

In der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Marburg nimmt das Tauziehen um den neuen Studentenpfarrer höchst unchristliche Gestalten an. Versuchte die Landeskirche seit Februar '77 den Widerstand der Studentengemeinde gegen einen starken Mann durch Verzögerungstaktik bei der Stellenbesetzung zu brechen, so bedient sich die Kirchenleitung neuerdings enthüllenderer Mittel. Der neu eingesetzte (zweite) kommissarische Studentenpfarrer (wiss.Mitarbeiter des Landesbischofs) ersetzt recht gut die Rolle eines Studentenkommissars. Zielstrebig erfüllt er seit Amtsantritt (1.11.) die Aufträge der Kirchenspitze und kümmert sich einen Dreck um seine Gemeinde. Zunächst wurden fast alle in den Räumen der ESG tagenden Gruppen (Ausländergruppen, Basisgruppen, Bürgerinitiativen, Anti-Repressions-Gruppen, Russell-Tribunal-Unterstützungsgruppe etc.) gekündigt. Nun soll am 14.11.77 das Haus der ESG ganz geschlossen werden.

Als Reaktion auf diese Maßnahme plant die ESG einen Kongreß "Offene ESG - geschlossene Kirche", der vom 13.11.77 bis 16.11.77 in den Räumen der ESG stattfinden soll. Man darf darauf gespannt sein, ob wenigsten ein den Kongreß einleitender Gottesdienst von den Kirchenfürsten in den Räumen der ESG geduldet werden wird."



7.500 ENTLASSUNGEN UND EINE STUNDE STREIK BEI DEN STAHLWERKEN RÖCHLING-BURBACH

(zur Vorgeschichte siehe ID 182 und 199)

7.500 Entlassungen!

BURBACH (Saarland) 31. Oktober — Am 26. Oktober trat in Burbach ein Teil der Frühschicht in den Streik. Anlaß war die Landtagsdebatte über die wirtschaftliche Situation an der Saar. Eine gewählte Delegation überbrachte eine Resolution an den Landtag. Etwas über eine Stunde später waren alle wieder an der Arbeit.

Zu dem Streik ist zweierlei zu sagen. Zum einen ist es höchste Zeit, daß sich die Arbeiter selbst zur Wehr setzen. Andererseits wissen die meisten, daß Bittschriften und Resolutionen nicht viel erreichen. Sie erwarten, daß die Gewerkschaften ernsthafte Kampfformen gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen organisieren.

Die Stahlwerke Röchling-Burbach (SRB) wollen in den nächsten Monaten 3.500 Beschäftigte – etwa ein Fünftel der Belegschaft – entlassen. Dies wurde am Mittwoch, dem 19. Oktober, nach einem Gespräch von Geschäftsführung und Betriebsrat bekannt.

Das ist aber noch nicht alles. Zwei Jahre später sollen weitere 4.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, dann nämlich, wenn die Flüssigphase im Werk Völklingen endgültig stillgelegt ist und die von den drei Saarhütten gemeinsam gegründete Planungs-GmbH den Entwurf für die gemeinsame Roheisenbasis in Dillingen ausgearbeitet hat und das Werk gebaut ist. Insgesamt werden also in den nächsten Jahren mindestens 7.500 Kollegen bei Röchling entlassen.

Wie sind die Zahlen der zunächst 3.500 zu Entlassenden aufzuschlüsseln?

In der Hauptsache werden Arbeitsplätze im Werk Burbach vernichtet. Entlassen aber werden die Kollegen je zur Hälfte in Völklingen und Burbach. In Burbach sollen nur noch die hochmoderne Drahtstraße und eine Kokerei bestehen bleiben. Zwar stellte die Geschäftsführung nach Ablauf von zwei Jahren die Errichtung einer Stranggußanlage in Burbach in Aussicht, aber selbst wenn sie wirklich errichtet würde, bedeutete sie die Schaffung von nur 300 Arbeitsplätzen. Angesichts der 7.500 Entlassungen ein Witz.

Wo und wer wird entlassen?

Unter die Entlassungen fallen unter anderem 300 Kollegen der Weiterverarbeitung. Wie haben Klein und Baltes, Betriebsräte bei der Weiterverarbeitung, noch vor kurzem getönt? Entlassungen seien ein pures Gerücht!

Weiterhin sollen 600 türkische Kollegen entlassen werden, die entweder in die Türkei zurückgeschickt werden oder aber weiter nach Süddeutschland vermittelt werden sollen; dort hat die Röchling-Burbach GmbH vor einiger Zeit bei Augsburg ein



Stahlwerk aufgekauft, das Baustahl herstellt. Diese Produktion ist in Burbach dichtgemacht worden (ehemalige Feinstraße).

Bis Ende 1979 sollen 21 % der Angestellten, mehr als 400, ihren Arbeitsplatz verlieren. Weitere 300 Kollegen werden im französischen Schöneck auf die Straße gesetzt. Dort wird die Schlacke aus Burbach zu Thomasmehl verarbeitet. Zudem wird dort Straßenschotter hergestellt.

Sozialplan?

Von den 3.500 Kollegen, die entlassen werden sollen, fallen nur 1.100 unter den von der Geschäftsführung ausgearbeiteten Sozialplan. Dieser Sozialplan ist mit 60 Mio DM veranschlagt. Finanzieren sollen ihn nicht etwa die Stahlkonzerne Röchling und Arbed, sondern Land, Bund und EG-Kommission.
Die Kollegen sollen also auch noch ihre Entlassungen selbst bezahlen. Denn ein erheblicher Teil der Gelder der öffentlichen Hand kommen nun einmal aus der Lohnsteuer der Arbeiter.

Senkung des Rentenalters?

Das Rentenalter soll auf 55 Jahre gesenkt werden. Auch wenn man dies gutheißt, bedeutet das noch lange nicht, daß sich darin die soziale Fürsorge der Unternehmer ausdrückt. Vielmehr ist es ein willkommener Anlaß, ältere Kollegen, die dem ständig steigenden Arbeitsdruck nicht mehr gewachsen sind, auf billige Weise loszuwerden. Die Herabsetzung des Rentenalters für Arbeiter und Angestellte auf 55 Jahre, wie sie von Kurt Hartz von der IG Metall-Geschäftsstelle Völklingen bereits auf der Betriebsversammlung am 27. Juli in Burbach vorgeschlagen wurde, paßt den Unternehmern hervorragend in ihr Konzept.

Krackow*: „Es gibt keine Massenentlassungen."
(* der Generaldirektor)

Angesichts dieser Zahlen und den 1.300 bei SRB in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits entlassenen Kollegen ist die Äußerung der SRB-Geschäftsführung, es gäbe bei ihnen keine Massenentlassungen, blanker Hohn. Es zeigt sich vielmehr, daß die Unternehmer versuchen, die Entlassungen schrittweise und zeitlich gestaffelt durchzuführen. Die Kollegen sollen hoffen, diesmal noch nicht dabei zu sein. So soll ihr Widerstand möglichst gering gehalten werden.

Daß die Entlassungen schon lange geplant waren, die ‚Krise' also gesteuert ist, beweist z. B. eine Aussage von Osthoff, dem Vorgänger Krackows. Dieser hatte bereits 1972, einem außerordentlich guten Stahljahr, formuliert, was in den kommenden Jahren auf uns zukommt: „Straffung der Organisation und sparsame Verwendung der menschlichen Arbeitskraft." Die menschliche Arbeitskraft ist für den Unternehmer nur ein Kostenfaktor wie Kohle und Erz und muß gering gehalten werden, wenn der Profit steigen soll.

Wie man eine Krise produziert

Und so hat Röchling-Burbach vor kurzem im zentralafrikanischen Zaire ein Stahlwerk mit Stranggußanlage gebaut. Dort können erhebliche Lohnkosten eingespart werden und die Stahlerzeugnisse natürlich billiger auf den Markt geworfen werden als hier. Der Profit des Unternehmers steigt damit.

Von Konkurrenzkampf mit ausländischen Unternehmen und damit zusammenhängender ‚Absatzkrise' kann doch keine Rede sein, wenn die multinationalen Konzerne wie Arbed und Röchling selbst Eigentümer dieser ausländischen Firmen sind. Nach diesem Muster wird auch am liebsten in der sogenannten Dritten Welt von den Konzernen investiert, denn diese Standorte liefern nicht nur die fetten Gewinne, sondern auch das beste Argument für die selbst produzierte Krise: „Die erdrükkenden Billigimporte aus dem Ausland, die zu Entlassungen und Rationalisierungen führen." Hier beißt sich die Katze in den Schwanz.

Ein anderes Beispiel findet sich bei der Neunkircher Hütte. In Neunkirchen spezialisiert man sich wegen der angeblich schlechten Absatzlage im Massenstahlbereich auf Edelstahl. Andererseits läßt der 50 %-Anteilseigner Otto Wolff bislang in Neunkirchen gefertigte Massenstahlgüter vom rhodesischen Konzern RISCO produzieren. Das Geschäft läuft über Briefkastenfirmen auf den Bermudas und in der Schweiz.

Und der Dillinger-Stahlbau, eine Tochtergesellschaft der Dillinger Hütte, ist am Aufbau eines Hüttenwerkes in Nigeria beteiligt, das in der Endphase eine Jahresleistung von einer Million Tonnen haben wird.

Daß die Konzerne gewillt sind, ihre Verdummungsstrategie langfristig fortzuführen, hat der Präsident der Arbed, Tesch, jüngst so formuliert: „Wir wissen jetzt, daß die Krise, in der wir leben, lang und schmerzhaft sein wird."

Wie sehr die Unternehmer in einer Krise stecken, zeigen auch die folgenden Zahlen: 1976 haben die Anteilseigner 94,5 Mio DM in Röchling-Burbach und RBW gesteckt, um zu modernisieren, d. h. hier wurden 94,5 Mio DM Gewinn investiert. Ein Gewinn, den es angeblich ja gar nicht gibt.

1976 hat jeder Arbeiter bei RB und RBW einen Umsatz von 137.415,-- DM erarbeitet. Selbst diese Zahl ist noch nicht richtig, denn die Unkosten von RBW sind viel geringer, als von der Geschäftsführung zugegeben wird. Zu den angeführten Unkosten von RBW zählen Materiallieferungen von RB. Diese verkaufen zu Höchstpreisen an die eigene Tochtergesellschaft. So werden Bilanzen verfälscht.

Im Spitzenjahr 1974 betrug der Umsatz pro Arbeiter 100.500,-- DM. Dabei sind 1976 auch noch nicht die Ergebnisse der Beteiligungsfirmen Gerlach-Werke Homburg und der Lech-Stahlwerke Herbertshofen (das ist das Stahlwerk bei Augsburg) in die Rechnung mit einbezogen worden.

1976 war es auch, als der Röchling-Clan zu jenen 135 Milliardären gehörte, die zwar nur 0,25 % der deutschen Unternehmen ausmachen, dafür aber 50 % der Arbeiter beschäftigen und 75 % des Gesamtumsatzes der BRD machen.

Wie man sieht, geht es den Anteilseignern besser denn je.

Der Kampf gegen die Entlassungen

Der Kampf um Arbeitsplätze darf sich nicht in bloßen Forderungen nach Verstaatlichung wie in der IG Metall-Resolution vom 30. August erschöpfen. Um erfolgversprechenden

Druck auszuüben, sollte sich die IG Metall auf andere Mittel besinnen. Eine Demonstration kann höchstens die Öffentlichkeit beeindrucken, die Unternehmer aber nur noch ein konsequent durchgeführter

S t r e i k

aller an der Saar arbeitenden Stahlarbeiter.

Das Interesse der Arbeiter kann es nicht sein, auf Landtag, Bundestag und EG-Behörden Druck auszuüben, damit diese dem Röchling-Arbed-Clan die Entlassungen bezahlen.

Sprüche des IGM (Industrie-Gewerkschaft Metall) -Vorsitzenden Herold

Wenn Albrecht Herold, 1. Bevollmächtigter der IGM und Lantagsvizepräsident, am Mittwoch, dem 26. Oktober, im Saarländischen Rundfunk erklärt hat, er appelliere an das Gewissen der Anteilseigner, diejenigen, die jahrelang ihre Knochen für sie hingehalten hätten, nicht zu entlassen, kann man nur noch staunen. Seit wann haben Kapitalisten ein Gewissen, wenn es um das Leben und die Belange der Arbeiter geht? Die können nur rechnen, wie sie ihren Profit erhöhen. Das sollten wir ihnen versalzen, deshalb Streik. Nicht nur eine Stunde wie am Mittwoch in Burbach, sondern so, daß es sich rentiert (aber nicht für Röchling und Arbed).
Bei Albrecht Herold fällt einem noch ein, daß er im Februar bei den ersten Entlassungen voller Empörung darauf reagierte, daß der Büttel des Kapitals, Klumpp (FDP-Mitglied und Wirtschaftsminister des Saarlandes), erzählte, es würden noch mindestens 15.000 Kollegen der Saarländischen Stahlindustrie bei den Rationalisierungmaßnahmen daran glauben. Damals nannte Herold diese Aussage den Arbeitern gegenüber „unverantwortlich", da diese womöglich streiken könnten.

Kontaktadresse: **Sozialistische Basisgruppe Völklingen**
c/o Frank Kramer, Postfach 1643
6620 Völklingen

ZUM VERHALTEN DES ROTEN KREUZES BEI AKW–DEMONSTRATIONEN

AACHEN
7. November

Vor einiger Zeit bat ich euch um Informationen zum Verhalten des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bei den Demonstrationen in Grohnde und Brokdorf und versprach euch, das Ergebnis meiner Nachforschungen weiterzuleiten. Hiermit löse ich nun mein Versprechen ein:

Meine Nachforschungen haben ergeben, daß die Polizei sowohl in Brokdorf als auch in Grohnde die Aktionen des DRK behindert hat. Bisher verlief der Einsatz des DRK bei Demos immer so, daß die Polizei, d.h. der Hauptverwaltungsbeamte am Ort, Katastrophenalarm gab, so saß das DRK ausrücken mußte und automatisch dem Befehl des Polizeiarztes unterstand.

Außerdem behinderte die Polizei die Aktionen in Brokdorf, indem sie vor dem Krankenhaus eine Polizeisperre errichtete und Krankenwagen nur durchließ, wenn die Namen der Verletzten sowie die Ursachen bekanntgegeben wurden. Es ist nachgewiesen, daß die DRK-Sanitäter sich gegen diese Maßnahme zur Wehr gesetzt und später mit eingeschaltetem Sondersignal diese Sperre sogar durchbrochen haben, indem sie einfach auf die Polizisten losgefahren sind. Es ist auch bekannt, daß in Grohnde und Brokdorf Rot-Kreuz–Rettungswagen und Notarztwagen von der Polizei an der Weiterfahrt mit Gewalt gehindert wurden. Ferner hat die Polizei versucht, Namen und Art von Verletzten im Krankenhaus in Wilster zu erfahren. Diese Auskunft wurde vom dortigen Chefarzt verweigert. Nicht bewiesen, aber möglich ist die Behauptung, daß Verletzte und Demonstranten in Rot-Kreuz-Zelten erkennungsdienstlich behandelt worden sind, und daß das DRK an der Versorgung von Demonstranten gehindert worden ist. Fest steht, daß mindestens zwei Verletzte aus Krankenwagen geholt wurden, gegen den Widerstand des Sanitätspersonals!

Abschließend kann man sagen, daß das DRK nur auf Druck der Polizeimaßnahmen zum Nachteil des Verletzten durchführte.

Aus dieser Sachlage hat das DRK in Kalkar die Konsequenzen gezogen. Zwar gab der Hauptverwaltungsbeamte wieder Katastrophenalarm und wieder wurden ihm zwei Züge des DRK unterstellt. (Einer war im Kraftwerk stationiert, der andere auf der anderen Rheinseite, auf Anordnung der Polizei!). Doch zu diesen beiden Zügen entsandte das DRK drei weitere, die der Rot-Kreuz-Führung unterstellt wurden. Diese Züge, ein Verbandplatzzug und zwei Sanitätszüge mit Fahrzeugen, wurden entlang des genehmigten Demonstrationsweges stationiert. Sie hatten Anweisung, ausschließlich die Weisungen der DRK-Führung zu befolgen und diese notfalls auch durchzusetzen.

Diese Einheiten arbeiteten unabhängig von der Polizei und hättten sich wahrscheinlich auch gegen Anweisungen der Polizei durchgesetzt. Im Ernstfall hätten die Sanitäter und Ärzte zwar die Namen der Verletzten weitergeben müssen, doch hätten sie dies nur auf persönliche Anfrage der Polizei getan. Keine Auskunft hätte die Polizei über die Art der Verletzungen und deren Ursache erhalten. Leider läßt sich das Gesetz der Meldepflicht von Verletzten gegenüber der Polizei auf Anfrage nicht umgehen, da kein offizieller bewaffneter Konflikt besteht und daher die Genfer Konvention nicht angewandt werden kann. Außerdem erstreckt sich die Schweigepflicht der Ärzte nicht auf die Namen.

Das DRK hat ferner nachweislich dazu beigetragen, daß der Sanitätsdienst der Demonstranten weitgehend unbehelligt blieb, obwohl der widerrechtlich das Erkennungszeichen des DRK getragen hat. Das Tragen einer Rot-Kreuz-Fahne

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

bietet Nicht-Rot-Kreuzlern keinen Schutz! Bei der Besprechung im Landesverband Rheinland, auf der die Situation erörtert wurde, (es handelt sich um ein Treffen von Führungsmitgliedern des DRK), wurde festgestellt, daß man in Kalkar weitgehend versucht hat, die vorhandenen Probleme durch einen vom DRK verantworteten und bezahlten Sanitätsdienst zu beseitigen. Trotzdem haben die Führer dort nicht behauptet, daß dies das Non-Plus-Ultra wäre, sondern erwarten von seiten des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) einen Bericht über den Einsatz in Kalkar, möglichst mit Verbesserungsvorschlägen. Die Rot-Kreuz-Vertreter wollen dann diesen Bericht in einer Kommissionanalysierenund die notwendigen Schlüsse und ggf. Verbesserungen ziehen.

Ihr werdet sicherlich über dieses Bild vom Einsatz des DRK überrascht sein. Aber es ist mir nicht gelungen, trotz größtem Bemühen, Schuld beim DRK festzustellen.
Und wenn ich ehrlich bin, freut mich dies doch sehr. Ich hoffe, daß bei zukünftigen Demonstrationen durch eine Verbesserung des Kontaktes zwischen DRK und Demo-Leitung die eigenen San-Dienste überflüssig werden und daß das Verhältnis zum DRK wieder besser wird, denn schließlich muß man feststellen, daß man sich beim DRK immerhin ganz schön bemüht.

KRITIK AM VERHALTEN SCHWEINFURTER UMWELTSCHÜTZER

Hanau
7. November

Die Initiativgruppe Umweltschutz Hanau hat folgenden Offenen Brief an die Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz Schweinfurt geschrieben:

Wir erfuhren aus einer Pressnotiz in der Frankfurter Rundschau, daß Ihr die geplante Großdemonstration am 22.10. gegen das geplante AKW Grafenrheinfeld mit dem Grund abgesetzt habt, die Polizei nicht nach der Fahndung nach den Entführeren Schleyers abzuhalten.

Wir verurteilen entschieden diesen Entschluß! Es ist von uns nicht einzusehen, daß Demonstrationen gegen Atomkraftwerke abgesetzt werden, weil die Polizei nicht in der Lage wäre, die AKW-Gegener der üblichen totalen Kontrolle zu unterziehen.

Spätestens seit den Polizeieinsätzen gegen die Bauplatzbesetzer in Whyl und später den noch brutaleren Polizeistaatsmethoden gegen die Demonstrationen bei Brokdorf und Grohnde sollte jedem AKW-Gegener klar sein, daß der Staat seine Polizei grundsätzlich gegen ein Engagement für menschlichen Fortschritt einsetzt. Wir erfahren dies am eigenen Leib durch Polizeikontrollen, Beschlagnahmungen von angeblichen Waffen, Hausdurchsuchungen und anderen Fahndungsmethoden vor, während und nach Demonstrationen gegen Atomkraftwerke (Brokdorf, Grohnde, Ohu, Philippsburg, Kalkar). Und wir erfahren es jetzt auch im Zuge der angeblichen "Terroristenfahndung", deren Maßnahmen mit vorgehaltenen Maschinenpistolen gerade die an ihren Abzeichen gut erkennbaren AKW-Gegener zu spüren bekommen. Nach dem Motto des Nordrhein-Westfälischen Innenministers Weyer "müsse der Bürger sich an den Anblick von mit MPs bewaffneten Polizisten im Straßenbild gewöhnen".

Diese Methoden sollen jeden einschüchtern, der es wagt, seine Meinung und seinen Widerstand aktiv gegen gesellschaftliche Mißstände und staatliche wie unternehmerische Willkür zu vertreten.

Wir fordern Euch auf, zu unserer Kritik Stellung zu nehmen. Wir bitten alle AKW-Gegner, diesen Offenen Brief zu unterstützen.

KKW-GEGNER SOLLEN POLIZEIEINSATZ BEZAHLEN

ÖFFENTLICHER WIDERSPRUCH GEGEN DEN LEISTUNGSBESCHEID DER LANDESPOLIZEI SCHLESWIG-HOLSTEIN VOM 26. OKTOBER 1977

HAMBURG
7. November

Wegen der Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Brokdorf verschickte die Polizei an mehrere AKW-Gegner eine Kostenrechnung, die folgendermaßen begründet war:

„Sachverhalt:

Am 9. August 1977 hielten Sie sich zusammen mit anderen KKW-Gegnern in dem Zeltdorf auf dem Grundstück Brokdorf, westlich der Einmündung der Verbindungsstraße von der K 41 zur B 431 (Eigentümer: Nordwestdeutsche Kraftwerke) auf, obwohl die Räumung des Zeltdorfes durch Ordnungsverfügungen des

- Amtes Wilstermarsch als örtliche Ordnungsbehörde vom 8. August 1977,
- Landrates des Kreises Steinburg als untere Bauaufsichtsbehörde vom 8. August 1977,
- Landrates des Kreises Steinburg als untere Landschaftspflegebehörde vom 8. August 1977,

spätestens bis 8. August 1977, 20.00 Uhr, verfügt war.

Ihr widerrechtlicher Aufenthalt in dem Zeltdorf trug dazu bei, daß das Zeltdorf durch die Polizei zwangsweise geräumt werden mußte.

Die Zwangsräumung ist kostenpflichtig (für jeden eingesetzten Polizeibeamten je angefangene Stunde 17,-- DM). Insgesamt waren 605 Polizeibeamte eingesetzt.

Die Kostenforderung des Landes beträgt somit insgesamt 113.067,-- DM. Von diesem Betrag entfallen auf Sie anteilig 5.384,14 DM.

DIE BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE SCHREIBT DAZU IN EINER „EILIGEN PRESSEMITTEILUNG" VOM 4. NOVEMBER 1977:

„In einer förmlichen Überrumpelungsaktion stellt die Stoltenbergs Innenminister Titzck unterstehende Polizeidirektion West aus Itzehoe seit Ende vergangener Woche den verschiedensten norddeutschen Umweltschützern „Leistungsbescheide' über eine Gesamtsumme von 113.067,-- DM für den Einsatz von 605 Polizeibeamten in Brokdorf zu. Anlaß der Forderung ist die Räumung des Brokdorfer Anti-Atom-Dorfes auf einer Wiese unmittelbar am Bauplatz des Atomkraftwerks Brokdorf am 9. August 1977. Vom 5. bis 9. August hatten sich hier zeitweilig über 500 Gegner des Atomkraftwerkes Brokdorf zu einem Bewachungslager zusammengefunden und nach dem Vorbild des Anti-Atom-Dorfes von Grohnde an der Weser mit der Errichtung von festen Häusern und einer umfangreichen Informationsarbeit in der Umgebung gegen den weiteren Bau und die befürchtete Aufhebung des gerichtlich angeordneten AKW-Baustops begonnen.

Von der nun erhobenen Gebührenforderung sind bisher 16 Umweltschützer aus der Wilstermarsch, der Seestermüher Marsch, Elmshorn, Neumünster, Kiel und Hamburg betroffen, die laut Bescheid innerhalb von 7 Tagen jeweils 5.384,14 DM

zu zahlen haben. Bei Nichtzahlung soll unverzüglich die Zwangsvollstreckung eingeleitet werden, ein Aufschub durch Einlegung eines Widerspruchs wird ausdrücklich ausgeschlossen.

Selbstverständlich sind die Betroffenen nicht bereit und auch gar nicht dazu in der Lage, die geforderten Kosten des Polizeieinsatzes zu tragen. Sie haben deshalb zunächst Widerspruch eingelegt und werden die aufschiebende Wirkung dieser Widersprüche notfalls im Einverfahren durch das Verwaltungsgericht anstreben, solange, bis der gesamte Vorgang gerichtlich geklärt worden ist.
Wichtig jedoch bleibt, was Herr Stoltenberg mit diesem neuen Schlag offenbar erreichen will: wenige Wochen nach der (vorläufigen und eingeschränkten) Fortsetzung des Baustops durch das Oberverwaltungsgericht soll ein Teil der Bürgerinitiativen bzw. viele ihrer Mitglieder wirtschaftlich und beruflich vernichtet werden.

Schon zu Beginn des Jahres ist der Versuch angefangen worden, die Initiativen dort weiter zu verfolgen, wo Polizeiknüppel und Justiz nicht mehr oder noch nicht zuschlagen können: mit einer Einstweiligen Verfügung untersagte die NKW (Nordwestdeutsche Kraftwerke AG) dem Hamburger BUU-Sprecher Fritz Storim unter Androhung einer Strafe von 500.000,-- DM (!), irgendwelche NWK-Gelände auch nur zu betreten oder in irgendeiner Weise zur Besetzung aufzurufen. Allein die Prozeßkosten mit über 6.000,-- DM waren damals geeignet, die Atomkraftwerksgegner erheblich zu schädigen. In die gleiche Richtung zielt auch die Vorgehensweise der NWK und der Landesregierung im Verwaltungsgerichtsverfahren zur Atomrechtlichen Genehmigung des Atomkraftwerks Brokdorf: hier wurde beantragt, den Klägern gegen die NWK für den Fall, daß sie unterliegen, nicht nur die Gerichtskosten, sondern auch die außergerichtlichen Kosten der NWK, die durch das Verfahren entstehen, aufzuerlegen: laut NWK sind das pro Monat Baustopp rund 11 Millionen DM!

Überdies ist die hier angestrebte Zwangsvollstreckung eine bislang in der Bundesrepublik beispiellose Maßnahme, obwohl auch in Grohnde eine ähnliche Kostenabwälzung angedroht worden war, und die Einzelheiten zeigen auf, daß durch Stoltenbergsche Geschäftigkeit wieder einmal auch die Gerichte umschifft werden sollen. So ist die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Räumung bisher durchaus nicht geklärt; ein Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht noch während des Polizeieinsatzes wurde vom Gericht nicht aufgenommen, das inzwischen eingeleitete gerichtliche Ermittlungsverfahren gegen eine Umweltschützerin wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Landschaftspflegegesetz hat eben erst begonnen. Um die offenbar lückenhaften Ermittlungsergebnisse zu vervollständigen, ist denn auch nach verschiedenen Berichten die Itzehoer Kripo in den letzten Tagen in Brokdorf und Umgebung aktiv: angeblich haben während des Lagers unbekannte Flugblattverteiler einen Brokdorfer Atombefürworter mit Brandstiftung bedroht, und so reist denn die Kripo mit Fotos der Anti-Atom-Dorf-Bewohner unter den Anliegern herum; irgendwas Kriminelles muß sich doch schließlich finden lassen ...

AUS DEM ÖFFENTLICHEN WIDERSPRUCH

„ ... Ein Widerspruch gegen den Bescheid hat keine aufschiebende Wirkung. Wenn der Betrag nicht innerhalb von 7 Tagen gezahlt wird, wird die Behörde die Zwangsvollstreckung einleiten. Gegen einen AKW-Gegner wird strafrechtlich ermittelt, weil er gegen die polizeiliche Räumung gerichtlich vorgegangen sein soll.

Vom 5. bis 9. August 1977 haben Bürgerinitiativen aus dem ganzen norddeutschen Raum ein Lager unmittelbar am Bauplatz des geplanten AKW Brokdorf eingerichtet. Vom Lager aus sollten die erwarteten Bautätigkeiten beobachtet und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Die Diskussionen zwischen örtlicher und auswärtiger Bevölkerung sollten intensiviert werden.

Gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen haben über 100.000 Menschen protestiert, in Brokdorf, Grohnde, Malville und anderswo. Das Lager wurde von vielen Menschen durch Spenden, zahlreiche Besuche, intensive Diskussionen, Lebensmittel etc. unterstützt. Weiter fand zur Unterstützung des Lagers eine spontane Treckerdemonstration der örtlichen Bauern statt. Nachdem die Behörden die Räumung des Lagers verfügt hatten, versammelten sich über 500 AKW-Gegner im Lager, um gegen die Räumung zu protestieren. Am 9. August 1977 wurde die Räumung durch ein unverhältnismäßig hohes Polizeiaufgebot erzwungen.

Jetzt werden einige AKW-Gegner stellvertretend für alle willkürlich herausgegriffen. Dabei kommt es der Polizei noch nicht einmal darauf an, ob die Personen tatsächlich im Lager gewesen sind oder nicht. Die Vollstreckung der Zahlungsaufforderung würde die Pfändung des Gehaltes und aller wertvollen Gegenstände und damit die Reduzierung des Lebens auf das Existenzminimum zur Folge haben.

So sieht der Bürgerdialog der Regierung in der Praxis aus, das versteht die Regierung unter Auseinandersetzung mit unseren Argumenten. Hier versucht die Behörde unser Leben zu ruinieren, weil wir für die Erhaltung unserer Gesundheit eintreten. Durch einen beliebig hohen Polizeieinsatz können uns auf diese Weise Rechnungen vorgelegt werden, die unsere wirtschaftliche und berufliche Existenz vernichten. Eine Maßnahme, die weitaus härter ist, als es das Ergebnis einer Strafverfolgung sein könnte. Selbst der gewöhnliche Rechtsweg ist ausgeschaltet, weil wir zahlen müssen, bevor Beweise erbracht und der Sachverhalt juristisch aufgeklärt ist.

Mit dieser Methode, daß Polizeieinsätze bezahlt werden müssen, kann willkürlich jeder mißliebige AKW-Gegner mundtot gemacht werden. So wird uns das legitime Recht genommen, uns gegen die Zerstörung unseres Lebensraums und unserer Gesundheit zu wehren. Auf die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde könnte dasselbe zukommen. Mit solchen Methoden kann jede öffentliche Meinungsäußerung unterdrückt werden, jeder Bürger ist davon betroffen.

Deshalb fordern wir die sofortige Zurücknahme der polizeilichen Bescheide.

Wenn die Bescheide nicht zurückgenommen werden, klagen wir vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig. In einem Eilverfahren werden wir zunächst die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung unseres Widerspruchs verlangen.

Unterzeichnet von allen, die den Bescheid bisher erhalten haben:
Jens-Rüdiger Boy, Klaus Derikum, Michael Haller, Concordia Jarowoi, Stephanie Katz, Ulrich Konopka, Almuth Lüthje, Jan Lützje, Volker Neitzel, Ludwig Ulrich, Henning Wriedt.

Mit dem Verfahren sind bisher folgende **Anwälte** befaßt: **Benoit, Bödeling, Gebauer und Thode aus Hamburg, Galette und Otten (Kiel).**

Kontaktadressen:
Ermittlungsausschuß BUU Hamburg, Lutterothstraße 33, 2000 Hamburg 19, Tel. 040 / 40 27 82

BUU Itzehoe, Peter Ott, Feldschmiede 69, 2210 Itzehoe, Tel. 04821 / 6 26 18

Spendenkonten:
BUU Marschenkonferenz Solidaritätskonto, Konto-Nr. 100113910 bei Sparkasse Itzehoe (BLZ 22250020) Peter Ott „Anti-Atom-Dorf"
Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg, Konto-Nr. 11/18413 bei Westbank Altona, (BLZ 20030000) Piontek, „Lager-Räumung"
und falls sich dankenswerterweise jemand an den Kosten der Rundschreiben und der Pressemitteilung (geschätzt rund 300,-- DM) beteiligen will:
Konto-Nr. 11/18363 bei Westbank Altona (BLZ 20030000) Lüthje, Brokdorf

Verantwortlich: Jan Lüthje, Aarentsee 21, 2211 Brokdorf"

LETZTE MELDUNG

Inzwischen haben fünf der Betroffenen, die Widerspruch gegen die „Leistungsbescheide" eingelegt hatten, von der Behörde den Bescheid bekommen, daß mit einer sofortigen Zwangsvollstreckung nicht zu rechnen ist. Dieser Zahlungsaufschub ist sicher dem Wirbel zu verdanken, den diese polizeiliche Kostenforderung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Hamburger Kreisen verlautet, scheinen sich die niedersächsichen Behörden für den Grohnde-Polizeieinsatz eine ähnliche Abwälzung der Kosten vorgenommen zu haben. Es muß damit gerechnet werden, daß ab Donnerstag, dem 10. November, ebenfalls solche Zahlungsbefehle zugestellt werden. Im Fall Grohnde geht es allerdings um eine weit höhere Summe: etwa eine Million DM!

DOKUMENTATION ÜBER SCHNELLEN BRÜTER IN KALKAR

MOERS
November

Bekanntlich gehörte das Gelände,auf dem der Schnelle Brüter von Kalkar errichtet wird, bevor es in das Eigentum der AKW-Bewegung überging, teilweise der Kirchengemeinde von Hönnepel. Über die Auseinandersetzungen im Hönnepeler Kirchenvorstand um diesen Grundstückshandel, dessen schließliche Absetzung durch die katholische Kirche, die Rolle des Vatikans und vieles mehr, was mit dem Schnellen Brüter von Kalkar zusammenhängt, berichtet eine Dokumentation mit dem Titel: " Ein Bischof im Kreuzfeuer - Steht die Kirche vor einem neuen Fall Galilei? " Diese Dokumentation, die den Kampf der Bevölkerung am Niederrhein gegen den Schnellen Brüter unterstützen soll und deren Reinerlös dem Prozeß zugutekommen soll, den Bauer Maas aus Kalkar-Hönnepel gegen den Schnellen Brüter führt, ist zu beziehen über die Herausgeberin **Gerda Degen, Zahnstr. 23, 413 Moers.**
Preis DM 5 plus DM 0,40 Porto; bei Bezug ab 10 Stück DM 4 plus DM 2,40 Porto. Überweisung auf Kontonr. 220010481, Sparkasse Moers

ATOMKRAFT? JA? BITTE

HANNOVER
9. November

25 Lehrer der Integrierten Gesamtschule Roderbruch schickten uns folgende Stellungnahme zum Anti-Atom-Plaketten-Verbot in Schulen:

"Liebe Kollegen,

endlich hat sich eine mutige Schulbehörde dazu durchgerungen, einmal Klarheit zu schaffen und der ständigen politischen Indoktrination an unseren Schulen entgegenzutreten.

Der Sachverhalt ist recht einfach: Die Schulbehörde der Freien Hansestadt Hamburg ist der Ansicht, daß Lehrer während ihrer Unterrichtszeit keine Anti-AKW-Plaketten tragen dürfen. Damit dies auch befolgt wird, sind "Schulleiter als Vorgesetzte berechtigt und verpflichtet, Lehrern das Tragen von sog. Anti-Atom-Plaketten während der Unterrichtszeit in der Schule zu untersagen." (Schreiben der Hamburger Schulbehörde an die dortige GEW).

Das ist gut so, denn wo kämen wir sonst hin! Aber so begrüßenswert dieser Schritt von Schulbehörde und Senatsmehrheit auch ist, er kann nur als bescheidener Anfang gewertet werden. Das Verbot ist inhaltlich leider nicht weitgehend genug und gibt daher zu Bedenken Anlaß.

Als Beitrag zur Eindämmung der ständigen einseitigen politischen Indoktrination an unseren Schulen wären schon ganz andere Schritte vonnöten, z.B. solche wie sie der CDU-Wirtschaftsrat schon vor einiger Zeit mit seiner Aktion Schulbuch in die Wege geleitet hat. Die Behörden sollten sich ein Beispiel an dieser Aktion nehmen und "die Diffamierung und Denunzierung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den Schulbüchern" unterbinden. Lehrer, die sich solcher schädlicher Schulbücher bedienen, müssen im Interesse unserer Kinder namhaft gemacht werden.

Unzureichend ist der Schritt von Schulbehörde und Senat z.B., weil von einem Gegensatz zwischen "politisch motiviertem Handeln im öffentlichen Leben" und "privaten Meinungsäußerungen außerhalb des Dienstes" ausgegangen wird. Sollen etwa Lehrer außerhalb des Dienstes, z.B. in der Stadt, beim Einkaufen oder auf dem Sportplatz Schüler ganz zufällig schädlich beeinflussen dürfen? Die Hamburger Behörden können doch nicht wirklich der Meinung sein, daß es sich hier um eine private Meinungsäußerung handeln könnte. Auch sog. außerdienstliche Formen der Beeinflussung müssen unterbunden werden, wenn in unseren Schulen der rechte Geist wiederentstehen soll.

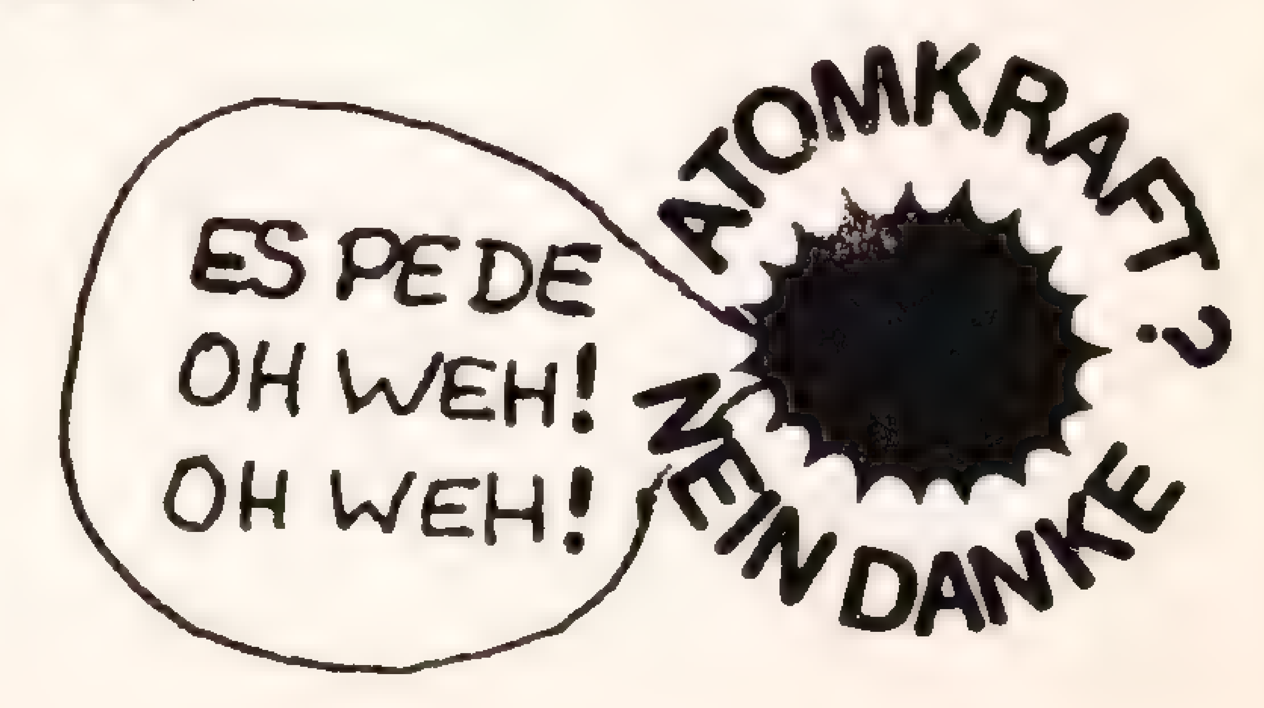
Es ist wenig hilfreich, wenn vorgeschlagen wird, Bannmeilen um die Schulen zu legen, in denen keine Automobile mit Anti-AKW-Aufklebern geparkt werden dürfen.

Unzureichend ist der Schritt vor allem auch dann, wenn man sich vor Augen führt, welches Ausmaß Indoktrination und Unterwanderung inzwischen angenommen haben. Was z.B. von Kollegen zu halten ist, die im Lehrerzimmer unverblümt die Frankfurter Rundschau oder den Stern lesen, braucht wohl nicht näher erläutert zu werden. Schon allein im Interesse der unter Objektivitätsängsten leidenden Mehrheit der Lehrer müßte darauf gedrungen werden, auch solche Druckwerke aus den Schulen zu entfernen.









Zum Glück sind es ja häufig genug dieselben Kollegen, die auffallen, z.B. Kollegen, die es immer noch verstehen, sich in der Schule als Gewerkschaftler zu tarnen, die mit Sicherheit aber die Sache irgendeiner K-Gruppe vertreten. Ihre Angriffe auf den Grundbestand unseres Staates sind hinreichend bekannt, Urabstimmungen und Streikaufrufe sprechen für sich.

Auch Lehrer, die sich als Teil der Bürgerprotestbewegung gegen Atomenergie ausgeben, sind in Wahrheit Anhänger der K-Gruppen. Wie sonst wäre es zu erklären, daß die sog. Anti-Atom-Plakette von einer roten Sonne geziert wird. Immerhin heißt es in der Nationalhymne der Volksrepublik China "rote Sonne grüßt Mao Tse Tung".

So erfreulich es ist, daß sich inzwischen viele besorgte Bürger ihre Gedanken machen, angesichts der einschlägigen Beweise für verfassungsfeindliche Aktivitäten müssen Überlegungen wie das Verbot der Anti-AKW-Plaketten Stückwerk bleiben, auch wenn sie aufrichtig gemeint sind.

Konsequentes Handeln gegen den Sympathisantensumpf muß anders aussehen!

Alle Lehrer, die nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit für das freiheitlich demokratische Atomprogramm eintreten, müssen unverzüglich aus dem Dienst entfernt werden."

BEUGEHAFT FÜR UMWELTSCHÜTZER ?

FREIBURG
3. November

Am 7. März dieses Jahres wurde der größte Teil des Katastrophenschutzplans Fessenheim von Umweltschützern aus dem Landratsamt Lörrach zur Einsicht mitgenommen und veröffentlicht. Ein Mitglied der Gewaltfreien Aktion Freiburg , Eckart Hermann, wurde als Zeuge vernommen. Die Ermittlungsbehörden vermuten, daß er mit den Entwendern Kontakt hatte. Er war nicht an der Entwendung beteiligt und verweigert jede Aussage zur Person der Gesuchten, um so diese vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen. Zur "Erzwingung des Zeugnisses" wurde gegen ihn ein Ordnungsgeld von 4oo DM , ersatzweise 16 Tage Haft festgesetzt. Die Zahlungsfrist lief am 10.9.77 ab.
Da Eckart sich weigert zu bezahlen (was ja ein Eingeständnis seiner Schuld bedeuten würde), und der Gerichtsvollzieher die Zahlungs- und Pfändungsunfähigkeit bei ihm feststellen mußte, rechnen wir jetzt mit der Anordnung der 16-tägigen Haftstrafe.

ZUR VORGESCHICHTE

Im November 1973 forderte die Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke in einem offenen Brief an den Reg. Präs. Person die Veröffentlichung des Katastrophenschutzplanes.

- Mai 1975, zahlreiche Petitionen um die Veröffentlichung des Kat.-Pl.
- September 1976, 20.000 Bürger der Region fordern mit ihrer Unterschrift Baustopp in Fessenheim und die Veröffentlichung des Kat.-Pl.
- Oktober 1976, viertägige Mahnwache der Gewaltfreien Aktion Freiburg vor dem Regierungspräsidium Freiburg; offener Brief an Reg. Präs. Person.
- 7. Februar 1977, 7 Elsässer beginnen ein unbegrenztes Fasten; sie fordern u.a. die Veröffnetlichung des Kat. Pl.
- 1./2. März 1977, etwa 60 Bürger der Region sprechen im Reg.-Präsidium vor, um angesichts der drohenden Inbetriebnahme des AKW Fessenheim, die Veröffentlichung des Kat. Pl. zu fordern. Dem Regierungspräsidium wird ein konkreter Fragenkatalog zum Katastrophenschutz vorgelegt.
- 7. März 1977, die Inbetriebnahme des AKW steht unmittelbar bevor. Die Bevölkerung ist in völliger Ungewissheit, wie sie sich im Falle eines kerntechnischen Unfalls verhalten soll. Schutzmaßnahmen und Rettungsmöglichkeiten sind unbekannt. Das Reg. Präsidium weigert sich, den Plan zu veröffentlichen. Da entwenden unbekannte Umweltschützer einen großen Teil der Pläne aus dem Landratsamt in Lörrach!
- 8. März 1977, das AKW Fessenheim geht in Betrieb.
- 11. März 1977, Umweltschutzgruppen geben eine Pressekonferenz, auf der der Plan der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es zeigt sich, daß es sich hier um eine gefährliche Mischung aus völliger Unterschätzung der Gefahren radioaktiver Strahlen, dem Glauben an die richtige Improvisation zur richtigen Zeit, und dem Bemühen, die Bevölkerung zu beruhigen, handelt.
- Juni 1977, mehr als 600 Lehrer aus dem Markgräferland fordern in einer Eingabe an das Reg.-Präs. Freiburg Schutzeinrichtungen für die Schulen.

Wir wissen, daß sowohl die Einsichtnahme und Veröffentlichung der Pläne, sowie die "Deckung" der Täter als strafbare Delikte geahndet werden können. Aber wir wissen auch, daß diese "Akte zivilen Ungehorsams" das Ziel hatten, uns und alle Bürger der Region um das AKW Fessenheim über die vorgesehenen Maßanhmen bei einem Reaktorunfall zu unterrichten. Dies geschah nicht aus Eigennutz, sondern aus Verantwortungsgefühl gegenüber allen Betroffenen. Das eigenmächtige Handeln war auch deshalb notwendig, weil uns die verantwortlichen Stellen (Reg.-Präs. und Landesregierung) jahrelang wissentlich über Schutzmaßnahmen in Katastrophenfällen im Unklaren ließen. Wir meinen, daß diese Tat somit nichts weiter als eine legitime Selbsthilfe darstellte; und wir dürfen auch nicht vergessen, daß alleine hierdurch die breite Diskussion um die Katastrophenpläne ausgelöst wurde.

Wir wollen nun verhindern, daß die Gesuchten juristisch verfolgt und für eine Tat angeklagt werden, die letztlich in unser aller Interesse war, weil sie dem Schutz unseres Lebens und unserer Gesundheit dienen sollte.

Wir werden weder die Strafverfolgung der Täter billigen, noch mitansehen, daß einzelne von uns unter Androhung von Geld und Freiheitsstrafen zur Preisgabe deren Identität gezwungen werden!

Kontaktadresse: Gewaltfreie Aktion Freiburg, c/o Gerd Süssbier, Lorettostr. 56, 78 Freiburg

AUFRUF ZUM 19. 11.
AKTIONSTAG UND KUNDGEBUNG IN UND UM HAMELN

GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON AKW–GEGNERN

HAMELN, 9. 11. *Die Ermittlungsausschüße der BI's in Bielefeld, Bremen, Hameln, Hamburg, Hannover und Kassel rufen alle Bürgerinitiativen und Gruppen von AKW–Gegnern in Deutschland auf, am Samstag, dem 19. November 1977 an einem Aktionstag in und um Hameln gegen die Kriminalisierung von AKW–Gegnern und an einer anschließenden Kundgebung teilzunehmen.*

Am Diesntag, dem 22. 11. um 11.30 Uhr beginnt in Hameln vor dem Amtsgericht der erste von neun Prozeßen gegen die Teilnehmer an der Demo vom 19.3.77 in Grohnde. Angeklagt ist Linda aus Bremen. Aber nicht sie ist es, die verurteilt werden soll, sondern unsere legitime Form des Widerstandes und der Demonstration damals in Grohnde (und anderswo). Deshalb müßen wir den Gerichten, den Betreibern und dem Staat deutlich machen, daß sie nicht ein-

zelne von uns herausgreifen können, um uns damit zu spalten. Wir müßen ihnen zeigen, daß wir uns das nicht gefallen lassen, daß wir unseren berechtigten Widerstand gegen das Atomprogramm nicht vor die Gerichte schleifen lassen.

UNSER KAMPF GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG IST EBENSO BESTANDTEIL UNSERES KAMPFES GEGEN AKW' S WIE DIE BAUPLATZBESETZUNG UND ALLE ANDEREN FORMEN DES WIDERSTANDES, DIE WIR BISHER ANWANDTEN ODER NOCH ANWENDEN WERDEN!!!

Als Auftakt gegen die Kriminalisierungskampagne wollen wir am 19.11. den Aktionstag und die Kundgebung in Hameln veranstalten.

UM UNSEREN WIDERSTAND DEUTLICH ZU MACHEN IST ES WICHTIG,DASS VIELE VON UNS AN DIESEM TAG IN UND UM HAMELN SIND!!!!

Aber: Wie gesagt, der 19.11. kann nur ein Auftakt sein. Wir müßen zu den Prozeßtagen in Hameln von Linda was machen, in Hameln und bei Euch an den Orten. Und die anderen acht Grohnde–Prozeße werden in Hannover laufen (wohl bald). Und da muß auch was passieren.

Und nun, was wir uns zu dem Ablauf des 19. selbst überlegt haben. Erstmal dieses, wir machen nicht alles. Sondern fordern euch vielmehr auf, Euch selbst was zu überlegen, was ihr an dem Tag und in der Woche vorher bei Euch zu Hause alles machen könnt, um eine Öffentlichekit zu den Prozeßen herzustellen.

Also: Ihr reist in PKW's und / oder Bussen an. Rund um Hameln richten wir Anlaufpunkte ein, nämlich

1. aus Westen/Bielefeld:Bad Pyrmont (Bahnhof)
2. aus Westen/Bundestraße 1: Aerzen (Ortseingang)
3. aus Norden/BAB Hannover–Dortmund Abfahrt Exten: Hessisch–Oldendorf (Ortseingang)
4. aus Norden BAB Hannover–Dortmund Abfahrt Lauenau: Bad Münder (Ortseingang)
5. aus Richtung Hannover/Bundesstraße 217: Hachmühlen (Ortseingang)
6. aus Osten/B 1 /Hildesheim: Coppenbrügge (Ortseingang)
7. aus Süden/B 83 /BAB Kassel–Hannover Abfahrt Northeim–Nord: Bodenwerder (Ortseingang)

Und an den Punkten werden euch Vertreter der örtlichen BI's empfangen und Euch weiterleiten. An Orte rund um Hameln bzw. Grohnde, wo Ihr dann mittels eigener Ideen (denkt Euch was dazu aus: Theater, Musik, z.B. AKW–Gegner in Ketten oder am Pranger und, und,......) und eigenem Material (bringt Eure Büchertische mit) die örtliche Bevölkerung informiert über die Gefährlichkeit der AKW's, unseren berechtigten Kampf, über die Kriminalisierung und mobilisiert für die Kundgebung, die dann am Nachmittag um 14.30 Uhr auf dem Marktplatz in Hameln stattfinden soll. Ein Flugblatt direkt für den 19. wird in Hameln gemacht und an den Eintreffpunkten ausgegeben.

Auf der Kundgebung selbst werden Angeklagte, Vertreter der örtlichen BI's, Wissenschaftler, betroffene Bürger und die Ermittlungsausschüße reden. Wir wollen da nicht rumjammern, sondern auch über das reden und diskutieren, wie wir weitermachen können. Und vielleicht auch in unseren eigenen Reihen uns gegenseitig Mut machen. Wir haben noch viel, viel vor uns.

Wenn Ihr eine Möglichkeit seht, nach Hameln zu kommen, so denkt Euch aus, was Ihr in Euren Städten und Dörfern auf die Beine stellen könnt, um eine große Öffentlichkeit für die Prozeße herzustellen.

SETZT EURER FANTASIE KEINE GRENZEN!! MACHT GRENZENLOSE FANTASIE!!!

KONTAKT: Für technische Infos in der Zeit vor dem Aktionstag und am 19.11. selbst ist die Telefonnummer 05151/28425 in Hameln da. (Wählergemeinschaft WGA). Am 19.11. sind die Ermittlungsausschüße bzw. Anwälte zu erreichen: **in Hameln: 05151/3017**
in Bremen: 0421/327530
in Hannover: 0511/715032ä
in Hamburg: 040/436747 oder 402782

So und dann denken wir, daß ihr alle kommt am 19 !!!!!!
Das Plakat, das in diesem ID abgedruckt ist, ist als Vorlage gemeint, ihr könnt es ja selbst nachdrucken. Wenn ihr noch ein paar braucht (so bis zu 10 Stück), schreibt uns schnell nach Bremen, **Ermittlungsauschuß, Fedelhören 14, 28 Bremen 1**, wir schicken Euch dann welche. Packt Briefmarken bei.

ATOMENERGIE INTERNATIONAL 25. – 27. NOVEMBER 77

FRANKFURT 8. NOVEMBER *Der Projektbereich Ökologie ist Teil der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (vds) und wurde im Mai 77 in Bochum gegründet. Sie verschicken einen Rundbrief (etwa zweimal im Monat) an alle ASten und Ökologiegruppen an Unis. Bürgerinitiativen (BI's) können ihn auch anfordern.*
Die Arbeit dient der Verbreitung der AKW-Bewegung an den Hochschulen und der Unterstützung von BI's.

ABLAUF:

Freitag: Anreise bis spätestens 18.00 Uhr
Referat: Rahmenbedingungen der Atomenergie

Samstag: Auswertung der Seminarunterlagen
Referate ausländischer AKW-Gegner
1. Atomprogramm, Rohstoffe
2. Kooperation, Export
3. Widerstand und Erfahrungen
4. Befürworter, Gegner, Rolle der Gewerkschaften
5. Rolle der BRD
Referat: Atomprogramm der BRD und internationale Bedeutung

Sonntag: Internationale Konflikte und Zusammenarbeit
Abschlußdiskussion: Wie führen wir den Widerstand weiter ?

ORT : Fachhochschule Gießen (AStA), Wiesenstraße 12, 6300 Gießen

ORGANISATION UND ANMELDUNG:

„Projektbereich Ökologie"
Ruhruniversität Bochum
Postfach 102 148 (Poststelle), 4630 Bochum 1
Tel.: 0234 / 700 60 22

WICHTIG: Mit der Anmeldung (auch telefonisch) werden die Seminarunterlagen (Stand von Atomprogramm und Widerstand aus mehr als 10 Ländern) verschickt.

Ziel des Seminars ist:
die Vermittlung der Erfahrungen im Kampf gegen AKW's im Ausland (für unsere eigene Praxis)
die Einschätzung der Rolle der BRD im internationalen Atomgeschäft

Es kommen Referenten aus vier Ländern: Frankreich, Niederlande, Schweiz, Dänemark.

Weitere Themen sind: Brasiliengeschäft, Internationale Atomenergiebehörde, Zusammenarbeit auf nuklearem Gebiet.

PERSPEKTIVE VOLKSMEDIZIN

FRANKFURT 8. November *Am Wochenende vom 18.11. - 20.11.77 findet eine Veranstaltung des Arbeitskreises Volksmedizin, des Arbeitskreises Medizinische Entwicklungshilfe der ESG und der Fachschaft Medizin der Uni Frankfurt zum Thema* **„Perspektive Volksmedizin"** *statt. Folgende Thesen entnahmen wir einem Flugblatt:*

„ ... Wo der Aufwand für gesundheitliche Versorgung steigt und doch der Gesundheitszustand nicht besser sondern schlechter wird, da muß der Wurm drinstecken.
Die Alternative: Kürzen wir die Ausgaben oder lassen wir die Kosten steigen scheint ausweglos. Der Wurm steckt im System.

Die heutige Medizin ist nicht mehr in der Lage, die Ursachen für die Volkskrankheiten aufzudecken und zu bekämpfen. Dies ist unser Anliegen.

...

Können Menschen, die erkranken an den Verhältnissen am Arbeitsplatz, in der Wohngegend oder der Familie, gesunden, wenn die Medizin diese Verhältnisse nicht berücksichtigt? Kann der Arbeiter, der erkrankt an der Zerteilung seiner Tätigkeit in monotone, stets wiederkehrende einfachste Handgriffe Hilfe erwarten von einem Gesundheitssystem, das ihn durch die Optik von Orthopädie, Urologie und Chirurgie zerlegt? Ohne die aktive, kollektive Mitwirkung der Patienten sind moderne Volkskrankheiten, wie die koronaren Herzkrankheiten, nicht zu bekämpfen. Welche Möglichkeiten haben heute Patientenzusammenschlüsse und alternative Behandlungsmöglichkeiten? Welche Reformen des Gesundheitswesens hin auf eine Volksmedizin sind möglich und welche nicht?

Was können wir tun? Wir Medizinstudenten? Die Ärzte, die noch an anderes denken als ans Geld? Die Krankenschwestern? Die Krankenpflegeschüler? Die Patienten? Die Arbeiter und Angestellten? Die Gewerkschaften! Was können wir heute tun? Was müssen wir tun, damit der Gedanke einer anderen Medizin, einer Volksmedizin nicht schon im bestehenden System vernichtet wird, sondern bei uns dauert und sich entwikkelt ?

Diese Fragen wollen wir in vier Arbeitsgruppen, die am Samstag und Sonntag tagen, zur Diskussion stellen. Wir haben keine perfekten Antworten, aber das dringende Bedürfnis, diese uns wichtigen Fragen zu diskutieren.

PROGRAMM

Freitag, 18.11., im Großen Hörsaal Haus 23 A ab 19.30 Uhr

Einführender Vortrag und Diskussion mit Mitautoren der Studie über Entstehung und Bewältigung von Krankheit im entwickelten Kapitalismus bzw. Systemanalyse des Gesundheitswesens in Österreich,
Dr. Werner Vogt Wien
Dr. Wolfgan Karner Wien
Dr. Peter Kreisky Wien

Samstag, 19.11., im Kleinen Hörsaal Haus 23 A ab 10.00 Uhr

Aufteilung in die Arbeitsgruppen

Sonntag, 20.11., im Kleinen Hörsaal Haus 23 A ab 10.00 Uhr

Abschlußdiskussion "

Alle Veranstaltungen finden in der Uni-Klinik, Frankfurt, Theodor-Stern-Kai statt.

URTEILE IM "PRINZ-KARL-PROZESS"

TÜBINGEN 7. November Vor der II. Großen Strafkammer in Tübingen ist der Prozeß gegen zehn Faschisten und drei Antifaschisten abgeschlossen worden (s. ID Nr. 195 - 197 u. 199). Anlaß der Prozesse war ein Angriff der faschistischen Schlägertruppe um Karl-Heinz Hoffmann auf Demonstranten, die vor der Mensa "Prinz Karl" gegen eine Rhodesienveranstaltung des Hochschulrings Tübinger Studenten (HTS) protestierten. Den Demonstranten gelang es damals nach einer Schlägerei, Hoffmann zu entwaffnen. Folgende Urteile sind verkündet worden:

"Hoffmann - 10 Monate mit Bewährung + 2.000 DM Geldstrafe wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung
Heinzmann - (Führer des HTS) 900 DM Geldstrafe (60 Tagessätze à 15.-DM) wegen Körperverletzung.

Alle übrigen Faschisten, die alle an der Schlägerei gegen Antifaschisten beteiligt waren, insgesamt 8 Mitglieder der Wehrsportgruppe und des HTS sind freigesprochen worden.
2 WSG'ler müssen noch einen Arbeitseinsatz beim Roten Kreuz in Nürnberg ableisten als Maßnahme der Besserung.
In diesem Zusammenhang ist es nicht verwunderlich, daß der Vorsitzende Richter Goes von Hoffmann als einen "erfahrenen und verantwortungsbewußten Mann" sprach.

Der Richter hat außerdem noch einen der 3 angeklagten Antifaschisten wegen gemeinschaftlicher Nötigung verurteilt: 6 Monate Freiheitsentzug (2 Jahre Bewährung) und 500 DM Geldstrafe. Außerdem muß er ein Drittel der gesamten Prozeßkosten, die ca. 90.000 DM betragen, an die Gerichtskasse zahlen.
Er ist wegen seiner bloßen Teilnahme an einer Demonstration gegen Faschisten für alle anderen verurteilt worden. Die beiden anderen sind "trotz Bedenken", so der Richter, freigesprochen worden. Wir halten dies für ein eindeutiges Gesinnungsurteil! Außerdem erklären wir uns mit dem Antifaschisten solidarisch.

Hoffmann sitzt in Nürnberg im Knast!
Drei Tage muß Hoffmann hier in Nürnberg absitzen. Ein Richter am Amtsgericht Nürnberg hatte Hoffmann wegen beharrlicher Aussageverweigerung in einem Prozeß gegen einen seiner "Unterführer" der "Wehrsportgruppe" (Verbotenes Tragen einer Uniform als Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung) 3 Tage in Beugehaft genommen.
Wir werden uns in jedem Fall dafür einsetzen, daß es nicht bei den drei Tagen bleibt.
Hoffmann hinter Gitter!
Auflösung der Wehrsportgruppe!

Antifaschistische Aktionseinheit gegen die "Wehrsportgruppe Hoffmann", Nürnberg, c/o Dicke, Postfach 150473, 85 Nürnberg , Tel. 0911/ 374 045

FILBINGER DROHT DEN LINKEN ASTEN

HEIDELBERG, 10. November In einer Pressekonferenz am Mittwoch, den 9. November, sah sich der Baden–Würtembergische Ministerpräsident Filbinger wieder einmal genötigt, gegen die linken ASTEN, diesmal den Hiedelberger, zu polemisieren. Anlaß waren Hinweise im letzten ASTA–Info zur Beerdigung der RAF–Gefangenen in Stuttgart, Ratschläge zum Verhalten bei Hausdurchsungen und Bemerkungen zu der Progrom-Stimmung in der BRD. Der von Filbinger unvollständig zitierte Absatz des ASTA–Infos hat den folgenden Wortlaut:

„Ein CDU–Parlamentarier brachte , was die geplante ASTA–Abschaffung betrifft, die Diskussion um die Austrocknung des 'Terroristensumpfes' auf den Nenner, daß die ASTEN 'irgendwie' mit dem Terrorismus zusammenhängen, und daß es von daher eines der erfolglos gesuchten Mittel sei, den Terrorismus im Vorfeld zu bekämpfen! Daß solche Aussagen Teilwahrheiten enthalten, wollen wir nicht leugnen. Natürlich hängen linke ASTEN 'irgendwie' mit dem Phänomen des Terrorismus zusammen. Gemeinsam ist der RAF und allen linken ASTEN, daß sie den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufgenommen haben. Grundveschieden sind die Ansichten über Wege der Durchsetzbarkeit:'Existenzialismus, Revanchismus, völlige Aufgabe humanitärer Prinzipien und damit nihilistisches Töten das seine Legitimation in einer undefinierten Zukunft sucht' – die wesentlichen Vorwürfe von uns an die RAF, nicht nur Schlagworte, sondern nachzuprüfende Unterschiede."

Filbinger erklärte, daß er den Heidelberger ASTA nur deshalb nicht suspendieren wolle, weil die ASTEN in Baden-Würtemberg ab 1.Januar 1978 ohnehin abgeschafft würden. Im Folgenden die Presserklärung des Heidelberger ASTA.

„Wir sehen Filbingers Äußerungen als einen weiteren Beitrag in einer Kampagne, die von den staatstragenden Parteien gegen alles was links von ihnen steht geführt wird. Die Vorwürfe gegen unsschlagen in die gleiche Kerbe wie die 'Sympathisantensuche',die Aktionen gegen den Göttinger ASTA und gegen die 48 Professoren, insbsondere gegen Peter Brückner wegen der Veröffentlichung des Meskalero–Artikels. (An dieser Stelle wollen wir noch einmal unsere Solidarität mit den Genannten ausdrücken.)

Die Baden–Würtembergische Landesregierung nimmt die durch diese Kampagne entstandene Stimmung jetzt mit als Vorwand, um die ASTEN abzuschaffen. Dies geschieht in der Absicht, der linken , aussenparlamentarischen Opposition eine ihrer letzten Artikulationsmöglichkeiten zu nehmen, um Ruhe, Ordnung und Sauberkeit im Lande wiederherzustellen. Gerade unsere Heidelberger Erfahrungen mit der gegenwärtigen Stimmungsmache und Verfolgung gegenüber dem 'Sympathisantentum' (willkürliche Hausdurchsuchungen, Festnahme und Strafverfahren, die meist wieder eingestellt werden müßen) veranlassen uns, alle Studenten auf ihre Rechte und Möglichkeiten der Gegenwehr hinzuweisen. Politische Differenzen werden uns auch in Zukunft nicht davon abhalten, auf ein kirchliches Begräbnis hinzuweisen und dafür Mitfahrgelgenheiten zu organisieren.

Wo Filbinger und Schmidt regieren wird der linke Sumpf florieren.

Mit linksradikalen Grüßen:

Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg

HUNGERSTREIK IN KONSTANZ

FRANKFURT
4. November

Vom Asta der Universität Konstanz bekamen wir folgende Pressemitteilung zugesandt:

„Am 2.11.1977, 18.00 h, sind etwa 30 Studentinnen und Studenten an der Universität Konstanz in einen 48-stündigen Hungerstreik getreten.

Wir haben diese äußerste Form der kollektiven und friedlichen Aktion gewählt, um gegen das Landeshochschulgesetz zu protestieren.

Durch die Amputierung aller demokratischen Rechte (Abschaffung des Asta und der Fachschaften, Einführung des Ordnungsrechts, Regelstudienzeit, Bespitzelung durch Einleitungsbehörde etc.) sollen wir Studenten endgültig zu Fachidioten verarbeitet und die Freiheit der Forschung und Lehre eingeschränkt werden. Es werden noch mehr Studentinnen und Studenten das Studium abbrechen, wobei nicht nur die Arbeitslosigkeit in nicht akademischen Berufen verstärkt und Steuergelder vernichtet werden, sondern auch wir als Menschen.

Dieses Gesetz ist für uns Studenten eine existenzielle Bedrohung. Die Universität wird immer mehr zum weltfremden und menschenfeindlichen Betrieb rationalisiert, in dem Streß und Konkurrenzkampf um sich greifen. Die Isolation unter uns Studenten, zwischen Lernenden und Lehrenden und der Universität von der Universität, schafft eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Angst, nicht nur an der Universität, in der unsere Gefühle und Körper keinen Platz haben dürfen.

Die Selbstmordrate unter den Studentinnen und Studenten in Konstanz ist die zweithöchste in der Bundesrepublik.

Das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit heißt mehr als einen Studienplatz zu bekommen und zu Essen zu haben.

WIR WOLLEN LEBEN !"

HESSE'S BERUHIGUNGSBRIEF UND PESTEL'S KATASTROPHENPLAN

HANNOVER/
LÜNEBURG
1. NOVEMBER

Von einem Genossen aus Lüneburg erreichte uns folgende Mitteilung:

„Der von uns allen bewunderte Kanzler der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, der Herr Hesse, hat in seiner Sorge um den geregelten Lehrbetrieb einen Brief an „alle Studienanfänger des Wintersemesters 1977/78" geschrieben. Er hat nachgedacht über die von der Konferenz niedersächsischer Studentenschaften (KNS) beschlossenen Streiks und Aktionen. Und dann ist er zu dem Schluß gekommen, daß das nicht geht.

Ganz astrein logisch hat er für die Studienanfänger des Wintersemesters ausklamüstert:„der Student ist kein Arbeitnehmer, die Hochschule ist kein Arbeitgeber". Und dann hat er festgestellt, daß die Streiks der letzten Semester oft eine rechtswidrige Behinderung des Hochschulbetriebes dargestellt hätten. Also rechnet er damit, daß dies auch bei den kommenden Streiks der Fall sein wird und daß nicht nur damit, sondern auch mit der Begehung von Straftaten zu rechnen sei. Nun, Herr Hesse ist kein Schuft, er hat den Studienanfängern zugesichert, „Rektor, Kanzler und die Abteilungen werden bemüht sein, Ihnen ein störungsfreies Studium zu ermöglichen". Außerdem macht er noch darauf aufmerksam, daß es auch rechtmäßige Formen des Protestes gibt. Soll Herr Hesse sich doch der rechtmäßigen Formen des Protestes bedienen, er ist ja auch kein Student, er braucht ja nicht rechtswidrig mitzustreiken.

Ein anderer Mensch aus Hannover, der Herr Pestel (Kultusminister), hat in unermüdlicher Sorge um die innere Sicherheit am 17. August einen Runderlaß über das „**Verhalten bei Störungen der Ordnung der Hochschule**" geschrieben. Der liest sich so (Auszüge):

„Wenn Angehörige des Lehrkörpers genötigt werden oder genötigt werden sollen, ihre Lehrveranstaltungen nicht abzuhalten oder begonnene abzubrechen oder Studenten gehindert werden oder gehindert werden sollen, Lehrveranstaltungen zu besuchen, so ist vor dem Ersuchen um behördliches Eingreifen abzuwägen, ob durch Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung ein geordneter Lehrbetrieb gesichert bzw. wiederhergestellt oder in noch ausgedehnterer Weise gefährdet werden könnte; ist letzteres nach den obwaltenden oder sich entwickelnden Umständen anzunehmen, so ist von einem solchen Ersuchen zunächst abzusehen.

Bei bevorstehenden oder bereits eingetretenen Störungen von Sitzungen der Organe der Hochschule, ihrer Ausschüsse oder Kommissionen ist im Regelfall die zuständige Verwaltungsbehörde und, soweit die zu treffenden Maßnahmen unaufschiebbar erscheinen, die zuständige Polizeibehörde um ihr Eingreifen zu ersuchen, wenn die Hochschule nicht mit eigenen Mitteln in der Lage ist, die Durchführung bzw. Fortsetzung der Sitzung zu ermöglichen.

Eine „Besetzung" oder Blockierung von Instituten, Seminaren, Kliniken sowie Verwaltungsgebäuden und -räumen ist zu verhindern; ob dazu vorsorglich Maßnahmen der Gefahrenabwehr zu erbitten sind, ist entsprechend dem unter Ziffer 3 niedergelegten Grundsatz zu entscheiden. Bei etwa „besetzten" Gebäuden ist in der Regel deren Räumung zu veranlassen.

...

Die Angehörigen des Lehrkörpers sind verpflichtet, die von ihnen angekündigten Lehrveranstaltungen den studierwilligen Studenten anzubieten und sie durchzuführen. Sie sind berechtigt, die einzelne Lehrveranstaltung abzubrechen, wenn diese in einer ihnen unzumutbaren Weise gestört wird. Ist ihre Durchführung wegen anhaltender, nicht nur geringfügiger Störungen unmöglich oder unzumutbar, so dürfen Lehrveranstaltungen mit Genehmigung des für die Vollständigkeit des Lehrangebots verantwortlichen akademischen Organs zeitweilig unterbrochen und mit meiner Genehmigung eingestellt werden.

..."

ABENDGYMANSIUM FRANKFURT IM STREIK

FRANKFURT, 8. November *Wie wir im letzten ID bereits berichteten, befindet sich das Abendgymnasium Frankfurt (AG) seit dem 31.1. im Streik. Um den Forderungen (keine Strafversetzung des Schulleiters Haller, kein Aufnahmestopp, Nachmittagsunterricht, Offenlegung aller Verfügungen und Erlassen, eine eigene Schule) Nachdruck zu verleihen, veranstalteten die AG'ler am 7.11. mit Fackeln , Transparenten und Flugblättern eine Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt, bei der ca. 800 – 1000 Leute waren.*

Der ungekürzte Abdruck nachfolgender Erklärung der Personalversammung des AG's lehnte die FR ab. Daraufhin beschlossen die Lehrer die Erklärung als Anzeige zu veröffentlichen. Auch dies wurde von der FR ohne Begründung verweigert. Am Abendgymnasium hat seither eine Boykottaktion gegen die FR begonnen.

Wir rufen alle am Zweiten Bildungsweg Interessierten auf, uns aktiv zu unterstützen und laden Sie anläßlich des 30jährigen Bestehens des Abendgymnasiums Frankfurt ein zu unserer Jubiläumsfeier mit Podiumsdiskussion über Ziele und Perspektiven des Zweiten Bildungswegs am Freitag, 2.12.77 15.00 Uhr in der Aula der Elisabethenschule. Die ehemaligen Studierenden bitten wir – zur Kontaktaufnahme – ihre Adressen umgehend der Schule mitzuteilen.

Personalversammlung des
Abendgymnasiums
Frankfurt

–30 JAHRE ABENDGYMNASIUM FRANKFURT –

Das Abendgymnasium Frankfurt für Berufstätige ist eine Einrichtung des Zweiten Bildungswegs, die seit 1947 besteht. Während dieser 30 Jahre hat unsere Schule mehr als 1500 Berufstätigen aller Schichten ermöglicht, das Abitur nachzuholen. Dadurch hat sie einen praktischen Beitrag zur Verwirklichung der vielzitierten Chancengleichheit In den letzten Jahren sind die Schülerzahlen ständig gestiegen und dies, obwohl mit dem Schulbesuch beachtliche Schwierigkeiten – reduziertes Einkommen, Doppelbelastung durch Schule und Beruf, eingeschränktes Privatleben – verbunden sind. Dies ist ein sichtbarer Ausdruck für das wachsende Bedürfnis nach dieser Schule.

DIESE SCHULE SOLL AUFGELÖST WERDEN

WARUM?

Als Erfolge dieser drei Jahrzehnte können wir verbuchen:
- gute Leitungen der Schüler, bedingt durch motiviertes, zielgerichtetes Lernen und die vorhandene Berufserfahrung, sowie die vergleichsweise günstige Bedingung des Nachmittagsunterrichts,
- die Tatsache, daß das Kollegium von den Studierenden Leistungen verlangt, ohne dabei den Pauker rauszukehren, und Probleme von Schule und Unterricht in Zusammenarbeit und unter Mitbestimmung der Schüler zu lösen versucht,
- wachsendes Interesse an diesem Bildungsangebot

Diese Erfolge sind den Behörden offensichtlich ein Dorn im Auge. Deshalb trifft uns die Kette von Maßnahmen:
- Einzug und Nachkorrektur der Abiturarbeiten 1977,ca. 90 willkürliche Notensenkungen, 145 Anordnungen zur mündlichen Prüfung (in den weitaus meisten mündlichen Prüfungen unter Leistung von 5 Vertretern des Regierungspräsidenten werden jedoch die Einschätzungen des Kollegen bestätigt und die Folgen der Notenherabsetzung aufgehoben)
- Aufsplitterung des Unterrichts auf drei verschiedene Schulen statt der seit langem zugesicherten Lösung des Raumproblems
- Verfügung am 1. Schultag nach den Sommerferien:sofortiger Aufnahmestopp! Der zugrundeliegende Erlaß wird uns bis heute vorenthalten
- In den Herbstferien schließlich der bislang letzte und auch übelste Schlag: Strafversetzung unseres Kollegen und Schulleiters Haller!

Die Schüler des Abendgymnasiums haben begriffen, daß dies ein Angriff gegen sie ist. Ihre Antwort: unbefristeter Streik! Studierende anderer Abendgymnasien demonstrieren inzwischen durch Solidaritätsadressen und Streik, daß sie diese Maßnahmen – wie wir – als Bedrohung des gesamten Zweiten Bildungswegs verstehen und nicht auf die plumpen Versuche hereinfallen, die verschiedenen Abendgymnasien gegeneinander auszuspielen. Wir die Lehrer werden unsererseits alles tun, um diese Schule in ihrer bisherigen Form zu verteidigen.

Mit dem AG haben sich bisher solidarisiert:
Ernst–Reuter Schule I. Hessen–Kolleg Ffm, Helmholz–Gymnasium, Ziehen–Schule, FH für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Fachhochschule /Nibelungenplatz, Untergruppe der GEW, DGB Kreisvorstand, DKP und Jusos.

(S. auch Seite 26)

VOM STREIK IN KARLSRUHE

KARLSRUHE 4. November „Im letzten Hochschul-ID (Nr. 17) wurde bereits über den Polizeieinsatz in der Aula der FH berichtet, die auch von PH-Studenten benutzt wird, und bei der zum größten Teil PH-Studenten betroffen waren.

Parallel zu diesen Polizeiaktionen und im Anschluß an sie liefen massive Behinderungen der Streikvorbereitungen an der Hochschule. Das ganze erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt mit dem Verbot des Versammlungsrechtes, konkret gesagt, mit dem Verbot, die Aula zu einer VV zu benutzen.

Daraufhin zogen ca. 300 Studenten vor das Rektorat des Herrn Sendelbach, um ihn aufzufordern, zu diesem Verbot Stellung zu nehmen und uns die Aula zu genehmigen. Angesichts der großen Zahl der Studenten war er „bereit", seine „Stellungnahme" abzugeben, die niemand verstand. Nebenbei ist noch zu bemerken, daß der Rektor die Unverschämtheit besaß, 300 Personen als „Auflauf" zu bezeichnen. Die Prorektorin ließ es sich nicht nehmen, den Rektor zu übertreffen. Sie unterstellte dem AStA das Urabstimmungsergebnis (65% ja, 27% nein) gefälscht zu haben !! Nach kräftigem Erröten gestand sie ein, dies doch besser nur gedacht zu haben.
Nach der Stellungnahme des Rektors forderte er die Vollversammlung auf, den Hörsaal zu verlassen, da dies für ihn, wie bereits gesagt, keine VV sondern ein „Auflauf" sei. Er könne keine Aula genehmigen, bei der rechtswidrige Aktionen geplant würden (Alternativveranstaltungen etc.).
Um einer Eskalation aus dem Wege zu gehen, versammelte sich die VV im Foyer des Hauptgebäudes.

Der erste Streiktag (3.11.) lief einigermaßen gut ab, mehr als 90% der Seminare und Vorlesungen wurden bestreikt. Gegen 17.00 Uhr jedoch verteilte der Hausmeister an die drei Mitglieder des AStA-Kollektivvorstandes persönliche Briefe, der den Streik ab sofort verbietet. Ebenso andere Aktionen (Streikaufrufe, Wandzeitungen, Streikposten). Die Streikposten berufen sich jedoch nicht auf einen Beschluß des AStA sondern auf einen Beschluß der Vollversammlung, die Streikposten gefordert hatte.

Der AStA behält sich rechtliche Schritte gegen diese Anmaßung des Rektors vor.

AStA Pädagogische Hochschule"

Aus den Briefen des Rektors an den AStA hier zentrale Punkte, die die Unrechtmäßigkeit des Streiks rechtlich begründen wollen:

„1. Die Durchführung eines Streiks an der Päd.Hochschule ab 3.11.77 sowie alle im Zusammenhang mit dem Streik stehenden Handlungen, also auch vorbereitende Handlungen und Streikaufrufe (z.B. durch Plakate) werden untersagt.

2. Ich untersage Ihnen ausdrücklich, in irgendwelcher Art Lehrveranstaltungen oder deren Besuch durch Studierwillige durch Aufrufe und sonstige Aktionen (z.B. Streikposten) zu behindern. Der ASTA trägt die volle Verantwortung für alle etwaigen Vorkommnisse.

Aus der Begründung:

„Für das in Anspruch genommene Streikrecht fehlt es an einer rechtlichen Grundlage. Ein Streik im Hochschulbereich ist daher rechtswidrig. Auch durch einen Mehrheitsbeschluß eines Organs vermag sich die Studentenschaft kein derartiges Recht zu verschaffen.

...

Der sofortigen Vollziehung dieses Bescheids liegt ein besonderes öffentliches Interesse zugrunde. Dieses ergibt sich dadurch, daß die Päd.Hochschule als öffentlich-rechtliche Körperschaft primär die Pflicht hat, ihre gesetzlichen Aufgaben in Studium, Lehre und Forschung zu erfüllen; sie darf in der Wahrnehmung und Erfüllung ihrer Aufgaben weder gestört noch behindert werden. Die von der Studentenschaft ins Auge gefaßten Maßnahmen sind geeignet, eine Beeinträchtigung des für die Funktionsfähigkeit der Hochschule unerläßlichen innerbetrieblichen Friedens herbeizuführen. Zur Abwendung einer solchen Beeinträchtigung ist die Vollziehung dieses Bescheides dringend geboten.

..."



Vom AStA der Uni Karlsruhe wurde uns mitgeteilt, daß er sich durch den Uni-Rektor und seinen Brief nicht wird einschüchtern lassen. Einmal weil der AStA und die Studenten von der Legitimität ihres Streiks überzeugt sind und zum anderen weil der Bescheid des Rektors selbst rechtlich zumindest fragwürdig ist. Denn nach dem PH-Gesetz wurde die verfaßte Studentenschaft abgeschafft und durch ein allgemein gehaltenes Organisationsrecht ersetzt.
Der AStA der PH Karlsruhe basiert auf einer vom Rektor genehmigten Satzung, in der es ausdrücklich heißt, daß der AStA das Mittel der Urabstimmung hat und ausführendes Organ der Urabstimmung ist.

Aus diesem Grund will der AStA der PH Karlsruhe auch vorerst nicht auf die leeren Drohungen reagieren.

Schickt bitte Protestschreiben an:

Rektor Prof.Dr. Sendelbach, Bismarckstr. 10, 75 Karlsruhe

Solidaritätsadressen an:

AStA der PH Karlsruhe, Bismarckstr. 10, 75 Karlsruhe.

EHEMALIGE ABENDSCHÜLER GRÜNDEN EINEN VEREIN ZUM ERHALT IHRER SCHULE

FRANKFURT
9.November

Zur Geschichte des Abendgymnasiums sind im letzten ID (Nr. 202) ausführliche Informationen enthalten:

Wir - ca. 100 ehemalige Abendgymnasiasten - haben aus der Presse und von derzeitigen Schülern mit Erschrecken von den Versuchen der Austrocknung unserer Schule erfahren. Wir wissen, daß die Verleumdung des Kultusministeriums - am AG habe Notenmanipulation stattgefunden - falsch sind. Über die Presse werden diese Falschmeldungen verbreitet, um Schüler und Lehrer zu diskriminieren und gleichzeitig die Legitimation für die geplante Schließung der Schule vorzubereiten. Genau wie uns ist den Initiatoren im Kultusministerium klar, daß die überdurchschnittlichen Leistungen eng mit der Identifikation von Schülern und Lehrern für Erhalt und Entwicklung der Schule zusammenhängen: Stärker als an anderen Schulen wird das Arbeiten in Gruppen praktiziert und gefördert. Die Einflußnahme der Schüler auf die Unterrichtsinhalte - schließlich haben die Schüler Erfahrung aus der Berufspraxis, was bekanntlich die Lernmotivation erhöht. Alle diese fortschrittlichen Aspekte waren zwar stets verbales Selbstverständnis von SPD als auch FDP, in der Realität aber haben Schülerorganisationen für die Durchsetzung unserer Interessen kämpfen müssen. Nahezu alljährlich waren wir mit Bedrohung der der Spaltung und Austrocknung der Schule von Seiten der Stadt und des Kultusministeriums konfrontiert und konnten nur mit dem Mittel der Schulbesetzung den heutigen Standort und die autonome Verwaltung der Schule durchse-

tzen. In Selbstorganisationen unterstützen ältere Schüler die Anfänger in den Vorkursen und gewährleisten somit die verhältnismäßig geringe Abbruchquote. In der Betreuung der Vorkurse vermitteln sie gleichzeitig das Selbstverständnis, das die Geschichte von Schulkämpfen ist an die Neuen weiter. Für den Erhalt dieser Inhalte, die über das allgemeine Lern- und Paukpensum hinausgehen, aber auch für die Gewähr der Lernfähigkeit von Berufstätigen ist der Nachmittagsunterricht eine unabdingbare Voraussetzung.

Weil die Kultusbürokraten von unserem gewonnenem Selbstbewußtsein wußten, weil ihnen klar war, daß sie unseren spezifischen Bedingungen als Berufstätige entsprechen müßten, wollten sie nicht permanente Konflikte an der Schule provozieren, hatten sie uns Direktor Haller zugewiesen. Wie sie damals selbst sagten und wie wir H. Haller kennengelernt haben, hat er sowohl von seinen beruflichen Voraussetzungen (ehemals TH Darmstadt) als auch von seinen menschlichen Qualitäten eine besondere Eignung mitgebracht, und diese in seiner Arbeit bewiesen. Ein konservativer, autoritärer Direktor hätte an dieser Schule nie bestehen können.

- Die Versetzung von Dir. Haller
- Der Aufnahmestop fürs AG
- Die Verlegung des Unterrichts auf den Abend
- Die Eingriffe in die Notengebung

sind ein erschreckendes Zeichen geistig rückschrittlicher und praktisch unterdrückender Maßnahmen, die die Möglichkeit des weiterführenden Schulbesuches für Berufstätige abschneiden sollen. Als ehemalige Abendgymnasiasten, die jetzt studieren oder im Beruf stehen, können wir sehr gut beurteilen welchen Stellenwert die Zeit an der Schule für uns hat. Wir haben gelernt, gemeinsam mit anderen zu arbeiten, und unser Lernen war sinnvoll, weil die Inhalte nicht abgehoben waren, sondern sich auf unsere Realität bezogen. Dadurch sind wir fähig selbstbewußt unsere Interessen zu vertreten, Zusammenhänge zu erkennen, und uns kritisch damit auseinanderzusetzen. Diese Erfahrung ist für die Einschätzung unserer jetzigen Situation unheimlich wichtig. Deshalb wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür kämpfen, diese Institution des zweiten Bildungsweges in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Das Abendgymnasium ist eine der wenigen noch existierenden Möglichkeiten, Wissen angstfrei und kritisch zu erfahren. Eine zusätzliche Dimension erhält dieser Kampf im Zusammenhang mit der in allen gesellschaftlichen Bereichen herrschenden Repression wie z.B. an den Universitäten durch die drohende Abschaffung der Asten, das HRG, und die verschärften Studienbedingungen. Wir werden das AG in allen seinen Aktionen unterstützen und haben darüberhinaus beschlossen, einen gemeinnützigen Verein zur Unterstützung dieser Schule zu gründen. Dieser Verein soll die Geschichte des AG's und die dort gemachten Erfahrungen weitervermitteln und wenn nötig auch finanziell unterstützen.

KRUPP ORGANISIERT WIDERSTAND ?

FRANKFURT
8. NOVEMBER

Ausgehend von der verordneten Anpassung der Landeshochschulgesetze (LHG) - hier insbesondere des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) - an das bundeseinheitliche Hochschulrahmengesetz (HRG) bemühen sie die Länder-Kultusminister, die geplante Anpassung Studenten und Hochschulangehörigen möglichst schmackhaft zu machen. Dies versuchen sie auf unterschiedliche Weise, den regionalen Hochschulbedingungen jeweils angepaßt. In Frankfurt hat sich Krupp bisher verweigert, politisch zu den Forderungen der Studenten sowohl zum HRG als auch zu Problemen wie Kernkraftwerke, Politische Gefangene usw. - wie geschehen im letzten Streik - Stellung zu nehmen. Auf Aktionen der Studenten hat er lediglich formal in Form von Unrechtmäßigkeitserklärungen von Streiks und Anzeigen gegen den AStA reagiert. Oder aber er hat Diskussionsfeste zum HRG gleich mit Polizeieinsätzen beantwortet - wie im letzten Semester bei den Wirtschaftswissenschaftlern. Deren anschließenden aktiven Streik gegen bereits eingeführte Verschärfungen, die auch im HRG enthalten sind, er durch Aussperrung boykottierte.
Jetzt will er diskutieren. Das wird verständlich auf dem Hintergrund der in allen Bundesländern stattfindenden Streiks und Protestaktionen gegen die Hochschulrahmengesetzgebung und die verschärfte allgemeine gesetzliche Repression, die auf Studenten insbesondere gerichtet ist (Studentischer Sumpf). Daß auch in Frankfurt mit Kritik und Widerstand zu rechnen ist, ist nicht ganz abwegig.

Da die verschärften Hochschulgesetze entweder schon auf Fachbereichsebene eingeführt wurden oder aber schon vor endgültigem Beschluß als abgesegnet gelten, kann diese Veranstaltung kaum anders als eine Legitimation für spätere Unterdrükkung und Verteufelung all jener begriffen werden, die sich mit ihrer Situation als Studenten nicht zufrieden geben.

Hier einige Auszüge aus dem „Uni-Report aktuell", dessen Herausgeber Uni-Präsident Krupp ist:

„... Um den Studenten und allen Hochschulangehörigen die Gelegenheit zu geben, sich eingehend über die geplante Novellierung (s.o.) zu informieren und darüber zu diskutieren, setzt der Präsident der Universität Frankfurt, Prof.Dr. Hans-Jürgen Krupp, im Einvernehmen mit den Dekanen zwei Hochschultage am 28. und 29. November an. ..."

„Zentrale Veranstaltung der Hochschultage wird eine Podiumsdiskussion am Nachmittag des 28. November um 16 Uhr sein, an der der Hessische Kultusminister Hans Krollmann und hochschulpolitische Experten der drei Landtagsfraktionen SPD, FDP und CDU teilnehmen werden. Der Kultusminister möchte dabei nicht nur die Entwürfe der Landesregierung begründen, sondern auch den unterschiedlichen Gruppierungen in der Universität die Möglichkeit eröffnen, Wünsche, Anregungen und Erfahrungen in die weitere Diskussion einzubringen. ..."

„Der 29. November steht den Studenten für eigene Veranstaltungen zur Verfügung. Von einer weitergehenden Planung hat der Präsident momentan abgesehen. Er geht davon aus, daß der AStA und die studentischen Gruppen die Möglichkeit begrüßen werden, eigene Veranstaltungen durchführen zu können, um ihre Positionen klar zu machen. Er ist gerne bereit, die inhaltliche und organisatorische Planung des Programms zu unterstützen."

WIEDER ZEITEN DER „GROSSEN KOALITION" ?

DÜSSELDORF
November 1977

Eine interessante Meldung erreicht uns aus Düsseldorf.
Der dortige AStA wird neuerdings aus RCDS und Jusos gebildet. Vorsitzender ist ein RCDS-Typ.
Welche Politik wird wohl dort gemacht werden ?

ID-Bibliographie Bidet-Lithophogrie Phibe-Grapholibi

Rotbuch Verlag, Berlin

* Kleine Geschichte des SDS; Tilmann Fichter, Siegward Lönnendonker. 8,00 . Dokumentation aller Höhen und Tiefen von 1946 bis zur Selbstauflösung am 21. März 1970.
* Alle Türen offen. Gedichte von Peter Paul Zahl. 7,00. aus der Brokdorf Kantate :

wer von uns
wäre nicht gegen gewalt
die andere Seite
diskutiert nicht
über gewalt
sie übt sie aus
und gießt sie
in gesetze

* Germania Tod in Berlin, Heiner Müller; 8,00 (zus. mit Verlag der Autoren). Stücke, Dialoge und einige Bildmontagen.

* Fred Engels bei Woolworth, Gedichte von Jim Burns, 7,00. "Ich schrieb Gedichte, weil ich nicht das Geld hatte, dauernd besoffen zu sein".

* Kursbuch 49 : Sinnlichkeiten; 8,00. Der Körper, die Empfindung, die Leidenschaften, die Perversion, die Sensibilität, die Lust, die Gier.

VSA (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung), Berlin

* Fotographie als Waffe, Roland Günter; Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie, 16,80. Fotografie unter dem Gesichtspunkt einer sozialwissenschaftlichen Ästhetik. Arbeiterfotigrafie in den 20er Jahren, Foto Montage, Bild Reportagen.

* Instinkt, Aggression, Charakter, Agnes Heller, 12,80 Die ungarische Lukacs Schülerin untersucht die angeblich unveränderlichen Merkmale Aggression, Wut, Haß aus einer Perspektive des marxistischen Anthropologie und Psychologie.

Initiative Verlagsanstalt, Tübingen

* Politisches Tagebuch 2, 6,00. Zeitschrift der Bürgerprotestbewegung und der NEuen Linken..Thema: Modell Deutschland für Europa. Beiträge von Brückner, Cobler, Denninger u.a.

* Krisenbriefe, Fritz Künkel, 12,00. über den Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Charakterkrise. Briefe aus der Arbeit der Individualpsychologischen Beratungsstellen der 20er und Anfang 30er Jahre;

* Mitmenschlichkeit lernen - mit dem eigenen Lebensstil; Paul Rom, Angewandte Individualpsychologie, 9,80.

Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude

* Strafjustiz. Ein bundesdeutsches Lesebuch, 16,00. Steht wirklich viel drin zum Thema. Viele bekannte und unbekannte Autoren.

Chile Nachrichten, Berlin

* Kirche in Lateinamerika, 5,00.dokumentationsreicher Sonderdruck.

Plakat Bauernverlag, Offenbach (C/0 SB)

* Bauerne gegen Atomanlagen oder wie wüllt den Schiet nich hebben. Joachim Schritt, 7,00. Der Titel sagt es !

Eco Verlag, Zürich

* Aufrüstung gegen das Volk, Rolf Thut, Claudia Bislin, 18,00 (Fr.) Staat und Staatsschutz in der Schweiz, zur Entwicklung der dortigen inneren Sicherheit.

Kinderbuchladen Kreuzberg, Berlin

* Kinderkalender 1978, 5,00. Für Kinder aller Größen, mit Texten zum Anmalen , Bildern und durchbrochenen Tabus.

Adressbuch gegen Atomenergie

* Nach Postleitzahlen geordnet, dazu Personen, Sach und Filmverleih-Register. 2000 Kontakte im A5 Format. 3,00 plus 70 pf Porto bei: Dieter Schaarschmidt, Bretthorsterstr. 204,4973 Vlotho, Weser.

Gesellschaft für bedrohte Völker, Hamburg

* Pogrom heißt die Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker. Die Sonderausgabe 50/51 ist besonders dick gearten und beschäftigt sich unter dem Titel : Indianer sprechen mit Indianischen Forderungen Programmen, Erklärungen, Protesten und Berichten aus Nord-;Mittel-, und Südamerika. Viele authentische Berichte, Fotos und Dokumente. Kostet 5,80.

Scribere - Freibord

* Sind zwei Literatur Zeitschriften. Von 'scribere' ist jetzt die Nummer 2 erschienen, mit meist noch wenig bekannten Autoren, dazu etwas Graphik. 4,00. Anschrift: Waldstegener Weg 21, 2130 Rotenburg
* 'Freibord' kommt aus Österreich ist bereits zur Nummer 6 vorgedrungen bringt viele Gedichte und Zeichnungen. Autoren der neuen Nummer sind u.a. Delius, P.P. Zahl, E.a.Richter,Ute Erb. 6,00 Aegidigasse 6/19 , 1060 Wien.

Antagon Musikgesellschaft, Hamburg

* Die Pariser Commune, ein Rock Werk der Rock Gruppe 'Oktober'. Doppel LP mit Textheft. Die Tage der Volksdemokratie im Rockton illustriert.

Verlag Jugend und Politik, Frankfurt

* Träume, Hoffnungen, Kämpfe, Albert Herrenknecht (u.a.), ein Lesebuch zur Jugendzentrumsbewegung; 8,00. Geschichte der Selbstverwaltung, Regionalzusammenschlüsse, Provinzbewegung. Freizeit - Alltag, 'krise' der Juz Bewegung.

Neue Welt, W. Bergmann Film - Bild und Ton GmbH, Köln

* Lieder gegen Atom Kraftwerke, LP 18,00 (davon pro Platte eine DM an den Ermittlungsausschuß der BUU). Neue Lieder aus der AKW-Bewegung, entstanden und aufgenommen im letzten halben Jahr. Mit 'De Likedelers' VSK Musikgruppe u.a. Mit Text - u. Notenbeilage.

doku verlag, Waldbronn

* Revolten von Rechts; S. Kurtschinski. Ein Bericht über nationalistsche Jugendbünde; 8,00.Darstellung der wenig beachteten Aktivitäten rechtsradikaler Gruppen. Mit Interviews von Jugendlichen solcher Verbände und aufschlußreichen Dokumenten.

edition Nautilus, Hamburg

* Paris Mai 68. Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen; René Viè net. 18,00. Übersetzung einer französischen Schrift von 1968. D.h. Originalton Revolte.

Anarchistisches Dokumentationszentrum (adz), Wetzlar

* Aufgabe dieses Zentrums ist es, möglichst vollständige Materialien (Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Flugblätter, Plakate und Dokumente der internationalen anarchsistischen Bewegung zu sammeln und zugänglich zu machen. Materialsendungen sind erwünscht. Fragen und Antworten bei : Horst Stowasser, Postfach 2602, 633 Wetzlar-Lahn



BEICHTE EINES STAATSBÜRGERS

Herr, im Lichte Deiner Wahrheit erkenne ich, daß ich gesündigt habe in Gedanken, Worten und Werken. Ich soll Dich meinen Staat und Herrn über alles lieben, aber ich habe mich selbst mehr geliebt als Dich. !Du hast mich zu Deinem Diener gemacht, aber ich habe die Zeit vertan, die Du mir anvertraut hast. Du hast mir Gesetze gegeben, sie zu lieben wie mich selbst, aber ich erkenne, wie ich versagt habe in Hochmut und Eigenmächtigkeit meines Geistes. Darum komme ich zu Dir und bekenne meine Schuld. Richte mich mein Staat, aber verwirf mich nicht. Ich weiß keine andere Zuflucht, als Dein unergründliches Erbarmen. Verfolge mich wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Verherrlichung und Verharmlosung von Gewalt, durchsuch mein Haus mit Maschinenpistolen bei Gefahr im Verzug, nimm mich vorläufig fest und verhäng über mich die Präventivstrafe der Kontaktsperre auf daß ich dreißig Jahre kein Lebenszeichen von mir gebe, verurteile mich in einem Schnellverfahren mit gefälschten Beweisen und ohne Anwälte meines Vertrauens, bestrafe diejenigen, die sich für meine Haftbedingungen und meinen Prozeß interessieren, insbesondere aber jene, die die Öffentlichkeit aufzuklären versuchen, wie mich selbst, unterrichte alle Zeitungen und Rundfunk- und Fernsehanstalten, damit die Welt erfahren möge, daß ich gesündigt habe wider Deinen Geist, aber ich bitte Dich: Vergib mir alle meine Sünden.

Ich glaube an den Staat, den allmächtigen

Schöpfer Himmels und der Erden und an die freiheitlich demokratische Grundordnung, unser unerklärliches Gesetz, empfangen vom internationalen Finanzkapital, geboren vom parlamentarischen Rat, gelitten unter Max Reimann und der außerparlamentarischen Opposition, gekreuzigt, gestorben und begraben vom Deutschen Bundestag, niedergefahren in die Massenmedien von dannen sie kommen wird, zu richten die Lebenden und die Toten. Ich glaube an das Kapital, die freie Marktwirtschaft, den Deutschen Bundestag, die Gemeinsamkeit der Demokraten, die Bundesanwaltschaft, das Bundeskriminalamt, den Bundesverfassungsverfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den Bundesgrenzschutz, Auferstehung des

Fleisches und ein ewiges Leben, Amen
Schmidt erbarme dich unser, Kohl erbarme dich unser, Strauß erbarme dich unser. Ehre sei dem Staat in Bonn und Friede auf Erden und egal wie es den Menschen geht. Halleluja, halleluja, halleluja!

Peter O. Chotjewitz

Aus der im Oktober herausgekommenen Broschüre: »NICHT HEIMLICH UND NICHT KÜHL. Entgegnungen an Dienst- und andere Herren, hgg. von Heiner Boehncke und Dieter Richter. Mit -teilweise sehr bissig-ironischen- Beiträgen sind u.a. vertreten Böll, Brückner, Coppik, Chotjewitz, Gottschalch, Kluge, Mossmann, J. Roth, P. Schneider,. D. Richter.

INTERNATIONALES

DER ERSTE STREIK UNTER DER DIKTATUR

BUENOS AIRES *Informationen aus Lotta continua:*
5. November 1977

Die erste größere Streikwelle seit März 1976, als die Militärs die Regierung übernahmen, geht zur Zeit durch Argentinien. Der Streik begann bei der Eisenbahn und der U-Bahn von Buenos Aires und hat sich von dort auf andere Industriebereiche und die größten industriellen Zentren Argentiniens, Cordova und Rosario ausgedehnt.
Der Hintergrund: allein in den letzten 6 Wochen haben die 9 Millionen Arbeiter 43,4 % ihres Lohns durch die Inflation verloren. Die Fabriken wurden militarisiert. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Videla sieht 400 000 Entlassungen im Öffentlichen Dienst vor, davon 200 000 noch in diesem Jahr, sowie die Schließung von kleinen und mittleren Fabriken. Außerdem richten sich die Streiks gegen die neuen Gesetze, die die Militärjunta gegen die Gewerkschaften erlassen hat.

Alle Transportmittel sind seit einigen Tagen in der 9 Millionenstadt Buenos Aires stillgelegt: die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen zwischen 80 und 100 % und weisen Vorschläge der Regierung, die Erhöhungen von 30 % nicht überschreiten sollen zurück. Die Drohungen von sofortiger Entlassung, die in einigen Fällen schon praktiziert wurden, und der Verhaftung der Streikführer - nach dem neuen Geetz der Junta kann es dafür bis zu 10 Jahren Gefängnis geben - haben bisher noch niemanden dazu bewegt, die Arbeit wieder aufzunehmen. In verschiedenen Gegenden von Buenos Aires kam es zu Auseinandersetzungen, ein Jugendlicher wurde vom Heer erschossen, während er in der Nähe der Bahnstation "zum Streik aufrief".

Aus Lotta continua vom 6.-7.11.77 :

Auch aus Chile kommen Streiknachrichten: 32 % der Minenarbeiter von 'El Teniente' sind am 2. November nicht zur Arbeit gegangen. Innerhalb der Mine wurden Flugblätter gefunden, die zu einem Streik für eine Lohnerhöhung aufrufen.
Die chilenische Junta hat dagegen dementiert, daß es um einen Streik gehe, es handle sich in Wirklichkeit um eine Form von "Absentismus" (Fehlzeit).
In Argentinien wurde inzwischen Pressezensur über alle Nachrichten, die von dem Streik berichten, verhängt. Gleichzeitig hat die Regierung behauptet, der Streik ginge zurück.

EIN TREFFEN MIT MARCUSE

(Übersetzt aus TIME vom 26. September 1977)

SAN DIEGO
26.September

Der in Berlin geborene marxistische Philosoph Herbert Marcuse, Guru der Studentenbewegung der 60iger Jahre, wird oft verantwortlich gemacht – oder zumindest genannt – wo immer junge Leute das Banner der Revolution zur Hand nehmen. Marcuse indessen hat sehr genaue Vorstellungen darüber, welche revolutionären Aktivitäten moralisch sind und welche nicht. Diese Genauigkeit wird von jenen, die sich auf ihn berufen, nicht immer geteilt. Letzte Woche besuchte TIME-Korrespondentin Mimi Knox Marcuse in seinem Büro an der University of California in San Diego. Auszüge aus dem Gespräch:

Frage: Sie haben gesagt, daß Terrorismus nicht akzeptabel sei, weil er nicht zur Schwächung des kapitalistischen Systems führt. Falls er dies täte, würden Sie ihn für sinnvoll halten?

Anwort: Es besteht ein Riesenunterschied zwischen dem von den deutschen Gruppen heute ausgeübten Terror und, zum Beispiel, der Verschwörung zur Ermordung Hitlers und Himmlers. Die Opfer des jetzigen Terrorismus sind keinesfalls in der Weise für den Kapitalismus verantwortlich, wie Hitler und Himmler für Konzentrationslager verantwortlich waren und für die Vernichtung von 6 Millionen Juden. Ich würde also behaupten, daß die Ermordung Hitlers und Himmlers gerechtfertigt gewesen wäre. Die gegenwärtigen Morde sind es nicht.

Frage: Die Terroristen scheinen aber zu denken, daß diese Kapitalisten das System unterstützen, auch wenn sie es nicht geschaffen haben.

Antwort: Sie sind ein Teil des bestehenden Systems, aber wie sehr man dieses System auch ablehnen mag, sein normales Funktionieren wird nicht unterbrochen und schon gar nicht abgeschafft durch die Ermordung einiger seiner führenden Vertreter.

Frage: Würden Sie den Terrorismus für gerechtfertigt halten, wenn er das System zum Stillstand bringen könnte?

Antwort: Gäbe es heute Personen, die die Verantwortung für Konzentrationslager und Massenvernichtungen von Unschuldigen trügen, würde ich deren Beseitigung für gerechtfertigt halten. Natürlich kann es abgesehen vom Hitler-Deutschland Bedingungen geben, wo durch Beseitigung einer Person das System der Repression verändert werden kann. Ich denke da an den Fall Francos in Spanien.

Frage: Sie haben gesagt, daß die revolutionäre Moral den offenen Kampf erfordert, solange die Möglichkeit besteht. Was geschieht, wenn diese Möglichkeit nicht besteht?

Antwort: Die Studentenbewegung (der 60iger Jahre) in Deutschland war eine Opposition mit offenem Protest und dazu kann die Besetzung von Gebäuden gehören, zum Beispiel. Aber es besteht ein großer Unterschied zwischen konspirativer

Ermordung und der Besetzung von Gebäuden. Letztere bezeichne ich als außerparlamentarischer Opposition. Es gibt [illegible] historische Formen des Kampfes für den Sozialismus, [illegible]es läßt sich sehr wohl unterscheiden, welche Formen eine [illegible]nce zur tatsächlichen Verwirklichung des Sozialismus bein[illegible]n und welche nicht. Das Ziel des Kampfes muß in den [illegible]n sichtbar sein.

Frage: Sehen Sie Wege der Verwirklichung dieser Ziele im modernen Deutschland?

Antwort: Ja. Es gibt immer noch Raum für eine offene Opposition im Kampf für den Sozialismus, und dort sollten wir unsere Pflicht wahrnehmen.

Frage: Glauben Sie, daß Ihre Theorien oder die Ausdehnung ihrer Theorien zur Gewalt in der BRD geführt haben.

Antwort: Ich betone in meinen Schriften, daß es unter den gegebenen Bedingungen ein offener Kampf, ein Klassenkampf sein muß und kein konspirativer Kampf. In einem Aufsatz sagte ich, daß das Recht auf Widerstand eines der ältesten in der politischen Wissenschaft diskutierten Rechte ist. Wenn keine Mittel zur Abschaffung der Repression bereit stehen, hat das Volk ein Recht auf Widerstand. Aber ich spreche vom V[illegible] und nicht von Einzelpersonen, und wenn ich von Repression spreche, meine ich Diktaturen wie das Hitler-Deutschland.

FORDERUNGEN AUS DER SCHWEIZER REKRUTENSCHULE '77

BERN 22. Oktober "Abtreten am Wochenende spätestens um 7.30 Uhr, dreimal pro Woche mindestens vier Stunden Ausgang und Acht Stunden Schlafenszeit" fordern über 2.000 Rekruten der diesjährigen Sommerrekrutenschule in einer Petition, die am Samstag aben von einer größeren Delegation von Rekruten und Zivilisten beim Bundeshaus übergeben wurde.

Eine Reihe von Kasernenzeitungen, in denen sich Kasernenkomitees kritisch zu Wort melden, kleinere kollektive Aktionen und diese Petition zeigen, daß trotz allen gegenteiligen Beteuerungen des Eidgenössischen Militär Departements (EMD) eine organisierte Opposition auch in den diesjährigen Rekrutenschulen besteht: Für geregelte Freizeit, für die demokratischen Rechte in der Armee, gegen den Arrest. Drei diesen Sommer i[illegible]r deutschen Schweiz breit verteilte "Standblätter", die von fünf Soldatenkomitees getragene, neu konzipierte Zeitung "links um" und insbs. diese Petition erbringen den Nachweis, daß die Soldatenkomitees in enger Zusammenarbeit mit den Rekruten fähig sind, gesamtschweizerisch einen einheitlichen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen.

Für die Petition wurde teilweise während der Dienstzeit und im Gemeinschaftsbereich der Truppe Unterschriften gesammelt. Wir wissen, daß dies gegen den Hirschy-Befehl verstößt, der die politische Betätigung im Militärdienst regelt. Diesen Befehl können wir aber nicht akzeptieren, da er die elementarsten Rechte aufhebt. Damit haben wir erneut gezeigt, daß die Soldaten und Rekruten gewillt sind, sich ihre Rechte selbst zu nehmen.

Die Petition wurde vor nur sechs Wochen an einer nationalen Delegiertenversammlung von Rekruten aus zehn Kasernen und Soldatenkomitees lanciert. Folgende Hauptgründe wurden damals genannt:

"1. Die bestehende Ordnung mißachtet das grundlegende Bedürfnis nach Ruhe und Erholung, was oft zu Unfällen führt.

2. Der Wochenendurlaub soll endlich einheitlich früh am Morgen festgelegt werden und nicht von irgendwelchen Erwägungen der Kasernenleitung abhängen. Insbesondere verurteilen wir das Leistungsabtreten, das ein vergiftetes Klima unter uns schafft.

3. Mit mehr Freizeit haben wir bessere Möglichkeiten, den Kampf um die demokratischen Rechte in der Armee auszuweiten und zu vertiefen."

Soldatenkomitees Zürich/Basel/Argau/Zug/Bern/Lausanne/Neuchatel + 10 Kasernenkomitees

Kontaktadresse

Stephan Bommer, Wyttenbachstr. 11, CH-3013 Bern, Tel. 031 42 30 04 (Bildmaterial ist ebenfalls über diese Adresse erhältlich)

ENERGIEKONZERN WILL KRITIK MUNDTOD MACHEN

PARIS 3. November Louis Puiseux, einer der leitenden Angestellten des staatlichen Energiekonzerns EDF begann im März '77 ein Buch über die Energieproblematik zu schreiben. Er informierte die Direktion der EDF über seine Absicht und gab einige Leitgedanken des Werkes bekannt. Jetzt, wo das Buch erscheinen soll, übt die Direktion Druck auf den Betroffenen aus, damit er in kürzester Zeit kündigt bzw. seinen Arbeitsplatz zur Verfügung stellt. In einem Kommunique der Gewerkschaft CFDT heißt es: "Der vorgetragene Angriff gegen einen bekannten leitenden Angestellten der EDF macht deutlich, was das Schicksal der bei der EDF beschäftigten Leute sein kann, die weniger bekannt sind und sich über das Atomprogramm des Konzerns Fragen stellen." Die Gewerkschaft verlangt, "daß die Direktion der EDF sich über diesen klaren Angriff gegen die Meinungsfreiheit äußert."

(aus: Liberation vom 3.November 1977)

UNTERSTÜTZT CHRISTIANIA

KOPENHAGEN
1. November:

VOM UNTERSTÜTZUNGSKOMITEE:

Christiania braucht eure Hilfe! Im Dezember wird mit aller Wahrscheinlichkeit das Oberste Gericht ein Urteil fällen, das die Zerstörung von Christiania möglich macht.

Um dieser Drohung entgegenzutreten, wollen wir die Kontakte mit allen ausländischen Gruppen und Freunden befestigen. Wir meinen, daß dieser Freistaat eine Sache von internationaler Bedeutung ist. Wir haben folgendes vor:

Wir wollen unseren Freistaat schön machen, und die Solidarität unter den Bewohnern steigern. Unsere Vorstellung schließt die gewaltätige Auseinandersetzung mit der Polizei aus, aber wir wissen gleichzeitig, daß wir uns auf das Wohlwollen der Politiker nicht verlassen können. Deshalb wollen wir durch Verkehrsblockaden — Leute sollen singen und tanzen — eine Öffentlichkeit wiederherstellen. Dazu gehört auch die Errichtung eines illegalen Radiosenders.

WAS KANN IM AUSLAND GEMACHT WERDEN?

Ihr könnt Informationen über Christiania an die Presse geben, damit auch in bürgerlichen Zeitungen was geschrieben wird. Wir brauchen alle möglichen Vorschläge, Ideen, Fantasien, die uns vielleicht weiterbringen können. Wir haben auch vor, Aktionen zu organisieren, die eine direkte Teilnahme von ausländischen Gruppen und Freunden ermöglichen .Beispielsweise können Telegramme an unsere Regierung geschickt werden.

Wenn ihr zusätzliche Informationen braucht, schreibt an:

Unterstützungskomitee — Christiania,
Dronninggensgade 14
DK 1420 Kopenhagen,
Dänemark

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir; ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nr. 203

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag, 4. November 77



Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landesorganisation Hamburg, der Freien Demokratischen Partei, Landesverband Hamburg, und dem Arbeitsausschuß "Kampf dem Atomtod" – Druck: Graphische Gesellschaft Grunewald, GmbH, Berlin.
(anläßlich einer Volksbefragung zur Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr im Jahre 1958)